

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wolfgang Leonhard

Die Etablierung des Marxismus-Leninismus
in der SBZ/DDR (1945–1955)

Eckhard Jesse

War die DDR totalitär?

Karl Wilhelm Fricke

Kein Recht gebrochen?

Das MfS und die politische Strafjustiz der DDR

Jürgen Kocka

Ein deutscher Sonderweg
Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR

Juri W. Bassistow

Die DDR – ein Blick aus Wünsdorf

Persönliche Eindrücke eines russischen Offiziers

B 40/94

7. Oktober 1994

Wolfgang Leonhard, geb 1921; 1935–1945 in der Sowjetunion, u. a. Ausbildung an der Kominternschule (1942/43); Mitarbeit im Nationalkomitee „Freies Deutschland“; Rückkehr nach Deutschland mit der „Gruppe Ulbricht“ Anfang Mai 1945; Mitarbeiter der Abteilung Schulung und Werbung des Zentralsekretariats der SED und Dozent an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ (1945–49); Flucht aus der Sowjetzone Deutschlands im März 1949; von 1966 bis 1987 Professor an der Historischen Fakultät der Yale University.

Veröffentlichungen u. a.: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955; Sowjetideologie heute. Politische Lehren, Frankfurt/M. 1962; Die Dreispaltung des Marxismus, Düsseldorf 1970; Was ist Kommunismus? Wandlungen einer Ideologie, München 1976; Das kurze Leben der DDR, Stuttgart 1990; Spurensuche, Köln 1992; Die Reform entläßt ihre Väter, Stuttgart 1994.

Eckhard Jesse, Dr. phil., geb. 1948; seit 1993 Professor im Fach Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau („Politische Systeme, politische Institutionen“), vorher Lehrtätigkeit an der Universität Trier (Dissertation 1982, Habilitation 1989/90) und der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Uwe Backes) Jahrbuch Extremismus & Demokratie (Bd. 6, Bonn 1994, i. E.); zahlreiche Publikationen zum politischen Extremismus, zum demokratischen Verfassungsstaat, zur deutschen Einheit, zu Parteien.

Karl Wilhelm Fricke, geb. 1929; vormals leitender Redakteur beim Deutschlandfunk, seit Frühjahr 1994 im Ruhestand in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984; Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1989³; Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1990²; MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991; Zur politischen Strafrechtsprechung des Obersten Gerichts der DDR, Heidelberg 1994.

Jürgen Kocka, Dr. phil., Dr. phil. h. c., geb. 1941; Professor für Geschichte der industriellen Welt an der FU Berlin; ständiges wissenschaftliches Mitglied am Wissenschaftskolleg zu Berlin; kommissarischer Leiter des Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien in Potsdam.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, insbesondere der Sozialgeschichte.

Juri W. Bassistow, Dr., geb. 1921; Oberst a. D. der Sowjetarmee (in der SBZ/DDR stellv. Leiter der Informationsabteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland [SMAD]); Professor emeritus für Politologie an der Universität St. Petersburg.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR (1945–1955)

I. Sowjetunion 1938: Die Einführung des „Marxismus-Leninismus“

Am 14. November 1938 – ich lebte damals als 17jähriger Schüler in Moskau – veröffentlichten sämtliche Zeitungen der Sowjetunion eine Resolution des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU. Thema: Die Einführung des Marxismus-Leninismus. In dieser EntschlieÙung wurde erklärt, es sei falsch, Marxismus und Leninismus zu trennen; dies sei nicht mehr gestattet: Marxismus und Leninismus seien als untrennbare Einheit zu verstehen.

Von nun an erfolgte die gesamte Schulung in der Sowjetunion nach dem sechs Wochen zuvor veröffentlichten „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“. In der Resolution, ihrer Diktion nach zu urteilen offensichtlich von Stalin selbst formuliert, wurde ferner erklärt, der Marxismus-Leninismus bestehe aus vier Hauptbestandteilen: Philosophie (dialektischem Materialismus), Geschichtsbetrachtung (historischem Materialismus), Wirtschaftslehre (marxistischer politischer Ökonomie) und den politischen Konzeptionen, für die es zunächst keine Bezeichnung gab. Erst 1962 wurde der Begriff „Wissenschaftlicher Kommunismus“ eingeführt.

Wenige Tage nach jenem 14. November 1938 gab es in allen Fachschulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten der Sowjetunion plötzlich das neue Fach „Marxismus-Leninismus“, das alle bisherigen ideologischen Fächer ersetzte. Der Unterricht erfolgte nach Lehrplänen; gedruckte Lehrbücher gab es nicht. Es ist anzunehmen, daß Stalin deren Erscheinen hinauszögerte, um nicht durch eine festgefügte detaillierte Ideologie in seiner Handlungsfreiheit behindert zu werden. Die entsprechenden sowjetischen ideologischen Lehrbücher des Marxismus-Leninismus erschienen erst seit 1958 bis 1962, d. h. nach Stalins Tod.

II. Die ideologischen Thesen in der Sowjetzone (1945/46)

Während in der Sowjetunion der „Marxismus-Leninismus“ bereits seit November 1938 im Mittelpunkt stand, gab es in der damaligen Sowjetzone weder den Begriff „Marxismus-Leninismus“ noch eine entsprechende Schulung. Statt dessen wurde sorgfältig darauf geachtet, „antifaschistisch-demokratische“ Losungen und Zielsetzungen zu verkünden, den eigenständigen Weg Deutschlands zum Sozialismus zu betonen, eine mögliche sozialistische Entwicklung in ferne Zukunft zu verschieben und stets nur die Begriffe „wissenschaftlicher Sozialismus“ oder „Marxismus“ zu benutzen. Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR erfolgte nicht sofort nach 1945, sondern erst nach einer längeren Übergangsphase auf der I. Parteikonferenz der SED Ende Januar 1949.

So betonte der Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juli 1945 als Ziel die „Demokratisierung Deutschlands“, da „der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“. Die KPD bekannte sich damals zur Errichtung „eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“¹.

Diese Grundlinie wurde auch in den seit September 1945 erscheinenden „Vortragsdispositionen“ des ZK der KPD für die Schulungsabende vertreten. Sowohl aktuelle Themen wie „Unser neues Verhältnis zu den Bauern“, „Die Aufgabe der neuen freien deutschen Gewerkschaften“, „Demo-

1 Deutsche Volkszeitung Berlin vom 13. 6. 1945. Zu den Hintergründen siehe u. a. Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1992, S. 484–487, und Gerhard Keiderling, Die Gruppe Ulbricht in Berlin, Berlin 1993.

kratische Schulreform“ oder „Die Bodenreform“ als auch ideologisch-historische Themen, etwa „Reaktionäres Preußentum“ oder „Keine Wiederholung der Fehler von 1918“, erfolgten ohne Hinweise auf den Marxismus-Leninismus.

Im Zuge der Kampagne für die Vereinigung von KPD und SPD wurde dies seit Oktober 1945 verstärkt unterstrichen. Von der KPD-Führung erhielten wir – die Abteilung Agitation und Propaganda – die Direktive, sozialdemokratische Bücher und Schriften „mit einzubeziehen“. Zur Überraschung vieler KPD-Mitglieder veröffentlichte der KPD-Verlag „Neuer Weg“ frühe sozialdemokratische Dokumente: das Eisenacher Programm von 1869, das Gothaer Programm von 1875 und das Erfurter Programm von 1891 – Materialien, die für fast alle Kommunisten bis dahin unbekannt waren. Im KPD-Verlag erschienen Bücher von Karl Kautsky und August Bebel. Fred Oelssner, damals in der KPD-Führung für Schulung verantwortlich, gab uns die Direktive, aus den Schriften August Bebels, Wilhelm Liebknechts, Karl Kautskys und Rudolf Hilferdings Zitate herauszusuchen, die für die nunmehr abrollende „Einheitskampagne“ förderlich schienen. Dies sollte vor allem für Bebel gelten: „Wir müssen August Bebel wie ein rohes Ei behandeln“, ermahnte uns Fred Oelssner.

Die Unabhängigkeit der deutschen sozialistischen Bewegung, die Anpassung an deutsche Verhältnisse, der demokratische Aufbau der Partei und sogar der in der KPD bis dahin verpönte Begriff „soziale Demokratie“ rückten in den Vordergrund. So hieß es im Beschluß der „60er Konferenz“ vom 20. und 21. Dezember 1945, an der je 30 Funktionäre der damaligen SPD und KPD teilnahmen: Die zukünftige Einheitspartei werde „eine unabhängige deutsche sozialistische Partei“ sein, der organisatorische Aufbau erfolge „nach demokratischen Grundsätzen“, die Partei strebe „die parlamentarisch-demokratische Republik“ an. Ihr Ziel sei „die Verwirklichung des Sozialismus in der sozialen Demokratie“².

Zur „theoretischen Untermauerung“ verfaßte Anton Ackermann, zu jener Zeit in der Spitzenführung der KPD für Kultur, Presse, Erziehung, Volksbildung und Parteischulung verantwortlich, seinen richtungweisenden Aufsatz „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ Während der Ausarbeitung dieses Aufsatzes, der im Januar 1946 in Druck ging, habe ich Anton

Ackermann im damaligen „Getto“ in Niederschönhausen wiederholt besucht. Noch vor Erscheinen las er mir, im Wohnzimmer sitzend, entscheidende Teile des Manuskripts vor – selten habe ich ihn so freudig erregt gesehen wie damals.

Ackermann ging von der (bis dahin kaum erwähnten) Leninschen These aus, es sei der größte Fehler, die Allgemeingültigkeit der russischen Erfahrungen zu übertreiben. Daraus lasse sich folgern, daß „wir einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus bejahen“ müßten. Im Unterschied zur Sowjetunion gäbe es in Deutschland eine weit größere Zahl qualifizierter Arbeitskräfte. Daher könne „das Anwachsen des sozialistischen Wohlstandes“ unter Umständen „rascher vor sich gehen“. Der politische Kampf werde sich aufgrund günstigerer Bedingungen „weniger opferreich gestalten und die Entfaltung der sozialistischen Demokratie beschleunigen“. Falls sich die antifaschistisch-demokratische Republik als ein Staat der Werktätigen entfalte, sei „der friedliche Weg zum Sozialismus durchaus möglich“³.

Gewiß standen die Thesen des Ackermann-Artikels in krassem Widerspruch zur Realität – zu den sich bereits vollziehenden Verhaftungen, der Demontage, den Eingriffen sowjetischer Militärkommandanten und der Kontrolle durch die politischen Offiziere. Aber für viele Mitglieder von SPD und KPD vermittelte der Ackermann-Aufsatz große Hoffnungen und spielte für den Verlauf der Einheitskampagne eine wichtige Rolle.

Die entscheidenden damaligen Thesen – der eigenständige Weg zum Sozialismus, der demokratische Aufbau der Partei, die Parität zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auf allen Ebenen des Parteaufbaus, das Bekenntnis zur antifaschistisch-demokratischen Republik – wurden auch auf dem Gründungskongreß der SED am 21. und 22. April 1946 im Berliner Admiralspalast deutlich unterstrichen und offiziell bekräftigt.

III. Die SED-Schulung 1946/47

Nach Gründung der SED traten Anfang Mai 1946 die zweimal monatlich erscheinenden „Sozialistischen Bildungshefte“ an die Stelle der „Vortrags-

2 „Die 60er Konferenz vom Dezember 1945“, in: Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 119–122.

3 Anton Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Einheit, (1946) 1, S. 31 ff.; vgl. auch W. Leonhard (Anm. 1), S. 518–522.

dispositionen“ der KPD. Auch die Sozialistischen Bildungshefte, die ich von April 1946 bis Juli 1947 verfaßte und die anschließend von Anton Ackermann korrigiert und zum Druck freigegeben wurden, konzentrierten sich vorwiegend auf aktuellpolitische Fragen, darunter „Die Gemeindewahlen und unsere Aufgaben“, „Unsere Stellung zu den nominellen PGs“, „Unsere Ernährungspolitik“, „Die Gleichberechtigung der Frau“, „SED und Gewerkschaften“. Selbst in grundsätzlichen politischen Themen, z.B. „Unser Kampf gegen den Militarismus“ und „Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei“, gab es keine Erwähnung des „Marxismus-Leninismus“, nicht einmal eine Annäherung an die sowjetische Staatsideologie. So wurde z.B. im Bildungsheft „Die antifaschistisch-demokratische Republik“ erklärt: „Jedes Volk muß seinen eigenen Weg zur Demokratie gehen, der den besonderen Bedingungen des eigenen Landes entspricht.“ Im Bildungsheft Nr. 9/1946 zum Thema „Der Sozialismus“ wurde – schon wenige Jahre später undenkbar! – nicht ein einziges Mal die Sowjetunion erwähnt, sondern statt dessen auf das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891, August Bebel's Buch „Der Sozialismus“ sowie seine Rede auf dem Jenaer Parteitag der SPD im Jahre 1906 verwiesen.

Analoges galt auch für die intensiveren Lehrgänge auf den Internatsparteischulen. Unmittelbar nach Gründung der SED verfügte die Partei über folgende, bereits vorher von der KPD gegründete Landesparteischulen: Friedrich-Engels-Schule in Bestensee, Ernst-Thälmann-Schule in Schmerwitz, August-Bebel-Schule in Klein-Trebbow, Wilhelm-Liebknecht-Schule in Wettin, Fritz-Heckert-Schule in Ottendorf sowie die Rosa-Luxemburg-Schule in Bad Berka.

An der Spitze stand die Parteihochschule „Karl Marx“ in Liebenwalde; der erste Lehrgang nach der Gründung der SED erfolgte vom 5. Juni bis 14. Dezember 1946.

Nach der Niederlage der SED bei den Landtagswahlen in der Sowjetzone, vor allem bei den Wahlen in Berlin am 20. Oktober 1946 (die SED belegte damals mit 19,8 Prozent nur den dritten Platz gegenüber 48,7 Prozent für die SPD und 22,1 Prozent für die CDU), legte die SED-Führung nun das Schwergewicht auf die Parteischulung. In einem Beschluß vom 25. Oktober 1946 wurde u. a. verfügt:

- Die Lehrgänge in den erwähnten sechs Landesparteischulen sind von sechs Wochen auf drei Monate zu verlängern,
- in allen 130 Kreisen sind Kreisparteischulen auf Internatsbasis mit zweiwöchigen Schulungskursen zu schaffen,
- pro Jahr sind 180 000 SED-Mitglieder in 14tägigen Kursen in den Kreisparteischulen auszubilden und
- die Abteilung „Werbung und Schulung“ (wie die frühere Abteilung „Agitation und Propaganda“ nun hieß) hat in kürzester Frist das Lehrbuch für die neuen SED-Kreisparteischulen auszuarbeiten.

Bei der Übergabe der Direktive lächelte Fred Oelssner verschmitzt: „Über Marxismus-Leninismus reden wir nicht.“

In fieberhafter Tätigkeit gelang es den damals nur wenigen Mitarbeitern, das aus acht Kapiteln bestehende Lehrbuch – mir war das siebente Kapitel „Der Sozialismus“ aufgetragen worden – bis zum Frühjahr 1947 zu erstellen. Auch in diesem für die nächsten Jahre entscheidenden ideologischen Lehrbuch wurde der Begriff „Marxismus-Leninismus“ nicht benutzt und jeder, auch der kleinste Hinweis darauf vermieden.

Selbst in der bis Ende Dezember 1947 in Liebenwalde befindlichen Parteihochschule „Karl Marx“ gab es damals keine Fakultät für Marxismus-Leninismus. Der entsprechende Bereich wurde ironischerweise „Lehrmittelabteilung“ genannt. Frida Rubiner, mehr als zwei Jahrzehnte in der sowjetischen Emigration tätig, leitete diese Abteilung und befand sich in der schwierigen Situation, marxistische Thesen im politischen Bereich zu vermitteln, ohne den Begriff „Marxismus-Leninismus“ zu benutzen oder die damals in der Sowjetunion offiziell gültigen Thesen in dieser Form zu behandeln.

Zur Eröffnung des ersten Zwei-Jahres-Lehrgangs an der SED-Parteihochschule in Liebenwalde am 8. Oktober 1947 stand die Festveranstaltung unter der Losung „Sich zu den Besten seines Volkes zu bekennen, verpflichtet, für Einheit, Freiheit und Fortschritt zu streiten.“ Hinweise auf den Marxismus-Leninismus oder Porträts von Lenin und Stalin gab es damals auf der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ nicht.

IV. Die Verschärfung des Kurses

Seit Herbst 1947, besonders aber seit Frühjahr 1948 setzte in allen Ländern des Ostblocks – vor allem auch in der Sowjetzone Deutschlands – eine drastische politische Verschärfung ein. Im Februar 1948 fand ein mit der Sowjetführung abgesprochener Umsturz in der Tschechoslowakei statt. In der Sowjetzone wurde die bis dahin bestehende locker organisierte „Ständige Wirtschaftskommission“ in die „Deutsche Wirtschaftskommission“ (DWK) mit weitreichenden Vollmachten umgewandelt; sie bildete de facto den Kern einer möglichen zukünftigen Regierung. Auf die bis dahin übliche paritätische Besetzung mit Kommunisten und Sozialdemokraten wurde erstmals verzichtet: Die Leitung der DWK lag ausschließlich in Händen ehemaliger KPD-Funktionäre.

Im März 1948 schied Marschall Sokolowskij aus dem Alliierten Kontrollrat für Deutschland aus, seit April wurde der Verkehr von West-Deutschland nach West-Berlin zunehmend behindert und jene Entwicklung eingeleitet, die im Juni 1948 zur Blockade West-Berlins führen sollte. Walter Ulbricht besuchte am 16. April 1948 die Parteihochschule „Karl Marx“, um die bevorstehenden Veränderungen bekanntzugeben. Bis 1947, so Ulbricht, seien die „Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ geschaffen worden. Jetzt beginne eine neue Phase. „Wir haben jetzt die Möglichkeit, unsere Forderungen mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen“, erklärte Ulbricht triumphierend.

Kurz darauf gab Oberst Sergej Tulpanow, zu jener Zeit Chef der Informations- und Propagandaabteilung der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland (SMAD), auf der Parteihochschule die Verschärfung des Kurses bekannt. Eine volksdemokratische Entwicklung gehe, so Tulpanow, „wenn sie sich ohne Hindernisse entwickelt, zwangsläufig in eine sozialistische Revolution“ über. Die Volksdemokratie sei damit eine Übergangsform zur Diktatur des Proletariats. Beim Übergang zum Sozialismus gäbe es zwar spezifische Eigenheiten, der Weg zum Sozialismus sei aber in allen Ländern gleich. In seinem Vortrag vor der Parteihochschule deutete Tulpanow eine „schnellere politische Entwicklung“ der Sowjetzone Deutschlands an⁴.

⁴ Ausführlicher dargestellt, in: W. Leonhard (Anm. 1), S. 592–599.

Anfang Juni 1948 gab Walter Ulbricht in Halle den Beginn einer „Partei-Säuberung“ bekannt. Unter den SED-Funktionären wurde die bis dahin in der SED sakrosankte Parität zwischen ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten intern kritisiert und auf das in anderen osteuropäischen Ländern geltende Verhältnis 7 zu 2 (7 Kommunisten auf 2 Sozialdemokraten) hingewiesen⁵. Seit Sommer 1948 verstärkte sich die Säuberung ehemaliger Sozialdemokraten als – so die nun übliche Bezeichnung – „Schumacher-Agenten“.

Anfang Juli 1948 gab die SED-Führung anlässlich des Bruchs zwischen Jugoslawien und der Stalin-Führung in Moskau bekannt, „daß die klare und eindeutige Stellungnahme für die Sowjetunion heute die einzig mögliche Position für jede sozialistische Partei ist“⁶. Am 29. Juli folgte der Beschluß der SED-Führung über „Die organisatorische Festigung der Partei und ihre Säuberung von entarteten und feindlichen Elementen“. Darin wurde „ein beschleunigtes Ausschlußverfahren“ gegen SED-Mitglieder angekündigt, „die eine parteifeindliche Einstellung vertreten“ oder „eine sowjetfeindliche Haltung bekunden“⁷. Ulbricht verkündete auf einer Arbeitstagung von Innenministern und führenden Verwaltungsfunktionären in Verden/Havel die Bildung von Kontrollkommissionen bei der Deutschen Wirtschaftskommission mit der Aufgabe, in der Verwaltung „Agenten, Schumacher-Leute, Spione, Saboteure“ zu entlarven und zu entlassen. Am 16. September beschloß die SED-Führung, eine Zentrale Partei-Kontrollkommission (ZPKK) nach sowjetischem Muster, geleitet von Hermann Matern, einzuführen sowie Partei-Kontrollkommissionen zur Überwachung der Parteimitglieder auf Landes- und Kreisebene (LPKK und KPCK) zu schaffen.

V. Januar 1949: Die Einführung des Marxismus-Leninismus in der Sowjetzone

Die drastische Verschärfung im politisch-organisatorischen Bereich griff seit September 1948 auf die Ideologie über. Die seit 1946 propagierten Thesen einer antifaschistisch-demokratischen Republik

⁵ Vgl. E. W. Gniffke (Anm. 2), S. 328.

⁶ Beschluß des Zentralsekretariats der SED zur jugoslawischen Frage, in: Neues Deutschland vom 3. 7. 1948.

⁷ Vgl. Dokumente der SED, Band II, Berlin/Ost 1952, S. 84 ff.

und eines eigenständigen demokratischen Weges zum Sozialismus wurden nun aufgegeben. Besonders wichtig war dabei der am 20. September 1948 verkündete Beschluß „Über die Verstärkung des Studiums der Geschichte der KPdSU“. Parteimitglieder und Funktionäre wurden verpflichtet, den unter Stalins Leitung im November 1938 veröffentlichten „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ zu studieren. Die Parteipresse sollte eine Kampagne zur Förderung dieser Maßnahmen einleiten, die „Sozialistischen Bildungshefte“ laufend einzelne Kapitel aus dem „Kurzen Lehrgang“ behandeln. Das von uns in der Abteilung „Schulung und Werbung“ seit Ende 1946 ausgearbeitete Lehrbuch für SED-Kreisparteischulen war entsprechend „umzuarbeiten“. Sowohl die SED-Landesparteischulen als auch die Parteihochschule „Karl Marx“ wurden angewiesen, den „Kurzen Lehrgang“ zur „Grundlage des Studiums“ zu machen.

Nur vier Tage später veröffentlichte Anton Ackermann – wahrscheinlich unter erheblichem Druck – einen selbstkritischen Artikel „Über den einzig möglichen Weg zum Sozialismus“. Er sagte sich von seinen bisherigen Auffassungen über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus los und erklärte: „Diese Theorie enthält das Element einer Abgrenzung von der Arbeiterklasse und von der Bolschewistischen Partei der Sowjetunion.“⁸

Die Verschärfung und Verhärtung wirkte sich auf allen Ebenen der Partei aus – in Versammlungen und Konferenzen über die „Fehler der jugoslawischen KP“, bei der Verurteilung des „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“, der Verherrlichung der Sowjetunion und im Kampf gegen „Schumacher-Agenten“. Seit Herbst 1948 wurde die Angleichung der SED an die KPdSU verstärkt vollzogen.

Nach diesen Vorbereitungen folgte die entscheidende I. Parteikonferenz der SED (25.–28. Januar 1949). Hier wurde der Übergang zur „Partei neuen Typus“ verkündet und damit die Angleichung an die stalinistische Partei der Sowjetunion bekräftigt. Die auf dem Gründungsparteitag im April 1946 beschlossene und beschworene Parität zwischen ehemaligen SPD- und KPD-Funktionären wurde aufgehoben. An die Stelle des 14köpfigen Zentralsekretariats der SED trat das in kommunistischen Parteien übliche „Politbüro“ – gebildet aus vier KP-Funktionären (Pieck, Ulbricht, Dahlem und Merker) sowie drei Mitgliedern der ehemaligen

SPD (Grotewohl, Lehmann und Ebert). Entscheidend war das neu eingerichtete fünfköpfige „Sekretariat des Politbüros“ unter Führung Walter Ulbrichts. Die SED, wurde erstmals erklärt, sei eine „Kampfpartei des Marxismus-Leninismus“; das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ und eine „straffe Parteidisziplin“ seien zu verwirklichen⁹.

Auf dieser I. Parteikonferenz – am 28. Januar 1949 – wurde der Marxismus-Leninismus in der Sowjetzone Deutschlands eingeführt. Wörtlich war die Rede von der „Verpflichtung zum Studium des Marxismus-Leninismus, vor allem anhand des ‚Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU‘ und der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin“.

VI. 1950: Der Aufbau des Schulungssystems und das „Parteilehrjahr“

Danach verlief alles sehr schnell. Von zentraler Bedeutung war der Beschluß der SED-Führung vom 3. Juni 1950 „Zur Verbesserung der Parteipropaganda“ mit Einführung des hierarchischen Schulungssystems und des „Parteilehrjahres“.

Auf der untersten Stufe dieses Schulungssystems befanden sich die „Politischen Grundschulen“ für Anfänger – sogar Parteilose durften an den Kursen teilnehmen. Auf der nächsten Stufe gab es Zirkel „zum Studium der Biographie Stalins“ und der „Geschichte der KPdSU“. Als nächsthöhere Stufe wirkten die „Kreisabendschulen“ für SED-Funktionäre bis hin zu Kreisleitungen. Auch hier standen die „Geschichte der KPdSU“ und der „Marxismus-Leninismus“ im Zentrum. Die Spitze dieser „Schulungs-Säule“ bildeten die „Abenduniversitäten“ für verantwortliche Funktionäre aus Partei, Wirtschaft und Verwaltung, die bereits Kreis- bzw. Landesparteischulen besucht hatten. Schulungsdauer: zwei Jahre, mit mündlichem und schriftlichem Abschlußexamen.

Besonders wichtig waren die – auf vier Ebenen ebenfalls hierarchisch gegliederten – Internatsparteischulen, beginnend mit Betriebsparteischulen (15 Tage Kursdauer), gefolgt von Kreisparteischulen (zunächst sechs Wochen Kursdauer, bald auf drei Monate verlängert) und Landesparteischulen

8 Anton Ackermann, Über den einzig möglichen Weg zum Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 24. 9. 1948.

9 Protokoll der I. Parteikonferenz der SED, 25.–28. Januar 1949 in Berlin, Berlin/Ost 1949, S. 524 ff.

(seit 1952 Bezirksparteischulen genannt; Kursdauer zunächst sechs Monate, bald auf ein Jahr verlängert) – auch hier überall das Hauptfach: „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“. An der Spitze stand die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ mit Ein-Jahres-Lehrgängen für die Qualifizierung und Zwei-Jahres-Lehrgängen für die Ausbildung, später auf drei bzw. fünf Jahre verlängert, sowie die „Akademie der Gesellschaftswissenschaften“¹⁰.

VII. Der Marxismus-Leninismus in der DDR: 1950–1955

Die Propagierung des Marxismus-Leninismus und das Schulungssystem entwickelten sich von 1950 bis 1955 vor allem in folgenden Hauptrichtungen:

1. Die Verschiebung des Schwergewichts

Im Rahmen des Marxismus-Leninismus wurden die Schriften von Marx und Engels zurückgedrängt und das Schwergewicht des Studiums und der Ausbildung auf Lenin und vor allem auf die zeitgenössischen ideologischen Schriften der Sowjetunion gelegt. Einige Beispiele für die entsprechenden Richtlinien: Am 7. August 1951 beschloß das Politbüro, im zweiten Parteilehrjahr (also 1951/52) „müssen noch stärker als bisher die großen Erfahrungen der Partei Lenins und Stalins ausgewertet und angewandt werden“. Am 20. Oktober erläuterte das SED-Zentralkomitee: „Das Hauptgewicht muß darauf gelegt werden, aus den Erfahrungen der Partei Lenins und Stalins zu lernen und insbesondere die Enzyklopädie des Marxismus-Leninismus, den ‚Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)‘, zum Leitfadens der gesamten Arbeit zu machen.“

Als „vordringlichste Aufgabe“ bezeichnete es die SED-Führung am 1. November 1951, „insbesondere die Werke J. W. Stalins ‚Geschichte der KPdSU, Kurzer Lehrgang‘, und ‚Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft‘ gründlich zu studieren“. Am 29. Juli 1952 wurde noch einmal eingeschärft: „Das Studium der Geschichte der KPdSU, das die Grundlage unserer gesamten Parteischulung bildet, und das Studium der Werke des

Genossen Stalin ist noch gründlicher durchzuführen“, denn „das geniale Werk J. W. Stalins ‚Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft‘ sei bisher „nicht in genügendem Maße für die Verbesserung der Arbeit in den einzelnen Wissensgebieten benutzt“ worden¹¹.

2. Die Verherrlichung Stalins

In offiziellen Erklärungen der SED-Führung wurde Stalin als „der große Bannerträger des Friedens“ charakterisiert, als „der beste Freund und Führer der werktätigen Menschen der ganzen Welt“, „der weise Lehrer und Führer“, „der geniale Feldherr Generalissimus Stalin“, „der große Wissenschaftler des Marxismus-Leninismus“, „der weise Führer der Werktätigen im Kampf um den Sozialismus“, „der geniale Führer des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes“, der „überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt“ und der „größte Marxist unserer Epoche“.

Nach dem Tode Stalins erklärte die SED-Führung: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird der siegreichen Lehre J. W. Stalins stets die Treue wahren.“ Das ZK der SED beschloß, „in der Zeit vom 11. Mai bis 3. August 1953 Stalin-Kurse durchzuführen“, um die Teilnehmer „mit dem Leben und Werk des Genossen Stalin vertraut zu machen“.

Ferner wurde im März 1953 verfügt, ein Lenin-Stalin-Museum zu schaffen, Reproduktionen von Stalin-Büsten und Stalin-Statuen sowjetischer Künstler herzustellen, das Marx-Engels-Lenin-Institut in Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut umzubenennen sowie Eisenhüttenstadt, dem Elektroapparatwerk Treptow und der Hochschule für Planökonomie den Namen Stalins zu verleihen¹².

3. Das Studium der „Werke Stalins“

Im Rahmen der Stalin-Glorifizierung folgten wiederholte Anweisungen, sich mit dem Leben und den Schriften Stalins ausführlich zu beschäftigen. „Die Zirkel zum Studium der Biographie J. W. Stalins“, so das Politbüro am 7. August 1951, „werden aufgrund des Wunsches vieler Teilnehmer um ein weiteres Jahr verlängert“, vor allem seien „die Arbeiten des Genossen Stalin aus der neueren Zeit

10 Über die Verbesserung der Parteipropaganda, Beschluß des Parteivorstandes vom 3. Juni 1950, Dokumente der SED, Band I, Berlin/Ost 1952, S. 46–63.

11 Dokumente der SED, Band III, S. 547, 573, 626, und Dokumente Band IV, Berlin/Ost 1954, S. 105.

12 Dokumente der SED, Band III, S. 681, Band IV, S. 93, 171, 273, 296, 298, 318, 322, Berlin/Ost 1954.

und Gegenwart“ zu behandeln. Der Dietz-Verlag wurde angewiesen, „die Herausgabe der Werke J. W. Stalins zu beschleunigen“, die Parteiorganisationen erhielten die Aufgabe, „die zum ersten Mal in deutscher Sprache erscheinenden Bände der Werke J. W. Stalins breiter zu popularisieren“. Als „vordringlichste Aufgabe“ bezeichnete das ZK der SED am 7. November 1951, Stalins „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ und die Schrift „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ gründlich zu studieren; im Juli 1952 folgte die zusätzliche Anweisung: „Das Studium der Werke des Genossen Stalin ist noch gründlicher durchzuführen.“

Nach dem Erscheinen der kleinen Broschüre Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (Oktober 1952) beschloß das ZK der SED, dieses „Werk des Genossen Stalin“ sei „in theoretischen Konferenzen durchzuarbeiten“. Am 21. Dezember 1952 wurde die Broschüre bereits als „großes wissenschaftliches Werk“ bezeichnet, als „unentbehrliches Rüstzeug für jeden Parteiarbeiter, Werktätigen und Wissenschaftler beim Aufbau des Sozialismus“. Am 2. Februar 1953 wurde auch der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) verpflichtet, „die Lehren aus Stalins Werk ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ für den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik“ anzuwenden. Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) wurde am 3. März 1953 ermahnt, „das geniale Werk des Genossen Stalin ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ zu studieren“ und „in verständlicher Form durchzuarbeiten“¹³.

4. Die Erweiterung des Anwendungsbereichs

Das Studium des Marxismus-Leninismus wurde, weit über die SED hinaus, auf andere Berufszweige und Organisationen ausgedehnt. Einige Beispiele: Am 17. März 1951 verfügte das Zentralkomitee der SED, in allen Kunst- und Kulturverbänden sei „das Studium des Marxismus-Leninismus zu organisieren“ als Grundlage, „das Leben in seiner Aufwärtsentwicklung richtig darzustellen“. Am 20. Oktober 1951 forderte das SED-Zentralkomitee die FDJ zu „einem gründlichen marxistisch-leninistischen Studium“ auf. Am 7. November 1951 wurde auch der FDGB angehalten, sich „von der marxistisch-leninistischen Theorie“ leiten zu lassen. Die FDJ habe, so das ZK der SED am

23. Februar 1952, die Aufgabe, „der Jugend in der Übermittlung der Erfahrungen beim Studium der Geschichte der KPdSU (B)“ zu helfen. Die „Autoren und Filmschaffenden“ der DEFA erhielten am 22. Juli 1952 die Verpflichtung zur „Organisierung des systematischen Studiums und der Propagierung der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu den Fragen der Kunst“¹⁴.

5. Bekämpfung von „Abweichungen“

Der Kampf gegen Andersdenkende wurde immer stärker in den Vordergrund gestellt. So rief der III. Parteitag der SED (20.–24. Juli 1950) zu einem unablässigen Kampf „gegen die volksfeindlichen Tendenzen des Kosmopolitismus“ und „gegen den bürgerlichen Objektivismus“ auf. Der Kosmopolitismus wurde als „volksfremde und volksfeindliche Strömung“, als „Waffe des Imperialismus“ bezeichnet. Gleichzeitig müsse der „Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus in der SED“ geführt werden. Der „Sozialdemokratismus“ manifestiere sich „in einer falschen formalen Einstellung zur Demokratie, in der opportunistischen Auffassung der Blockpolitik“ sowie in der „Unterschätzung der Rolle der Sowjetunion“. Dieser Kampf könne nur erfolgreich sein, „wenn er zugleich gegen alle liberalistischen und versöhnlerischen Tendenzen geführt wird“.

Im Januar 1951 wurden die SED-Gruppen an den Hochschulen zum Kampf „gegen Objektivismus, Kosmopolitismus und Sozialdemokratismus“ aufgerufen. Am 17. März 1951 warnte das ZK der SED vor jeglichem Versuch, „diese feindlichen Ideologien objektivistisch darzustellen“ und rief am 20. Oktober 1951 zur „Überwindung der Überreste des Sozialdemokratismus“ auf. Dazu sei es notwendig, „das opportunistische Verhalten in ideologischen Fragen zu überwinden“ und den Kampf zur „Überwindung aller feindlichen Ideologien“ zu führen.

Am 20. Dezember 1952 forderte die SED-Führung, „daß mit der ideologischen Sorglosigkeit endlich Schluß gemacht wird“. Die SED müsse „einen unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus, gegen alle bürgerlichen Ideologien und Reste des kapitalistischen Denkens, die bei Parteimitgliedern noch vorhanden sind“, führen. Als „Grundbedingung“ dazu forderte die SED-Führung am 1. Januar 1953

¹³ Dokumente der SED, Band III, S. 543, 580, 581 und 626; Band IV, S. 78, 173, 222, 251, 290–291, Berlin/Ost 1954.

¹⁴ Dokumente der SED, Band III, S. 445, 585, 644, 741, Band IV, S. 90, Berlin/Ost 1954.

„die Überwindung des opportunistischen Ausweichens vor dem Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ und mahnte am 13. April 1953 an, „mit den noch vorhandenen versöhnlerischen Auffassungen und Tendenzen des faulen Liberalismus“ aufzuräumen.

1954/55 folgte eine gewisse Akzentverschiebung gegenüber Abweichungen. So wurden Anfang Mai 1955 die SED-Mitglieder aufgerufen, „das reaktionäre Wesen der Religion zu entlarven und religiöse Vorurteile zu überwinden“, „pazifistische und fatalistische Stimmungen zu überwinden“ und „die Werktätigen zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften und zur Meisterung der Waffen zu erziehen“¹⁵.

6. „Wachsamkeit“ und „Agenten“

Die Anhänger solcher „Abweichungen“ wurden nicht selten als „Agenten“ bezeichnet; es wurde daher zur „Wachsamkeit“ aufgerufen. Auf dem III. Parteitag (20.–24. Juli 1950) wurde verlangt, die „revolutionäre Wachsamkeit“ in der gesamten Partei „zu erhöhen, die bürgerlichen nationalistischen Elemente“ sowie alle sonstigen „Agenten des Imperialismus“, unter welchen Losungen sie auch auftreten mögen, „zu entlarven und auszumerzen“. Am 27. Oktober 1950 warnte die SED-Führung, daß die „imperialistischen Agenturen“ vor allem „frühere Anhänger und Mitglieder parteifeindlicher Gruppierungen“ für „ihre feindliche Tätigkeit einsetzen“. Am 17. März 1951 rief die SED-Führung die Parteimitglieder erneut „zum unversöhnlichen Kampf gegen alle Feinde des Marxismus-Leninismus“ auf. Ebenfalls im März 1951 rügte die SED-Führung, die Parteikommision sei „diesen Parteifeinden gegenüber in ihren Entscheidungen nicht hart und prinzipiell genug“, vielfach sei man sich „über die Gefährlichkeit der ehemaligen parteifeindlichen Gruppierungen noch unklar“.

Im April 1951 wurde erneut bemängelt, daß die Kommissionen für die Überprüfung der Parteimitglieder „noch nicht genügend befähigt sind, getarnte Parteifeinde zu erkennen und sie bei der Überprüfung zu entlarven“. Vor allem seien „Feinde zu entlarven“ unter jenen Parteimitgliedern, „die früher parteifeindlichen Gruppen angehörten“. Die SED-Führung verlangte im Oktober 1951 „verstärkte Wachsamkeit und prinzipielle Härte gegenüber Parteifeinden“.

15 Dokumente der SED, Band III, S. 117, 118, 122, 128, 262, 431 und 573, sowie Band IV, S. 227 und 335, Berlin/Ost 1954; Band V, Berlin/Ost 1956, S. 292–293.

Die Mitglieder der FDJ wurden von der SED-Führung am 23. Februar 1952 dazu aufgerufen, „Feinde des Volkes, Saboteure, Spione, Schädlinge, Diversanten und sonstige Agenten des amerikanisch-englischen Imperialismus zu entlarven“ und damit „die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit“ zum Schutz der Ordnung „überall und allseitig zu unterstützen“¹⁶.

VIII. Die Funktion des Marxismus-Leninismus im DDR-Regime

Der Aufbau des Schulungssystems sowie vor allem Inhalte, Schwerpunkte und Tendenzen der ideologischen Ausbildung geben einen deutlichen Hinweis auf die Funktion des Marxismus-Leninismus in der DDR von 1949 bis 1955. Es ging der DDR-Führung nicht in erster Linie um die Propagierung einer Gesellschaftstheorie zur Errichtung einer zukünftigen klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, zur Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung – die Ideologie diente vielmehr der Legitimierung des bürokratisch-diktatorischen Regimes:

1. Die in der DDR verbreitete marxistisch-leninistische Ideologie sollte den Unterdrückungscharakter des Regimes verschleiern. Durch ideologische Begriffe – wie den im Juli 1952 eingeführten „Aufbau des Sozialismus“ (später „realer Sozialismus“, „sozialistische Demokratie“ und „sozialistischer Humanismus“) – sollte der Unterdrückungscharakter verdeckt werden.

2. Mit der Behauptung, der Marxismus-Leninismus sei eine „wissenschaftliche Theorie“, versuchte die SED-Führung von den schwierigen ökonomischen Bedingungen, den ökonomisch-politischen Rückschlägen abzulenken und ihre Auswirkungen im Denken der Menschen und dem Verhalten der Funktionäre und Mitglieder der SED zu verringern. Der Marxismus-Leninismus hatte die Aufgabe, Beschlüsse der SED-Führung, die meist aus praktischer Notwendigkeit erfolgten, nachträglich zu begründen und zu rechtfertigen, um den Eindruck zu erwecken, die SED-Führung betreibe eine „wissenschaftliche Politik“.

16 Dokumente der SED, Band III, S. 105, 240, 403, 410f., 476 und 744, Berlin/Ost 1954.

3. Die Ideologie diente der Oktroyierung von Denkschablonen zur Disziplinierung der SED-Funktionäre und Mitglieder. Diese ideologischen Schemata beinhalteten nicht nur, was Mitglieder und SED-Funktionäre glauben sollten, sondern – sogar in erster Linie – was sie abzulehnen hatten. Durch die festgelegten „Abweichungen“ sollten die Funktionäre dazu erzogen werden, gleichsam automatisch alle Auffassungen abzulehnen, die nicht in die vorgefaßte Parteilinie paßten. Mit diesem Ablehnungsmechanismus sollten kritische Gedanken und unliebsame Diskussionen vermieden werden.

4. Mit den Aufrufen zur „Wachsamkeit“ und zur Bekämpfung von Parteifeinden – nicht selten als „Agenten“ diffamiert – sollte eigenständiges kritisches Denken unterbunden, eine Psychose der Angst und Unsicherheit erzeugt werden. Die Schulung diente dazu, SED-Mitglieder zu gefügigen

und disziplinierten, der Parteiführung bedingungslos gehorchenden Funktionären auszubilden.

Der Marxismus-Leninismus, einschließlich des hierarchischen Schulungssystems und der Verherrlichung Stalins, wurde keineswegs sofort im Mai/Juni 1945 eingeführt. Im Gegenteil: Zunächst wurden die Zielsetzungen einer antifaschistisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk proklamiert, die Unabhängigkeit der deutschen sozialistischen Bewegung, ein demokratischer Parteaufbau, der eigenständige deutsche Weg zum Sozialismus und die Verwirklichung des Sozialismus in der sozialen Demokratie. Damit sollten breite Kreise der Bevölkerung angesprochen werden, um ein breites Bündnis unterschiedlicher antifaschistisch-demokratischer Kräfte zu ermöglichen. Mit der Zeit klappten Anspruch und Wirklichkeit jedoch immer stärker auseinander.

War die DDR totalitär?

War die DDR totalitär? Diese Frage war bis zu ihrem Kollaps, der zu einem tektonischen Umbruch und schnurstracks zu einer Angliederung an die Bundesrepublik führte, mehr oder weniger rhetorischer Natur. Für den Mainstream der westdeutschen DDR-Forschung bestand in den siebziger und achtziger Jahren kein Zweifel: Die DDR galt überwiegend nicht als totalitär. Der Begriff des Totalitarismus spielte ohnehin kaum eine Rolle in der einschlägigen Forschung. Die „doppelte Bilanz“ des „Deutschland-Handbuches“ etwa vermied den Begriff Totalitarismus – wie andere Studien auch – und untersuchte auf informative Art „in parallelen Beiträgen den gleichen Gegenstand für Deutschland (West) wie für Deutschland (Ost)“¹, ohne allerdings zu einem eigentlichen Vergleich vorzudringen.

Heutzutage, nach der von keiner Richtung der DDR-Forschung vorhergesagten Implosion der DDR², scheint die Frage wiederum rhetorischer Natur zu sein. Nahezu kanonische Geltung kommt der Auffassung zu, daß es sich bei der DDR um ein totalitäres System gehandelt habe – trotz der faktisch fehlenden Gegenwehr 1989/90 (bei mannigfacher Vertuschung diktatorischer und Festschreibung sozialistischer Elemente gleichermaßen durch die Modrow-Regierung)³. So sehr der Be-

Dies ist der Text meiner politikwissenschaftlichen Antrittsvorlesung vom 4. Januar 1994 an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau.

1 Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann, Einführung, in: dies. (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, München 1989, S. 11.

2 Entsprechende Anzeichen gerieten unzureichend ins Blickfeld – möglicherweise aus ganz unterschiedlichen Gründen. Der dominierende Zweig der DDR-Forschung, der sich an einem systemimmanenten Ansatz orientierte und die DDR nicht an übergeordneten Maßstäben zu analysieren gewillt war, konnte sich gravierende Systemdefekte nicht vorstellen. Die andere, stärker totalitarismustheoretisch ausgerichtete Strömung hielt einen Systemwechsel in einem diktatorischen Regime für undenkbar. Die einen wollten dessen Anfechtungen nicht genügend, die anderen konnten sie nicht hinreichend sehen. Das Ergebnis war im Kern dasselbe: Die Stabilität wurde bei unterschiedlicher Begründung jeweils überschätzt.

3 Vgl. die detaillierte Spurensicherung bei Uwe Thaysen, Rückzug, Verschleierung – und Rückkehr? Das Meisterstück der Regierung Modrow im Transformationsprozeß der DDR (1989/90), in: Recht und Politik, 30 (1994), S. 143–149.

griff früher auf Ablehnung stieß, so häufig findet er heute Anwendung. Auch Autoren, die früher dem Totalitarismuskonzept ablehnend gegenüberstanden, scheinen ihren Frieden mit dem Begriff geschlossen zu haben. Selbst Gerhard Lozek, an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee (ZK) der SED einst führender Ideologe beim Kampf gegen die „Totalitarismus-Doktrin“⁴, sieht sich nun bemüßigt, „das Totalitarismuskonzept ernst [zu] nehmen“⁵ und nennt gar „das totalitäre System“⁶ als eines der markanten Merkmale der politischen Ordnung der DDR. Augenfällig und eigentümlich zugleich ist bei dieser – sei es offenkundigen, sei es scheinbaren – Aufwertung des Totalitarismusbegriffs der Sachverhalt, daß eine Begründung in der Regel unterbleibt, von Hinweisen auf die Hypertrophie der Staatssicherheit abgesehen.

Wie ist dieser Wandel binnen kurzem zu erklären? Offenbar spielt auch für Wissenschaftler die normative Kraft des Faktischen für die faktische Kraft des Normativen eine große Rolle – um nicht zu sagen: der Zeitgeist. Ein System, das gescheitert ist, wird weitaus kritischer wahrgenommen. Dabei besteht zwischen Legitimität und Stabilität kein direkter Zusammenhang. Vom Standpunkt des demokratischen Verfassungsstaates wäre eine siegreiche DDR ebenso diskreditiert, wie es eine nicht mehr existierende DDR ist. Durch ihren Kollaps sind im Kern keine Fakten bekannt geworden, die es gestatten, das moralische Urteil über die DDR zu verschärfen. Wer sehen wollte, konnte auch vorher sehen. Offenkundig hatten manche derer,

4 Vgl. Gerhard Lozek (Hrsg.), Die Totalitarismus-Doktrin im Antikommunismus. Kritik einer Grundkomponente bürgerlicher Ideologie, Berlin (Ost) 1985; siehe für Einzelheiten Eckhard Jesse, Die „Totalitarismus-Doktrin“ aus DDR-Sicht, in: Konrad Löw (Hrsg.), Totalitarismus, Berlin 1988, S. 63–87.

5 Gerhard Lozek, Totalitarismuskonzept – Bestandteil kritischer Gesellschaftsanalyse, in: Pressedienst der PDS vom 7. 6. 1991, S. 17f.

6 Ders., Stalinismus – Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was?, Berlin o. J. (1993), S. 21. Siehe auch ders., Vergleichen, nicht gleichsetzen. Fallbeispiel: Totalitäre Diktaturen, in: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.), Vom Beitritt zur Vereinigung. Schwierigkeiten beim Umgang mit deutsch-deutscher Geschichte, Akademische Tage 1993, Berlin o. J. (1994), S. 84–88.

die den totalitären Charakter der DDR bestritten, den Eindruck gewonnen, sie sei ein „politisch-soziales System *sui generis*“, „eine neben anderen möglichen Formen der Organisation hochindustrialisierter Gesellschaften. Es wird akzeptiert“, so Gert-Joachim Glaebner, einer der tonangebenden DDR-Forscher, „daß der umfassende Regelausspruch dieses Systems nicht totalitärer Willkür [...] entspricht“⁷. Wer die DDR als politisches System *sui generis* angesehen hat, konnte sich nicht darauf einlassen, für die DDR jene Maßstäbe zugrunde zu legen, an denen sich auch die Bundesrepublik messen lassen mußte und muß.

I. Aufbau, Fragestellung und Bedeutung der Thematik

Zunächst werde ich die Frage erörtern, ob – und warum – die DDR als Diktatur zu gelten hat, welcher Observanz auch immer. Danach ist auf das vielschichtige Totalitarismuskonzept einzugehen. Wer die Frage prüfen will, ob die DDR totalitärer Natur gewesen ist, muß seine Maßstäbe offenlegen. Für die vielleicht etwas überraschend anmutende Antwort scheint mir eine gewisse Unterscheidung zwischen verschiedenen Phasen angebracht. Mir kommt es insbesondere auf die zweite Hälfte der achtziger Jahre an. Es geht mir weiter darum, Gründe für den Wandel des diktatorischen Charakters der DDR zu benennen. Meine These ist, daß sich die DDR von einem durch und durch totalitären System in den ersten Jahren in eine zunehmend auch von autoritären Zügen bestimmte Diktatur umgeformt hat. Ist aber nicht das unselige Wirken der Staatssicherheit ein gewichtiges Argument für den totalitären Charakter des Systems? Nähere ich mich mit der These, eine allmähliche Abkehr von einer totalitären Ordnung sei eingetreten, der Auffassung von Günter Gaus, dem ersten Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR, der andere deutsche Staat sei eine Nischengesellschaft gewesen⁸?

7 Gert-Joachim Glaebner, Die Mühen der Ebene – DDR-Forschung in der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.), Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft, Opladen 1988, S. 114 (Hervorhebung im Original).

8 Vgl. Günter Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983, S. 156–233. Siehe dazu auch die Schlußbetrachtung dieses Beitrages.

Die Fragestellung ist nicht von scholastischer Natur, sondern für eine an der Leitfrage nach einem menschenwürdigen Leben orientierte Politikwissenschaft essentiell wichtig: Nach dem Ende tatsächlicher oder vermeintlicher totalitärer Systeme läßt sich über den Sinn und die Grenzen des Totalitarismusbegriffs gelassener streiten, da die Gefahr politischer Instrumentalisierung weitaus geringer geworden ist. Aufgrund der Hinterlassenschaft der kommunistischen Diktatur besteht eine günstige Voraussetzung zur Klärung von Fragen, deren Antworten früher mehr oder weniger – z. B. wegen unzureichender „Feldforschung“ – auf Glaubensbekenntnissen oder politischen Annahmen beruhten. DDR-Forschung, die auf Spekulationen verzichten kann, ist eigentlich erst jetzt in vielen Bereichen möglich. Insofern hat die vielbeschworene Transformationsforschung die Auseinandersetzung mit dem sogenannten „realen Sozialismus“ in der DDR zur Voraussetzung. Eine kritische Analyse baut einer Nostalgie wie einer Dämonisierung der DDR vor. Mit Karl Dietrich Bracher gilt es, „einer Betrachtungsweise weiterhin Gehör zu verschaffen, die nach 1945 so wesentlich die Neubegründung und Entfaltung einer freiheitlich-demokratischen Politikwissenschaft getragen hat“⁹ – zumal nach der Jahrhundertzäsur, dem plötzlichen Hinscheiden des sogenannten „realen Sozialismus“, der eine merkwürdige „sklerotische Stabilität“ aufwies – „fast völlige Starrheit und Unbeweglichkeit oder Zusammenbruch“¹⁰. *Tertium non datur.*

Die DDR war für die meisten Westdeutschen ein unbekannter Nachbar, obwohl die großen Parteien an der einen „deutschen Nation“ festhielten. Umgekehrt war in der DDR weitaus mehr von dem anderen deutschen Staat bekannt, obwohl die politische Führung Abgrenzung vom „kapitalistischen Staat“ zum Programm erhob und es erschwerte, wenn nicht gar unmöglich war, sich ein angemessenes Bild zu verschaffen.

Die bis Ende der 60er Jahre im Westen so genannte „sogenannte Deutsche Demokratische Republik“ war nicht deutsch, nicht demokratisch und auch nicht republikanisch. Basierend auf den Bajonetten der Sowjetunion, erwies sie sich als ein willfähiges Satellitenregime, lange eine Art „Musterknabe“ des Ostens. Ihr fehlte es durchgängig an

9 Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Erfahrungen als aktuelles Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/87, S. 4.

10 So der Chemnitzer Politikwissenschaftler Lothar Fritze, Patriotismus der abstrakten Hoffnung. Über die sklerotische Stabilität des Realsozialismus vor seiner Implosion, in: Leviathan, 20 (1992), S. 83.

demokratischer Legitimität, wie dick auch die demokratische Schminke aufgetragen war. Als republikanisch läßt sie sich ebensowenig charakterisieren, interpretiert man diesen Begriff mit Immanuel Kant im Sinne einer gewaltenteiligen Verfassung (und nicht als bloße Negierung einer wie auch immer gearteten Monarchie).

Die DDR war eine Diktatur¹¹ – von Anfang an, in allen Etappen ihrer Entwicklung. Gleich nach 1945 wurde mit dem Aufbau einer, so der euphemistische Ausdruck, „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ begonnen, dem der „Aufbau des Sozialismus“ im Jahre 1952 konsequenterweise folgte. Das Sowjetsystem lieferte den Bauplan der politischen Ordnung, auch wenn formal ein Mehrparteiensystem zum Tragen kam. In Art. 1 der DDR-Verfassung wurde 1968 das politische Monopol der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei festgeschrieben. Die Lehre von der Diktatur des Proletariats galt als „das Kernstück der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie“¹². Das Herrschaftssystem war monistisch ausgerichtet, ein Pluralismus unterschiedlicher Interessen wurde nicht anerkannt, der Inhalt des Gemeinwohls vorgegeben, der Eigenwert demokratischer Spielregeln geleugnet.

Immer wieder ist in der Literatur von „Stalins DDR“¹³ die Rede. Die These, die DDR sei stalinistisch gewesen, reicht bis in die Reihen der PDS und der Trotzkisten¹⁴. Sie ist unzutreffend und basiert entweder auf einer Dämonisierung oder einer Verharmlosung des diktatorischen Charakters der DDR. Eine Dämonisierung liegt insofern vor, als die Zustände, die sich gemeinhin mit der Stalinzeit verbinden (Verschleppung, Schauprozesse, GULAG-System, Klassenmord), in der DDR so nicht existiert haben, schon gar nicht in den letzten Jahrzehnten. Eine Verharmlosung ist gegeben, insofern der Ausdruck Stalinismus eine Abweichung vom „Weg der Tugend“ suggeriert: Fehlerhaft sei nicht das sozialistische System an sich, sondern seine (behauptete) Deformierung aufgrund des Personenkultes. Es ist eine Paradoxie: Der scheinbar heftigsten Kritik liegt nicht nur ein klamm-

11 Wobei dieser Begriff pejorativ besetzt und nicht im Sinne der rabulistischen Verwendung von Georg Fülberth gemeint ist. Vgl. ders., Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration, Hamburg 1993, S. 81 („Notwehrdiktatur“, „revolutionäre Diktatur“, „Erziehungsdiktatur“).

12 Art. „Diktatur des Proletariats“, in: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1988⁷, S. 205.

13 Vgl. Rüdiger Knechtel/Jürgen Fiedler (Hrsg.), Stalins DDR. Berichte politisch Verfolgter, Leipzig 1991.

14 Vgl. Wolfgang Weber, DDR – 40 Jahre Stalinismus. Ein Beitrag zur Geschichte der DDR, Essen 1993.

heimliches Einverständnis mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zugrunde. Die Perhorreszierung des „Stalinismus“ soll gegen Kritik an der als unbefleckt geltenden Idee des Sozialismus immunisieren.

Nach einem ebenso jähen wie unerwarteten Kollaps einer Diktatur im Zangengriff zwischen Auswanderungs- und Demonstrationsbewegung sprießen Mythen und schießen Halbwahrheiten ins Kraut. Zu ihnen gehört die These, die sogenannte „Wende“ sei von der Staatssicherheit initiiert worden, ihr dann aber aus den Händen geglitten¹⁵, zählt auch die Auffassung nicht nur Heiner Müllers, innerhalb der SED habe es eine „viel bewußtere Opposition gegen DDR-Strukturen als in der parteilosen Bevölkerung“¹⁶ gegeben. Und um Legenden handelt es sich auch bei den beiden folgenden Positionen, die einander widersprechen: Die eine lautet, daß es gerade die Blockparteien gewesen seien, die sich bei der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft durch Übereifer und Linientreue ausgezeichnet hätten. Tatsächlich rekrutierten sich ihre Mitglieder vielfach aus Angepaßten, die von der SED in Ruhe gelassen werden wollten. Die andere geht in die umgekehrte Richtung, bei ihnen habe sich schon immer eine heimliche Opposition formiert. Sie war so heimlich, ließe sich ironisch ergänzen, daß es nicht einmal die mißtrauische Staatssicherheit wußte. Durch diese und andere Mythen wird die kommunistische Diktatur nicht erhellt. Gehört dazu auch die heute weithin geteilte These von der totalitären DDR?

II. Der Totalitarismusbegriff im Vergleich zum Autoritarismusbegriff

Wer die Frage nach dem diktatorischen Charakter der DDR-Gesellschaft bejaht, und daran zu zweifeln besteht kein begründeter Anlaß, hat damit noch nicht die nach ihrem totalitären Charakter beantwortet: Jedes totalitäre System ist diktatorisch, aber nicht jede Diktatur ist totalitär. Zu den Diktaturen sind solche autoritärer und totalitärer Observanz zu rechnen. Was versteht man unter autoritär, was – vor allem – unter totalitär?

15 Vgl. Ralf Georg Reuth/Andreas Bönnte, Das Komplott. Wie es wirklich zur Deutschen Einheit kam, München 1993.

16 Zitiert nach dem folgenden Artikel: „Heiner Müller: In der SED eine viel bewußtere Opposition“, in: Frankfurter Rundschau vom 21. 12. 1993.

Der totalitäre Staat hebt sich nach Meinung von Totalitarismustheoretikern erstens vom Typus des demokratischen Verfassungsstaates ab, zweitens von einer autoritären Diktatur und drittens von allen früheren Formen der Autokratie. Der Totalitarismus ist damit *antidemokratisch, pseudo-demokratisch* und *postdemokratisch* gleichermaßen. Als totalitär gelten jene politischen Systeme, die den Bürger durch eine Ideologie zu formen, durch Kontrolle zu erfassen und gleichzeitig zu mobilisieren suchen.

An dieser Stelle kann naturgemäß kein Überblick zur verschlungenen Geschichte der Totalitarismusforschung geboten werden¹⁷. Aufgrund der Existenz des sowjetischen Systems unter Stalin und des deutschen unter Hitler bildete sich ein besonders nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst aufblühender Zweig der Forschung heraus, der unter Anknüpfung an das faschistische Italien – von dort hatte der Totalitarismusbegriff seinen Ausgangspunkt genommen – bestimmte politische Ordnungen als totalitär bezeichnete. Totalitäre Herrschaft firmiert vielfach als Phänomen des 20. Jahrhunderts – aufgrund der Monstrosität der Verbrechen, der pseudodemokratischen Legitimierung, des angemessenen geschichtlichen Auftrags der Herrschenden sowie des Propagandaeinflusses. In der Folgezeit bildeten sich Totalitarismusansätze heraus, begleitet von heftiger, unterschiedlich motivierter Kritik, die bald die Oberhand gewann. Die vielleicht bekannteste Version stammt von Carl Joachim Friedrich und seinem damaligen Mitarbeiter Zbigniew K. Brzezinski. Sie stellten auf den Herrschaftsapparat ab, orientierten sich an einem *basically-alike*-Prinzip, wonach „die totalitäre Diktatur historisch einzigartig und sui generis ist und ... die faschistischen und kommunistischen totalitären Diktaturen in ihren wesentlichen Zügen gleich sind, d. h., daß sie sich untereinander mehr ähneln als anderen Systemen staatlicher Ordnung, einschließlich älterer Formen der Autokratie“¹⁸. Laut Friedrich und Brzezinski zeichnen sich totalitäre Staaten durch sechs gemeinsame, jeweils spezifisch charakteri-

sierte Merkmale aus – eine Ideologie, eine Partei, eine terroristische Geheimpolizei, Nachrichten- und Waffenmonopol sowie eine zentralisierte Wirtschaft.

Meine Analyse greift nicht auf das wirkungsträchtige Sechspunktesyndrom dieser beiden Autoren zurück¹⁹, sondern auf einen in Deutschland bisher leider nach wie vor wenig beachteten Typologieversuch des spanischen, in den USA lehrenden Politikwissenschaftlers Juan J. Linz. Für ihn ist Autoritarismus neben Demokratie und Totalitarismus ein dritter Regimetypus, also kein zwischen Demokratie und Totalitarismus angesiedelter Verlegenheitsbegriff. Vor allem in drei Hauptdimensionen unterscheiden sich nach Linz totalitäre von autoritären Diktaturen: dem Grad des politischen Pluralismus, dem Grad der ideologischen Ausrichtung und dem Grad der gelenkten politischen Mobilisation²⁰. Damit sind drei wesentliche Elemente eines diktatorischen Systems genannt. Man müßte noch den Grad der politischen Repression als viertes Kriterium hinzunehmen, da er für die Einordnung einer politischen Herrschaftsform von außerordentlichem Belang ist²¹. Ein totalitäres System werde durch systematische, willkürliche Verletzung der Menschenrechte bestimmt, ein autoritäres gewähre mehr Rechtssicherheit, auf die freilich kein einklagbarer Anspruch bestehe.

Ein totalitäres System zeichne sich durch ein Machtzentrum aus, während ein autoritäres begrenzten Pluralismus aufweise. Ein totalitäres System mache sich eine exklusive und ausgearbeitete Ideologie zu eigen, ein autoritäres beruhe auf einer traditionellen, nicht festgefügtten Geisteshaltung; forcieren ein totalitäres System die Mobilisierung der Massen, so verzichte ein autoritäres auf gelenkte Partizipation, begnüge sich also mit politischer Apathie. Die Frage der jeweiligen Indikatoren und der Operationalisierbarkeit wirft viele, hier nicht zu erörternde Fragen auf. Wie ist es mit

19 Vgl. dazu Arnold Sywottek, „Stalinismus“ und „Totalitarismus“ in der DDR-Geschichte, in: Deutsche Studien, 30 (1993) 117/118, S. 25–38.

20 Vgl. den systematischen, theoretisch gesättigten und empirisch gehaltvollen Beitrag von Juan J. Linz, *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, in: Fred I. Greenstein/Nelson W. Polsby (Hrsg.), *Handbook of Political Science*, Bd. 3: *Macropolitical Theory*, Reading/Mass. u. a. 1975, S. 175–411 (Bibliographie: S. 371–411).

21 Vgl. dazu ders., *Types of Political Regimes and Respect for Human Rights: Historical and Cross-national Perspectives*, in: Eide Asbjørn/Bernt Hagtvet (Hrsg.), *Human Rights in Perspective. A Global Assessment*, Oxford 1992, S. 177–221, S. 299–312. – Bei der folgenden Analyse ist darauf verzichtet worden, dieses Kriterium eigens einzubeziehen. Siehe aber Kapitel V.

17 Vgl. hierzu Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.), *Wege der Totalitarismus-Forschung*, Darmstadt 1968; Manfred Funke (Hrsg.), *Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*, Düsseldorf 1978; Ernest A. Menze (Hrsg.), *Totalitarianism Reconsidered*, London 1981; Irving Howe (Hrsg.), *1984 Revisited. Totalitarianism in our Century*, New York 1983. Zusammenfassend Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Totalitarismus und Totalitarismusforschung. Zur Renaissance einer lange tabuisierten Konzeption*, in: dies. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 4, Bonn – Berlin 1992, S. 7–27.

18 Carl Joachim Friedrich, *Totalitäre Diktatur* (unter Mitarbeit von Zbigniew K. Brzezinski), Stuttgart 1957, S. 15.

der DDR nach diesen drei Kriterien bestellt? War sie – zumal in ihrer Schlußphase – eher autoritär oder stärker totalitär?

Die Frage, ob die DDR totalitär gewesen ist, läßt verschiedene Antworten zu, auch ein „mehr oder weniger“ – je nach dem Standort des Analytikers und dem eigenen Totalitarismusverständnis. Das Deutungsproblem ist also auf einer anderen Ebene angesiedelt als die Frage, ob Chemnitz auf dem 51. Grad nördlicher Breite und auf dem 13. Grad östlicher Länge liegt.

III. Prüfung des Linzischen Kriterienkatalogs

1. Monismus versus begrenzter Pluralismus

Das politische System in der DDR zeichnete sich durch das Fehlen pluralistischer Elemente auf allen Ebenen aus. Der Monopolanspruch der kommunistischen Partei, die die „Avantgarde der Arbeiterklasse“ sei, stand nicht zur Disposition. Aus ihren Reihen übernahmen Kader eine „Kapillar“-Funktion. Gewaltenvereinigung wurde als notwendig proklamiert. Die SED war in Theorie und Praxis durch das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ bestimmt, das Politbüro „die eigentliche Kommandozentrale der Macht“²². Das Recht stand unter dem Primat des Politischen.

Im Vergleich zur Ulbricht-Zeit nahm in den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren bei manchen Schwankungen im Sanktionsvollzug der Spielraum für politisch Andersdenkende zu. Nicht, daß ein wie auch immer gearteter Pluralismus von der politischen Führung Billigung oder gar Anerkennung fand. Doch blieb ihr angesichts der sich nicht nur ökonomisch und außenpolitisch zugespitzten Lage wenig anderes übrig. Die Bewegungsfreiheit der „Kirche im Sozialismus“ etwa wurde größer, so daß sich unter ihrem Dach allmählich auch Kräfte Gehör verschaffen konnten, die, wenngleich zunächst vorsichtig, auf Distanz zur SED gingen. Immerhin blieb bei der Kommunalwahl im Mai 1989 ein beachtlicher Prozentsatz der Wahl fern oder stimmte ungültig; Oppositio-

nelle kontrollierten die Stimmenauszählung und machten die Wahlmanipulation einer ohnehin schon manipulierten Wahl publik. Die SED reagierte eher hilflos, ging gegen diese Zirkel, die zum Teil sogar kleine (Untergrund-)Zeitschriften herausgaben, nicht entschlossen vor. Unter Ulbricht wäre eine solche Dissidenz undenkbar gewesen. Wie ein ins Wasser geworfener Stein mußten derartige Aktionen Kreise ziehen. Gleichwohl unterscheidet sich die „Dissidentenbewegung“ von denen in den meisten anderen osteuropäischen Diktaturen durch zwei Befunde: Erstens war sie weitaus weniger machtvoll als etwa in Polen oder in der Tschechoslowakei, bis zum Herbst 1989, entgegen manchen Mythen, geradezu bedrückend klein; zweitens blieb sie im Dunstkreis sozialistischer Grundvorstellungen gefangen, während woanders sich eine systemüberwindende Opposition, die kein Hehl aus ihrer Ablehnung sozialistischer Maximen machte, herauszubilden begann. Sicherlich hängt das in mannigfacher Hinsicht mit der deutschen Sondersituation eines geteilten Landes zusammen.

Nach den in der DDR erhobenen Daten nahm das Vertrauen²³ ihrer Bürger – zumal der jungen – in den achtziger Jahren ab, zum Teil beträchtlich. Nun gilt das für viele als Indiz des Sinkens politischer Loyalität²⁴. Ist aber die Annahme nicht plausibler, daß sich der Druck gegenüber früher gelockert hat und die Interviewten eher bereit waren, ungeschminkt ihre Auffassung zu sagen? Insofern ruht die verbreitete These von einem Vertrauensverlust in der DDR auf einer schütterten Basis, stützt sie sich, wie das vielfach geschieht, auf Meinungsumfragen²⁵. So ließe sich die größere – nicht: große – Kritikbereitschaft nicht im Sinne vermehrter Unzufriedenheit deuten, sondern paradoxerweise im Sinne größerer – nicht großer – Zufriedenheit. Wer hingegen davon spricht, die Honecker-Führung habe „den lange Zeit einge-

23 Das ist eine äußerst problematische Kategorie für das Verhältnis des Bürgers zu einem nicht demokratisch legitimierten Staat. Vgl. generell Gesine Schwan, Politik ohne Vertrauen? Ideengeschichtliche und systematische Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Vertrauen, und Hartmut Jäckel, Über das Vertrauen in der Politik. Nicht an Personen, sondern an Institutionen entscheidet sich das Wohl der Bürger, beide in: Peter Haungs (Hrsg.), Politik ohne Vertrauen?, Baden-Baden 1990, S. 9–30, S. 31–41.

24 Vgl. statt vieler in diesem Sinn Martin und Sylvia Greifenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München 1993, S. 41.

25 Vgl. Rolf Reißig, Das Scheitern der DDR und des realsozialistischen Systems. Einige Ursachen und Folgen, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt a.M. 1993, S. 49–69.

22 Bernhard Marquardt, DDR – Totalitär oder autoritär?, Bern 1986, S. 31.

räumten Vertrauens Kredit²⁶ verspielt, stellt die Verhältnisse auf den Kopf.

Das kommunistische System in der DDR – auf sich allein gestellt – wäre vermutlich zu jeder Zeit ohne die Sowjetunion ungeachtet aller kräftigenden Elemente sozialer Sicherheit wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen – in den fünfziger Jahren ebenso wie in den sechziger und siebziger. Ligaturen konnten sich angesichts des fehlenden Interessenpluralismus nicht herausbilden. Für alle Versäumnisse wurde der allmächtig erscheinende Staat verantwortlich gemacht. Jeder Versuch einer Reform war angesichts der fehlenden Legitimität – und selbst des unzureichenden Loyalitätsglaubens²⁷ als einer schwächeren Form der Legitimität – zum Scheitern verurteilt. Mehr noch – Reformeifer mußte den Untergang geradezu beschleunigen. Wie wenig pluralistisches Gedankengut anfangs selbst bei Teilen mutiger Opponenten ausgebildet war, läßt nicht nur der Aufruf „Für unser Land“ vom November 1989 erkennen: „Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“²⁸ Die hier anklingende Verfallstheorie ist ein Mythos. Insofern muß die Haltung der SED-Spitze als konsequent gelten, sich nicht oder nur tastend der ohnehin nicht geradlinigen Gorbatschow-Linie anzuschließen, und der bisweilen gutgemeinte Ratschlag, die DDR solle sich doch reformieren, war ein Bären dienst. Die DDR, ein „Kunstprodukt des Kalten Krieges“²⁹, konnte sich auf begrenzten Pluralismus zielende Reformen nicht leisten, weil diese dem Realsozialismus das ihm eigene Fundament entzogen hätten. Der Realsozialismus brauchte aber tiefgreifende Reformen, um konkurrenzfähig zu bleiben; wirksame Reformen mußten jedoch systemsprengende Konsequenzen zeitigen. Das war sein unentrinnbares Dilemma.

26 Heinz Niemann, Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993, S. 67. Hier findet sich (mit fragwürdiger Interpretation) der Abdruck zahlreicher Umfrageergebnisse.

27 Vgl. dazu Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992, S. 22–28.

28 Der Text des Aufrufs „Für unser Land“ ist vielfach abgedruckt. Vgl. etwa Charles Schüddekopf (Hrsg.), „Wir sind das Volk“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Hamburg 1990, S. 240f.

29 Armin Mitter/Stefan Wölle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 162.

2. Ideologisierung versus Nichtideologisierung

Nach marxistisch-leninistischer Sichtweise ist die sozialistische Ideologie entsprechend der Einheit von Theorie und Praxis „wissenschaftlich begründet, offen parteilich und eine Anleitung zum praktisch-revolutionären Handeln“³⁰ gewesen. „Ideologische Diversion“, wie das nächste Stichwort im „Kleinen Politischen Wörterbuch“ hieß, wurde schwer geahndet. Im Laufe der Jahre hatte die Ideologie immer stärker eine manipulativ einsetzbare Rechtfertigungs- als eine Anleitungsfunktion.

Wäre ein Untergang des kommunistischen Systems bei einem Rückzug der sowjetischen Besatzungsmacht angesichts seines Legitimitätsdefizits jederzeit wohl binnen kurzem unvermeidlich gewesen, hätte früher der Staatsapparat – mit Partei und Staatssicherheitsdienst – angesichts des revolutionären Enthusiasmus nicht einfach kapituliert. Mittlerweile war die Ideologie aber so entkräftet, der Behauptungswille der Partei derart geschwächt, daß sie in einem fließenden Übergang die Abdankungsprozedur mittrug, ohne daß es – wunderbar und wundersam zugleich – zu Toten kam.

Um allerdings kein teleologisches Mißverständnis aufkommen zu lassen: Die Entwicklung mußte nicht so geradlinig verlaufen. Die Vorgänge etwa in Leipzig am 9. Oktober 1989 sind noch immer nicht ganz aufgeklärt, und vielleicht wird sich auch nicht mehr die Konstellation – ähnlich wie am 9. November in Berlin – exakt klären lassen, die zu einem Verzicht auf einen militärischen Einsatz anläßlich der Massendemonstration geführt hat. Wäre der gerontokratischen Führung die Ausichtslosigkeit ihrer Anstrengungen im Sinne der Herrschaftssicherung bewußt gewesen, hätte es vielleicht eine „chinesische Lösung“ im Sinne eines totalitären Rückschlages gegeben. Bei der politischen Führung muß folglich mehr als ein Gran an ideologischem Missionseifer vorhanden gewesen sein.

Die Fixierung im Osten auf den Westen wurde durch die Propaganda gegen die westliche Lebensweise noch gestärkt. So machte in der DDR folgender Sinnspruch zuweilen die Runde: „Die Leute im Westen haben keine Ideale mehr. Die Leute im Osten haben ein Ideal – den Westen.“³¹ Der Glaube an die Kraft der Ideologie war vielfach

30 Art. „Ideologie“, in: Kleines Politisches Wörterbuch (Anm. 12), S. 396.

31 Zitiert nach H. Joas/M. Kohli, Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: dies. (Anm. 25), S. 19.

geschwunden. Wer mit Intellektuellen sprach, die in den achtziger Jahren aus dem Wissenschaftsgral der DDR gekommen waren, gewann den *merkwürdigen*, geradezu paradox anmutenden Eindruck, daß dem Marxismus im westlichen Deutschland mehr Lebenskraft innezuwohnen schien als im östlichen. Die mangelnde Durchschlagskraft des Marxismus-Leninismus sollte durch eine Vereinnahmung von Persönlichkeiten aus der deutschen Geschichte kompensiert werden. Auch die Friedensfixierung war angesichts der allseits unglaublich gewordenen marxistisch-leninistischen Ideologie dazu gedacht, den Loyalitätsglauben der Bevölkerung zu stärken.

Die Entspannungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren konnte – ungeachtet mancher Eiszeiten – nicht ohne Rückwirkungen auf die eigene Ideologie bleiben. Der „Klassenfeind“ ließ sich nicht mehr so verteufeln wie früher. Bei der Politik der „friedlichen Koexistenz“, die bisher auch als „wichtige Form des internationalen Klassenkampfes“³² firmierte, geriet der konfrontative Aspekt mehr und mehr in den Hintergrund. Das „neue politische Denken“, das bereits mit Andropow begann, von Gorbatschow forciert fortgesetzt wurde und wohl nicht zuletzt wirtschaftlich motiviert war, forderte seinen Tribut: Angesichts einer drohenden Menschheitskatastrophe bestehe im Atomzeitalter die Notwendigkeit, die Konflikte zum politischen Gegner zu verringern. Es gäbe nicht nur Interessendivergenzen, sondern auch Gemeinsamkeiten. Man bescheinigte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gar bürgerlichen Anhängern einer Entspannungstheorie, die den realexistierenden Sozialismus – schon dieser Terminus nimmt im Grunde wenn nicht Abschied, so doch Abstand von einer sozialistischen Utopie – als ein „totalitäres Gesellschaftssystem“ betrachteten, durchaus Realitätssinn, geleitet von „humanistisch geprägten Auffassungen“³³. Einige Jahre zuvor agierten bei demselben Autor die Befürworter der sogenannten „Totalitarismus-Doktrin“ noch als Entspannungsfeinde³⁴.

Im August 1987 legten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED ein Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vor. Ob man es wollte oder nicht: Die verän-

derte Wahrnehmung des Gegners in „außenpolitischer“ Hinsicht mußte sich auch auf die Innenpolitik auswirken, wenngleich in eher dosierter Form. In dem gemeinsamen Papier etwa hieß es, neben anderen Passagen, die die SED als Erfolg für sich verbuchen konnte: „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile, muß innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, daß diese Diskussion gefördert wird und praktische Ergebnisse hat. Nur so ist es möglich, daß öffentlich eine vergleichende Bilanz von Praxis und Erfahrungen beider Systeme gezogen wird, so daß Mißlungenes verworfen, Gelungenes festgehalten und gegebenenfalls übernommen und weiterentwickelt werden kann.“³⁵ Gewiß hat die Praxis in der DDR auch in der Spätphase ganz anders ausgesehen, aber für Widerstrebende bot dieses Papier eine Art Berufungstitel. Daß weder SED- noch manche SPD-Initiatoren dies beabsichtigten, steht auf einem anderen Blatt – dem der unberechenbaren Dialektik.

3. Massenmobilisation versus Entpolitisierung

In der ersten Hälfte der Geschichte der DDR nahm die Rolle der Mobilisation weitaus handfestere Formen als später an: Massenaufmärsche, Transparentlosungen, eine stärkere Militarisierung der Gesellschaft. Versuche, die Bevölkerung zu mobilisieren, blieben zwar bis in den zu Recht so genannten „deutschen Herbst 1989“ erhalten, doch Erlahmungstendenzen waren sowohl bei den Herrschenden als auch den Beherrschten unverkennbar.

Wenig effektiver Widerstand wurde dem fortschreitenden „Zerfall des realen Sozialismus“ entgegengesetzt, Kehrseite der kaum noch vorhandenen Mobilisierung. Mit Hilfe eines verlogenen Antifaschismus glaubte sich die politische Führung über die Runden retten zu können. Allerdings ließ sich die Bevölkerung davon nicht mehr leiten.

Es bedarf der Prüfung, ob sich in der DDR neben einer „53er-Generation“ zunehmend auch eine „68er-Generation“ herausgebildet hat³⁶. War für die „53er-Generation“ die fehlgeschlagene Volks-

32 Art. „Friedliche Koexistenz“, in: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1983⁴, S. 278.

33 Hans Pirsch, Logik des Nuklearzeitalters und Totalitarismus-Doktrin, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 34 (1986), S. 496.

34 Vgl. ders., Wiederbelebung der Totalitarismuskonzeption, in: IPW-Berichte, 12 (1983) 2, S. 8–14.

35 Zitiert nach dem Abdruck des Papiers (Das SPD/SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit), in: Deutschland Archiv, 21 (1988), S. 91.

36 Natürlich ist sich der Verfasser darüber im klaren, daß diesen Gedankengängen stärker analytisch nachgegangen werden muß, um ihre Relevanz zu prüfen.

erhebung vom Juni 1953 ein traumatisch wirkendes Indiz der Unveränderbarkeit des kommunistischen Systems, ließe sich die „68er-Generation“ – bestimmt einerseits durch die Aufbruchbewegung im Westen, andererseits durch die gewaltsame Unterdrückung des „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ – dahingehend charakterisieren, daß der Glaube an eine Reform des Systems im Sinne eines besseren Sozialismus erhalten geblieben war. Aber weder die eher antikommunistische „53er-Generation“ noch die stärker antikapitalistische „68er-Generation“ verspürte einen Drang, die „Politik der Arbeiterklasse“ offensiv zu verteidigen.

In den achtziger Jahren wurde die SED sowohl in der Genehmigung der Ausreisewünsche in den Westen als auch in der Bewilligung von Westreisen großzügiger, nachdem bereits in den siebziger Jahren nach Abschluß entsprechender Verträge Westbesucher ihre Kontakte vertiefen konnten. Was eine Ventilfunktion haben sollte, erwies sich jedoch als beständiges Element der Unzufriedenheit. Die Ausgereisten ließen Kontakte zu den – in des Wortes zweifacher Bedeutung – Zurückgebliebenen nicht abreißen, förderten so Mißmut. Und manche aus dem „goldenen Westen“ zurückgekehrten Besucher verloren vielfach Illusionen über die gepriesenen „Errungenschaften“ ihres Systems. Damit ging auch die Bereitschaft zurück, sich für das eigene System über das als nötig empfundene Maß des Arrangements hinaus einzusetzen. Die Zahl der Ausreiseanträge stieg durch diese Erfahrungen – und seien es nur Erfahrungen aus zweiter Hand – gewesen – kontinuierlich weiter. Sie soll Ende der achtziger Jahre bei fast einer Million gelegen haben³⁷. Wer regelmäßig das Westfernsehen empfangen konnte, und dies war nicht mehr verboten wie Jahrzehnte zuvor, ließ sich nur noch schwer für „sozialistische Errungenschaften“ gewinnen.

In der DDR der achtziger Jahre mußte man nicht mehr mit Haut und Haaren für das System sein. Die revolutionäre Dynamik war längst zum Erliegen gekommen. Um in Ruhe leben zu können, reichte es, daß man sich nicht systemkritisch gebärdete. Gerade dadurch zeichnet sich wesentlich ein autoritäres Regime aus. Allerdings vergrößerte sich der Freiheitsspielraum des einzelnen durch die erlahmende revolutionäre Dynamik nicht notwendigerweise, zumal der Prozeß durchaus umkehrbar erschien.

³⁷ Zu den tatsächlich Ausgereisten vgl. zusammenfassend Hartmut Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen. Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: Deutschland Archiv, 24 (1991), S. 386–395.

IV. Vergleich der früheren und späteren Entwicklung

Die Gesamtbewertung will bei zahlreichen Gemeinsamkeiten in der Grundstruktur vor allem den Kontrast zur früheren Entwicklung erhellen. „Bis zum Herbst 1989 schienen die DDR und die Tschechoslowakei unter dem bleiernen Mantel des Totalitarismus zu schlummern, während Rußland eine Demokratisierung ohnegleichen erlebte.“³⁸ Die Verbote für den Umbruch in den Satellitenstaaten gingen zwar indirekt vom „Vaterland der Werktätigen“ aus, doch war dieses weitaus stärker totalitär strukturiert als etwa die DDR in ihrer Endphase, wie mannigfache Nachwehen zeigen.

Wandlungstendenzen in der DDR lassen sich auch bei einem Vergleich mit zwei historischen Knotenpunkten aus ihrer Anfangs- und Mittelphase verdeutlichen. Sie bildeten für viele Menschen – für die Akteure wie für die Beherrschten – Schlüsselerfahrungen: der 17. Juni 1953, der leider nicht der Tag der deutschen Einheit geblieben ist, obwohl der 3. Oktober 1990 ihn vollendete, und der 13. August 1961, der am 9. November 1989 plötzlich unter bewegenden Szenen rückgängig gemacht wurde.

Die „Volkserhebung“³⁹ am 17. Juni kam für die in ihrem Sendungsbewußtsein geblendete SED (wie auch für den Westen) ganz überraschend, zumal nach der Kollektivierung in der Landwirtschaft und einer Fluchtwelle am 9. Juni auf sowjetischen Druck hin ein – taktisch und strategisch motivierter – „neuer Kurs“ eingeschlagen wurde. Auf das Brodeln in der Bevölkerung konnte sich die politische Führungsspitze keinen rechten Reim machen und goß durch das Festhalten an der Normerhöhung Öl ins Feuer. Ein Funke entzündete das Pulverfaß. Einem Lauffeuer gleich verbreiteten sich die Meldungen vom Streik der Bauarbeiter, der zum Flächenbrand ausuferte und sich nur durch die Sowjetarmee ersticken ließ. Westlicher „Feuerteufel“ wurde man nicht habhaft, wie man intern einzuräumen gezwungen war. Die traumatische Erinnerung an den 17. Juni blieb vielen DDR-Bürgern eingebrannt – auch und gerade den Spitzenfunktionären, die einen neuen 17. Juni witterten. Man wußte, wie schnell ein frischer Wind – aus

³⁸ Jurij Afanassjew, Rußland – Despotie oder Demokratie. Vorwort von André Glucksmann, Düsseldorf u. a. 1993, S. 124.

³⁹ Dies der glückliche Terminus von Manfred Hagen, der den 17. Juni damit vom „Volksaufstand“ und von einer „Protestdemonstration“ abgrenzt. Vgl. ders., Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

dem Osten oder dem Westen – revolutionäres Feuer entfachen kann. Am 31. August 1989 fragte Erich Mielke einen Obersten: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“⁴⁰ Es folgte kein aufrührerischer 17. Juni, sondern ein friedlicher 9. November, der das System auf andere Weise in seinen Grundfesten erschütterte und den 13. August rückgängig machte.

Der Mauerbau am 13. August 1961 kam hingegen für die Beherrschten ganz überraschend, obwohl sich vorher wachsende Unzufriedenheit gezeigt hatte – in Form von Betriebsstreiks, im Anschwellen der Fluchtbewegung, in einer Zunahme sogenannter „Hetzlosungen“ und auch der Versorgungsschwierigkeiten. Auf der Tagesordnung stand mit Ulbrichts Worten die „Vergenossenschaftlichung“ der Landwirtschaft – mit ideologischem Drill, repressivem Druck und mehr oder weniger (eher mehr als weniger) unsanften Drohungen. Der symbolträchtige Mauerbau erhob achtundzwanzig Jahre lang die „Absurdität zum Alltag“. Die Abriegelungsmaßnahmen am 13. August zogen die größte Verhaftungswelle seit dem 17. Juni nach sich. Die Mauer firmierte in der Tat als die „existentielle Grundlage der DDR“⁴¹, aber zugleich stellte dieses Monstrum deren existentielle Grundlage immer wieder in Frage.

Beide Ereignisse samt ihren Folgen zeigen anschaulich den totalitären Charakter der DDR, spiegelbildlich zugleich auch die permanente Gefährdung eines Systems. Was war die DDR? Ein System, das sich niemals seiner Bürger sicher sein konnte, ungeachtet allen Drucks, aller Versprechungen und des sozialistischen Paternalismus. Daran sollte sich bis zur Modrow-Zeit nichts ändern. Das Parteimonopol ließ sich nicht aufbrechen. Abstriche an der ideologischen Orientierung blieben lange aus. Das Individuum wurde der eigenen Würde beraubt. Das war die DDR!

Was sich aber allmählich – zumal in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre – zu wandeln begann, sind bestimmte Elemente der politischen Struktur des Staates gewesen. Das Ergebnis ist widersprüchlich, jedenfalls nicht auf einen Begriff zu bringen. War die DDR nach dem Kategoriengerüst von Juan J. Linz in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmend eine autoritäre Diktatur mit totalitären Einsprengseln, eine totalitäre Diktatur mit autoritären Einsprengseln – oder eine Gemengelage autoritärer und totalitärer Elemente? Zu leugnen ist

gradueller Wandel nicht: Der totalitäre Anspruch des Partei- und Staatsapparats blieb bis zum Schluß erhalten; aufgrund einer Reihe von so nicht gewünschten Rahmenbedingungen begann sich die totalitäre Struktur wider den Willen der Machthaber zwar nicht aufzulösen, aber beträchtlich abzuschwächen.

Damit ziehe ich aus den letzten Jahren der DDR und ihrem Kollaps – nicht zuletzt der Art des Zusammenbruches – eine andere Konsequenz als die meisten Autoren, für die gerade das totalitäre Element durch das Ende der DDR sichtbar geworden sei. Hielt der Verfasser die DDR vor ihrem jähen Verschwinden für ein genuin totalitäres System⁴², scheint mir diese Charakterisierung, will man den Begriff des Totalitarismus nicht überdehnen, für die Endphase so nur bedingt zu gelten. Aber die Art meiner Begründung unterscheidet sich von jenen Positionen, die vor 1989 die DDR als autoritär – wenn überhaupt – betrachtet haben, und zwar im Sinne der Abschwächung diktatorischer Elemente.

Dem Problem, ob die DDR totalitär strukturiert gewesen ist, lassen sich viele untersuchungswürdige Aspekte abgewinnen. Nur einige Beispiele: Wie ist Manfred Stolpes „Drei-Säulen-Theorie“ zu bewerten, und welche Gewichtung existiert zwischen der staatlichen Ebene, der Partei und der Staatssicherheit? Wer eine polykratische Machtstruktur entdecken könnte, hätte damit per se noch kein Argument gegen die totalitäre Struktur geliefert, wie auch das Beispiel des Dritten Reiches lehrt. Oder: Wie beeinflussten äußere Rahmenbedingungen – die Hegemonialmacht Sowjetunion auf der einen, die Konkurrenzmacht Bundesrepublik auf der anderen Seite – die diktatorischen Mechanismen des politischen Systems? Die Hegemonialmacht wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in gewisser Weise zur Konkurrenzmacht (und die Konkurrenzmacht zur Hegemonialmacht): *Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen* – dieser tibetischen Gebetsmühlen gleich wiederholte und einst omnipotente Slogan erwies sich allmählich als subversive Parole. Dabei ergab sich häufig eine Kluft zwischen Intention und Wirkung. So ist auch die Geschichte der Deutschlandpolitik in den siebziger und achtziger Jahren geradezu eine Geschichte sich merkwürdig kreuzender Paradoxien⁴³. Intendierte Stabilisierung zog vielfach das Gegenteil – unbeabsichtigte Labilisierung – nach sich.

42 Vgl. etwa: Eckhard Jesse (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich, Berlin 1985⁴.

43 Vgl. für Einzelheiten Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.

40 Zitiert nach Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS. Januar–November 1989, Berlin 1990, S. 125.

41 Dies. (Anm. 29), S. 551, S. 366.

V. Staatssicherheitsdienst als Beispiel für das Modell eines totalitären Staates?

Bisher ist eine Institution – das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – so gut wie gar nicht berührt worden, deren Tätigkeit gemeinhin als das schlagendste Argument für die These gilt, die DDR sei gerade in ihrer Endphase das Modell eines totalitären Staates gewesen – und zwar aufgrund der Rolle des zunehmend flächendeckend agierenden Staatssicherheitsdienstes, nach verbreiteter Ansicht „Hauptinstrument des DDR-Totalitarismus“⁴⁴, zumal dieses als Werkzeug der Partei figurierte, deren „führende Rolle“ entgegen manchen Legenden sowohl dem Selbstverständnis als auch der realen Politik gemäß unbestreitbar ist.

In der „Richtlinie Nr. 1/76“ der Staatssicherheit hieß es folgendermaßen: „Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind: systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufs, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben.“⁴⁵ Wie bekannt, blieb es nicht bei dieser papieren-zynischen Feststellung. Jugendliche wurden nicht nur „zersetzt“, sondern auch für die Zwecke des Staatsapparats eingespannt. Eine Kommentierung aus einer Lektion des Ministeriums für Staatssicherheit über „Entwicklungs- und Verhaltensbesonderheiten junger Menschen und ihre Beachtung in der Gestaltung der inoffiziellen Zusammenarbeit“ lautet: „Die optimale Gestaltung der Zusammenarbeit mit Jugendlichen, ihre Erziehung und Befähigung, daß sie der Forderung des Genossen Minister entsprechend in der Lage sind, operativ bedeutsamen Personen ‚unter die Haut zu kriechen und ins Herz zu blicken, damit wir zuverlässig wissen, wer sie sind, wo sie stehen‘, verlangt vom Ministerium spezifische Fähigkeiten zur Führung junger Menschen“⁴⁶. Diese Kommentierung macht einen Kommentar überflüssig.

Was das Totalitarismustheorien unterstellte Feindbild betrifft, bedarf es der Differenzierung: Ein Feindbild, das ideologisch geprägt ist und die Rea-

lität verzeichnet, ist in der Tat ebenso höchst kritikwürdig wie ein Freund-Feind-Denken. Aber zur Realität gehört auch, daß dem Systemgegensatz zwischen Ost und West eine Unaufhebbarkeit zugrunde lag, die sich nicht in irgendeiner unverbindlichen Formel auflösen ließ. Auf das Bild eines Feindes des demokratischen Verfassungsstaates konnte und kann nicht verzichtet werden. Das gilt auch für die Gegenwart. Wer rechts- oder linksextremistische Bestrebungen ohne Dämonisierung anprangert, macht sich kein Feindbild zu eigen. Das reale *Bild eines Feindes*, das ohne Verzeichnungen auskommt, ist von einem irrealen *Feindbild* zu unterscheiden, wie es etwa dem geheimen „Wörterbuch der Staatssicherheit“ aus dem Jahre 1985 zu entnehmen ist⁴⁷: „Der moralische Inhalt des H. [Hasses] ist abhängig vom Gegenstand, auf den er gerichtet ist, und kann von daher wertvoll und erhaben oder kleinlich und niedrig sein. H. zielt immer auf die aktive Auseinandersetzung mit dem gehaßten Gegner, begnügt sich nicht mit Abscheu und Meidung, sondern ist oft mit dem Bedürfnis verbunden, ihn zu vernichten oder zu schädigen. H. ist ein wesentlicher, bestimmender Bestandteil der tschekistischen Gefühle, eine der entscheidenden Grundlagen für den leidenschaftlichen und unversöhnlichen Kampf gegen den Feind.“⁴⁸

All das – und vieles mehr – war Wirklichkeit, und noch längst wissen wir nicht genug über das MfS und seine Auftraggeber. Wer fordert, die Akten der Staatssicherheit jetzt bzw. demnächst zu vernichten oder den Zugang zu ihnen zu erschweren, findet in Ost und West aus unterschiedlichen Gründen Unterstützung. Der Wissenschaftler kann sich mit einem solchen Postulat nicht anfreunden. Eines seiner Werkzeuge wird ihm entzogen, und gerade Fragen wie die nach der totalitären Struktur des politischen Systems in der DDR lassen sich auch durch die in der Regel nicht geschönten Akten einer Klärung näherbringen⁴⁹. Ein Begriff wie Totalitarismus ermöglicht jenen, die an vorderster Stelle mitgemacht haben, unter Beru-

47 Da ist von folgenden „Feind“-Begriffen die Rede: Feind – Feindbild, tschekistisches – Feindobjekt – Feindobjektanalyse – Feindobjektvorgang – Feindtätigkeit – Feindtätigkeit, Aufdeckung der – Feindtätigkeit, Bekämpfung der – Feindtätigkeit, Tarnung der. Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1993², S. 110–114.

48 Ebd., S. 163.

49 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Mielkes Geheimdienst war mehr als ein Spitzelapparat. Die Stasi-Akten als wichtige zeitgeschichtliche Quelle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 12. 1993.

44 U. Thaysen (Anm. 3), S. 146.

45 Die Richtlinie ist u. a. abgedruckt in: Karl Wilhelm Fricke, MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation, Köln 1993, S. 93–136, Zitat S. 126.

46 Zitiert nach Rosemarie Stein, Geführte Jugend. Wie die Stasi Kinder und junge Leute zu Spitzeln erzog, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 12. 1993.

fung auf Befehlsnotstand leichter eine Exkulpation, als habe es aufgrund der Repressionen keine andere Wahl gegeben. Daß dies so nicht stimmte – niemand mußte beispielsweise zu den Grenztruppen –, wissen wir. Die Zahl derjenigen, die sich weigerten, für das MfS zu arbeiten, soll fünfmal größer als die Zahl der Geworbenen gewesen sein⁵⁰.

Die Gretchenfrage lautet: Ist nun ein derartiges, von der Partei angeleitetes Überwachungssystem eine Widerlegung der These von der nachlassenden totalitären Dynamik? Meine Antwort mag provokativ und paradox zugleich ausfallen. Aber manches spricht für die folgende Vermutung: Die gestiegene Zahl der hauptamtlichen und weit über 100 000 Inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes zumal in den achtziger Jahren – ihre genaue Zahl dürfte sich niemals feststellen lassen – signalisiert wohl nicht eine Zu-, sondern eher eine Abnahme des totalitären Charakters des politischen Systems. Die DDR konnte es sich nicht mehr im gleichen Ausmaß wie früher leisten, gegen alle Andersdenkenden offen vorzugehen, sie etwa festnehmen zu lassen, mußte politische Abweichungen nach außen hin stärker dulden⁵¹ und sie mit weicheren, subtileren Repressionen verfolgen⁵². Die Unterwanderung der wenigen Friedensgruppen und weiterer oppositioneller Zirkel war so stark, daß sie im nachhinein bald schon als kontra-produktiv erscheinen muß.

VI. Schlußbetrachtung

Hatte sich die DDR damit in eine von Repressionen weitgehend freie „Nischengesellschaft“ transformiert⁵³? Wahrlich nicht! Politikfreie Nischen

50 Vgl. Regina Mönch, Jetzt beginnt der Kampf um die Seele, in: Der Tagesspiegel vom 13. 12. 1993.

51 Vgl. etwa die Darstellung eines der anarchistischen Szene nahestehenden, unbeugsamen Oppositionellen, der zum „harten Kern“ gehörte: Wolfgang Rüdtenklau, Störenfried. ddr-opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992.

52 Ein Beispiel aus den Akten des MfS vom Februar 1989: Ein kirchlicher Mitarbeiter wollte die Gründung einer „Vereinigung zur Förderung des KSZE-Prozesses in der DDR“ beantragen. Die Reaktion des MfS war inhaltend: „Es wird vorgeschlagen, KRÜGER zur Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern vorzuladen, von ihm eine Begründung seines Antrages zu fordern und eine entsprechende Prüfung zuzusagen. Das sollte mit der Zielsetzung erfolgen, ihm in einem weiteren Gespräche rechtlich begründet einen abschlägigen Bescheid zu erteilen.“ ZAIG, Ministerium für Staatssicherheit 79/89, S. 3.

53 Dies ist wie erwähnt, die These von G. Gaus (Anm. 8).

sind für die DDR-Gesellschaft nicht charakteristisch gewesen. Der Begriff der Nische wird dadurch falsch, daß er das diktatorische Element in gewisser Weise analytisch eskamotiert. Hätte Günter Gaus die Nischengesellschaft als private Reaktion auf staatlichen Druck hin gedeutet, wäre dieses Interpretationsmuster überzeugender. Daß die Menschen in der DDR private Interessen in den Vordergrund stellten, ist kein hinreichendes Indiz für die Auflösung des diktatorischen Elements. War diese Mentalität nicht eher „eine rationale Technik des Überlebens“⁵⁴? Günter Gaus hatte 1983 geschrieben: „Es gibt den Druck einer ständigen Aufpasserei nicht.“⁵⁵ Und noch nach dem Kollaps der DDR heißt es, die DDR-Bürger hätten sich durch die „Möglichkeit der Nische, des individuellen Glücks im Winkel, mit dem Regime ihres Staates arrangiert“⁵⁶. War es nicht umgekehrt? Weil sie sich eben nicht arrangiert hatten, flüchteten sie in Nischen.

Für Siegfried Mampel, der aus der DDR flüchten mußte und 1978 einigen Widerständen zum Trotz eine „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ ins Leben gerufen hat, ist kein Grund einsichtig, „vom Totalitarismuskonzept abzugehen, es sei denn, es gehe um einen Aufwertungseffekt für das politische System der DDR“⁵⁷. Je nachdem, ob Totalitarismus als normativer Typusbegriff oder als empirisch angeleiteter Begriff aufzufassen ist, fällt die Bewertung unterschiedlich aus. Diese These stimmt, begreift sie Totalitarismus als Gegenposition zum demokratischen Verfassungsstaat, und in der Tat gab es in den siebziger und achtziger Jahren eine Reihe von DDR-Forschern, die diktatorische Elemente zu bagatellisieren suchten, etwa ein Teil der „Berliner“. Gänzlich unberechtigt erscheint Mampels Warnung jedoch dann, wenn ein Forscher zwar die diktatorischen Elemente nicht anzweifelt, sie zur Sprache bringt und analysiert, aber sich veranlaßt sieht, stärker autoritäre gegenüber totalitären zu betonen. DDR-Forschung ist vor und nach der „Wende“ – ein beschönigender Terminus aus dem Munde von Egon Krenz – zu weiten Teilen Diktaturforschung, unabhängig davon, zu welchen Ergebnissen der Wissenschaftler im Hinblick auf die autoritäre und die totalitäre Komponente zumal in der Spätphase der DDR kommt.

54 So H. Joas/M. Kohli (Anm. 31), S. 13.

55 G. Gaus (Anm. 8), S. 169.

56 Ders., Über Deutschland und die Deutschen, Berlin 1990, S. 165.

57 Siegfried Mampel, in: Politische Systeme in Deutschland, Berlin 1980, S. 142.

Fazit: Die einst totalitäre Ulbricht-DDR hat unter Erich Honecker vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahren neben fortbestehenden totalitären Elementen immer mehr auch Züge einer autoritären Diktatur angenommen – ein Posttotalitarismus des *Ancien régime*, der in vieler Hinsicht – was etwa die Labilität der Situation betrifft – dem Prätotalitarismus Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre ähnelt, ihm allerdings auch widerspricht. Stark vereinfacht: Seinerzeit wollte die SED die Gesellschaft umformen, konnte es jedoch noch nicht; später konnte die SED sie umformen, wollte es aufgrund der eigenen Entkräftung und anderer Faktoren aber nicht mehr. In einem Wortspiel ließe sich, anknüpfend an Timothy Garton

Ashs Wendung von den osteuropäischen *Revolutionen* 1989/90⁵⁸ (eine Kombination aus Reform und Revolution habe die Diktaturen hinweggefegt), für die Spätphase der DDR von einer *autalitären Diktatur* sprechen, wobei dieses – zugegebenermaßen etwas konstruiert anmutende – Kunstwort das spezifische Mischungsverhältnis angemessen zum Ausdruck bringen soll. Insofern schließt sich der Kreis – die zu Beginn gestellte Frage ist nicht rhetorischer Natur, und sie bedarf – zumal für die Spätphase – weiterer Forschung: War die DDR totalitär?

58 Vgl. Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980 bis 1990, München 1990.

Karl Wilhelm Fricke

Kein Recht gebrochen?

Das MfS und die politische Strafjustiz der DDR

Zu den bis heute mit Bedacht verbreiteten Legenden über das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR zählt die Behauptung, seine Tätigkeit habe sich grundsätzlich auf der Basis und im Rahmen von Recht und Gesetz vollzogen. Exemplarisch dafür ist etwa der Aufsatz „Im Interesse der Wahrheit“ aus der Feder des früheren Direktors der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam, Ex-Generalmajor Willi Opitz, der in der These gipfelte: „Das MfS arbeitete mit gesetzlicher Legitimation.“¹ Ihren gleichsam spezifischen Ausdruck fand die Legende in der Interview-Äußerung Erich Mielkes aus dem Jahre 1992: „Wir haben kein Recht gebrochen.“² In demselben Interview hat es der ehemalige Minister für Staatssicherheit übrigens als Versäumnis bezeichnet, daß die Vollmachten des MfS gesetzlich nicht verankert gewesen seien. Insoweit war er ehrlicher als Opitz.

Tatsächlich waren in dem Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit vom 8. Februar 1950 (GBl.-DDR S. 95) die Aufgaben und Befugnisse des MfS nicht definiert. Das aus nur zwei Paragraphen bestehende Gesetz enthielt zu den Kompetenzen des MfS ebensowenig Aussagen wie zu seinen Strukturen und Funktionen. Auch sein Verhältnis zur Strafjustiz blieb daher gesetzlich unbestimmt.

Wenn in der folgenden Darstellung die Rolle des MfS als Untersuchungsorgan in politischen Strafsachen analysiert wird, so soll anschaulich gemacht werden, daß und wie einschlägige Strafurteile durch die Politbürokratie der SED oder mit deren Wissen und Auftrag durch die Staatssicherheit präjudiziert worden sind. Auch in dieser Beziehung war das MfS mithin Herrschaftsinstrument der SED – „zuverlässiger Schild und scharfes Schwert der Partei“³. Alle Versuche, dies zu leugnen oder die Staatssicherheit als „Staat im Staate“ zu verklä-

ren, sind nur dazu angetan, die SED aus ihrer politischen Verantwortung für die Verbrechen des MfS zu entlassen.

I. Die Untersuchungsorgane des MfS

In einem Gesetz wurden die Untersuchungsorgane des MfS ausdrücklich überhaupt erst dreizehn Jahre nach seiner Gründung erstmalig erwähnt – im DDR-Staatsanwaltschaftsgesetz vom 17. April 1963 (GBl.-DDR, S. 57), das in § 16 Abs. 2 „die Untersuchungsorgane des Ministeriums für Staatssicherheit“ neben denen des Ministeriums des Innern und der Zollverwaltung nannte. Dieselbe Formulierung wurde fünf Jahre später in § 88 Absatz 2 der DDR-Strafprozeßordnung vom 12. Januar 1968 (GBl.-DDR I S. 49) übernommen. Gleichwohl blieb im Gesetz unbestimmt, für welche Ermittlungen die MfS-Untersuchungsorgane zuständig waren.

Lediglich ein seinerzeit vom Ministerium der Justiz herausgegebener Lehrkommentar nahm eine Präzisierung vor, indem den Untersuchungsorganen des MfS „die bedeutsame Aufgabe“ zugewiesen wurde, „insbesondere Verbrechen gegen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte (1. Kapitel StGB) und Verbrechen gegen die Deutsche Demokratische Republik (2. Kapitel StGB) zu untersuchen“⁴.

MfS-intern und geheim, jeder öffentlichen Kenntnisnahme oder Kontrolle entzogen, waren Zuständigkeiten und Aufgaben der Staatssicherheit in ihren Statuten, Richtlinien und Ordnungen, Befehlen und Dienstanweisungen festgelegt. So wurde das Staatssekretariat für Staatssicherheit⁵ durch Statut vom 15. Oktober 1953 u. a. ermächtigt,

1 Willi Opitz, Im Interesse der Wahrheit, in: Zwiegespräch, (1994) 22, S. 18.

2 Erich Mielke, ‚Ich sterbe in diesem Kasten‘, in: Der Spiegel, (1992) 36, S. 53.

3 Erich Mielke auf dem Kampfmeeting des MfS zum 35. Jahrestag seiner Gründung, in: Neues Deutschland vom 7. Februar 1985.

4 Strafprozeßrecht der DDR (Lehrkommentar), hrsg. vom Ministerium der Justiz, (Ost-)Berlin 1968, S. 135.

5 Zwischen dem 23. Juli 1953 und dem 24. November 1955 war das Ministerium für Staatssicherheit als Staatssekretariat dem Ministerium des Innern eingegliedert. Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1989³, S. 28 und 32.

„alle erforderlichen Untersuchungen bis zum Schlußbericht an die Organe der Justiz zu führen“⁶.

Dieses Statut blieb auch in Kraft, als das Staatssekretariat für Staatssicherheit erneut als Ministerium verselbständigt worden war. Ersetzt wurde es erst durch ein Statut vom 30. Juli 1969, das bis zum Ende der Diktatur der SED gültig blieb. Darin war dem MfS in § 2 u. a. die Aufgabe zugewiesen, „Straftaten, insbesondere gegen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte sowie gegen die Deutsche Demokratische Republik aufzudecken, zu untersuchen und vorbeugende Maßnahmen auf diesem Gebiet zu treffen“⁷. Damit war klar umrissen, daß jedes Ermittlungsverfahren bei sogenannten Staatsverbrechen prinzipiell und ausnahmslos in die Zuständigkeit der MfS-Untersuchungsorgane fiel.

Darüber hinaus wurden sie zumeist auch bei „Straftaten gegen die staatliche Ordnung“ im Sinne des 8. Kapitels des DDR-Strafgesetzbuches vom 12. Januar 1968 (GBl.-DDR I, S. 1) tätig, etwa bei „Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“ oder bei „ungesetzlichem Grenzübertritt“, bei „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ oder bei „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“, zumal in schweren Fällen nach § 216 StGB-DDR. Je eindeutiger eine Sache politischer Natur war, desto eher nahm sich die Staatssicherheit ihrer an – die Untersuchungsorgane des Ministeriums des Innern konnten allenfalls in leichten Fällen bei Straftaten gegen die staatliche Ordnung tätig werden. Umgekehrt konnten die Untersuchungsorgane des MfS auch zu Ermittlungen in Fällen der Schwerekriminalität eingesetzt werden.

Innerhalb des MfS oblag die Bearbeitung von Untersuchungsvorgängen der Hauptabteilung IX mit Dienstsitz in Berlin-Hohenschönhausen, wo sich auch das Zentrale Untersuchungsgefängnis befand, und den ihr nachgeordneten Abteilungen IX in den MfS-Bezirksverwaltungen⁸. Bei Auflösung des MfS umfaßte die Hauptabteilung IX insgesamt

6 Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 15. Oktober 1953, Ziff. 4, Buchst. b (GVS 349/53), zit. nach einer Kopie des Originals.

7 Statut des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Juli 1969, § 2, Buchst. c, Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates Nr. 27/5/69, zit. nach einer Kopie des Originals.

8 Vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993, hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Dokumente, Reihe A, Berlin 1993, S. 73 ff.

518 hauptamtliche Mitarbeiter, zu denen in den Abteilungen IX auf Bezirksebene weitere 726 hauptamtliche hinzukamen – zusammen also 1 244, die überwiegend als Vernehmungsoffiziere tätig waren. In den Kreisdienststellen des MfS existierten keine Untersuchungsorgane.

Strukturell war die Hauptabteilung IX nach dem Stand von 1989 in zwölf Abteilungen gegliedert, die jeweils für bestimmte Sachgebiete zuständig waren. So führte z. B. die Abteilung 1 die Untersuchung in Spionageverdachtsfällen durch, Abteilung 2 war für die Untersuchung sogenannter politischer Untergrundtätigkeit zuständig, Abteilung 3 für politisch relevante Wirtschaftskriminalität, die Abteilung 5 kümmerte sich um straffällig gewordene Mitarbeiter des MfS, offizielle wie inoffizielle, in der Abteilung 6 wurden Straftaten von Angehörigen der „bewaffneten Organe“, in der Abteilung 9 Flucht- und Fluchthilfedelikte („staatsfeindlicher Menschenhandel“) untersucht, die Abteilung 11 bearbeitete Verbrechen aus der Nazi-Zeit. Im übrigen bestanden bei der Hauptabteilung IX, die zuletzt von Generalmajor Rolf Fister geleitet wurde, eine Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) zur Analyse und Auswertung der Untersuchungsergebnisse, eine Arbeitsgruppe Koordinierung zur Regelung der Zusammenarbeit mit den Untersuchungsabteilungen der MfS-Bezirksverwaltungen sowie weitere Arbeitsgruppen mit Spezialaufgaben.

Charakteristischerweise gehörte die Hauptabteilung IX zum Verantwortungsbereich Mielkes, der auch schon mal persönlich in ein Ermittlungsverfahren eingegriffen oder höchstselbst Vernehmungen durchgeführt hat⁹.

II. Die Rolle des Staatsanwalts

Nach den Bestimmungen der DDR-Strafprozeßordnung hatte der Staatsanwalt bei Verdacht einer Straftat ein Ermittlungsverfahren „durch schriftlich begründete Verfügung“ (§ 98) einzuleiten. Dasselbe Recht stand allerdings auch den Untersuchungsorganen zu, wenn sie durch „eigene Feststellungen“ (§ 92) von seiner Notwendigkeit überzeugt waren. Angesichts ihrer Informiertheit lag die Entscheidung darüber in politischen Straf-

9 Vgl. Protokoll der Vernehmung des Müller, Kurt, geb. 1903, durch Herrn Staatssekretär Mielke am 23. 3. 1950, in: Jochen von Lang, Erich Mielke. Eine deutsche Karriere, Berlin 1991, S. 232 ff.

sachen stets bei den Untersuchungsorganen der Staatssicherheit, die im Grunde eigenverantwortlich oder auf Weisung der Politbürokratie der SED über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens befanden. Gegenüber dem Staatsanwalt hatte das MfS lediglich eine Informationspflicht (§ 98 StPO-DDR). Seine Untersuchungsführer ließen sich um so weniger in die Karten schauen, als sie ihre Arbeit „konspirativ abgeschirmt“ zu verrichten hatten.

„Es ist wiederholt vorgekommen“, so Erich Mielke, damals Staatssekretär im MfS, am 20. März 1952 in einer Dienstanweisung, „daß von Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit bei der Übergabe abgeschlossener U-Vorgänge an die zuständigen Gerichte Unterlagen mitgereicht wurden, aus denen die Arbeitsmethoden, der Geschäftsgang und andere Zusammenhänge der Arbeit des Ministeriums zu ersehen sind. Zur Wahrung der Konspiration der Arbeitsmethoden des Ministeriums für Staatssicherheit ist mit einer derartig fahrlässigen Bearbeitungsweise Schluß zu machen“ – und es folgten detaillierte Anordnungen, welche Unterlagen und Dokumente Untersuchungsvorgänge, die an die Staatsanwaltschaft und die Gerichte weiterzuleiten waren, enthalten und welche sie nicht enthalten durften; zu letztgenannten zählten vor allem „Angaben, welche die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit entkonspirieren, wie Namen von Mitarbeitern und Geheimen Mitarbeitern bzw. Informatoren, Methoden der Zusammenarbeit mit ihnen und Angaben, welche die Struktur des Ministeriums erkennen lassen“¹⁰. Von dieser strengen Geheimhaltungspraxis hat die Staatssicherheit niemals abgelassen.

Insoweit hatten auch das Recht und die Pflicht des Staatsanwalts, „die Aufsicht über alle Ermittlungen der Untersuchungsorgane“ auszuüben, speziell „von den Untersuchungsorganen Unterlagen und andere Angaben über Ermittlungsverfahren anzufordern“ (§ 89 StPO-DDR), ihre durch MfS-interne Weisungen gesetzten Grenzen – ganz abgesehen davon, daß die Aufsicht des Staatsanwalts ohnehin zur Farce geriet, weil auch er selbstverständlich vom MfS offiziell und inoffiziell überprüft und überwacht wurde.

Mittlerweile haben das selbst DDR-Juristen wie der ehemalige Stellvertreter des Generalstaatsanwalts, Lothar Reuter, unumwunden eingeräumt: „Innerhalb der Staatsanwaltschaft sind die politi-

schen Strafsachen in der Regel durch Staatsanwälte der Abteilungen I A bei den Staatsanwälten der Bezirke und des Generalstaatsanwalts bearbeitet worden. Sie wurden unter strengen Gesichtspunkten ausgewählt. Ihr Einsatz bedurfte der Bestätigung durch das MfS – ein grotesker Vorgang, wenn man bedenkt, daß der zur Aufsicht über die Untersuchungsabteilungen des MfS verpflichtete Staatsanwalt gerade von diesem Organ zu bestätigen war. Auf diese Weise vermochte jedoch das MfS auch die Arbeit der Staatsanwälte bei der Anwendung des politischen Strafrechts zu steuern.“¹¹ Dem ist nur hinzuzufügen, daß es, wie noch darzulegen sein wird, auch auf andere Weise geschah.

Unter all diesen Voraussetzungen war es nicht der Staatsanwalt, sondern die Staatssicherheit, die von vornherein den Verlauf des Ermittlungsverfahrens bestimmte. Zumeist arbeiteten die Untersuchungsorgane des MfS mit den Diensteinheiten anderer Einsatzlinien zusammen, etwa mit der Hauptabteilung XX mit ihren nachgeordneten Abteilungen und Referaten auf Bezirks- und Kreisebene, die in der Hauptsache für die Überwachung und Unterdrückung potentieller und tatsächlicher Regimegegner zuständig waren, oder mit der Zentralen Koordinierungsgruppe, der die Bekämpfung legalen und illegalen Verlassens der DDR oblag, sowie mit der Hauptabteilung II („Spionageabwehr“), die z. B. auch Westkorrespondenten in Berlin-Ost „operativ zu bearbeiten“ hatte.

Unter den gegebenen Machtverhältnissen war es selbstverständlich auch möglich, daß Ermittlungen des MfS durch die Politbürokratie der SED veranlaßt wurden – sei es durch das Politbüro selbst, sofern eine Sache ihrer politischen Bedeutung wegen so hoch aufgehängt war, sei es durch die Zentrale Parteikontrollkommission oder auf Bezirksebene durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED.

Die heute zugänglichen Protokolle der Politbürositzungen belegen z. B. unter dem 20. Dezember 1956 die Planung des Schauprozesses gegen die um Wolfgang Harich gruppierte Opposition, indem „Genossen der Staatssicherheit“ ausdrücklich die „Direktive“ gegeben wurde, den Prozeß „beschleunigt vorzubereiten“, und da gleichzeitig „das Politbüro die Tätigkeit der Gruppe Harich als Staatsverrat ein(schätzte)“¹², hatten sowohl die Untersuchungsführer des MfS wie die Staatsan-

11 Lothar Reuter, Der widerspruchsvolle Prozeß der Erneuerung der Staatsanwaltschaft, in: Neue Justiz, (1990) 8, S. 323.

12 Zit. in: Manfred Hertwig, Sozialistische Hoffnungen in der DDR der fünfziger Jahre, in: Utopie kreativ, (1991) 12, S. 68.

10 Dienstanweisung betr. Übergabe von Untersuchungsvorgängen an die Staatsanwaltschaft und die Gerichte vom 20. März 1952 (VVS 934/52), zit. nach einer Kopie des Originals.

waltschaft ihre Zielrichtung erhalten, die hernach auch die Entscheidung des Gerichts präjudizieren mußte. Niemand kann ernsthaft behaupten, diese Verfahrensweise wäre gesetzlich oder gar rechtmäßig gewesen. Das Beispiel ist keineswegs singulärer Natur.

Die Entscheidung über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens trafen die Untersuchungsorgane des MfS auf der Basis Operativer Vorgänge, die ihrerseits auf konspirativ beschafften Informationen beruhten, teils aus dem inoffiziellen Netz, teils aus der im Regelfall illegalen Überwachung des Brief- und Fernsprechverkehrs. Formell durfte zwar in der DDR die Öffnung von Briefen von den Untersuchungsorganen des MfS erst angeordnet werden, nachdem ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden war – so sah es § 115 StPO-DDR vor –, aber in Wirklichkeit verfuhr die Staatssicherheit umgekehrt: Die aus der konspirativen Kontrolle der Post gewonnenen Verdachts- und Belastungsmomente führten erst zur Überleitung eines Operativen Vorgangs in einen Untersuchungsvorgang, und ebenso verhielt es sich bei der Überwachung des Fernsprechverkehrs. Insoweit mißachteten die Untersuchungsorgane des MfS fortwährend die Bestimmungen der Strafprozeßordnung.

III. MfS-Untersuchungshaft und Grundrechte

Nach § 122 StPO-DDR konnte ein Beschuldigter oder Angeklagter in der DDR nur in Untersuchungshaft genommen werden, wenn dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorlagen und Fluchtverdacht oder Verdunklungsgefahr gegeben war oder wenn ein Verbrechen den Gegenstand des Verfahrens bildete. Bei Verdacht eines Staatsverbrechens war die letztgenannte Voraussetzung von vornherein erfüllt. Die Untersuchungsorgane des MfS haben sich daher bei ihrer Entscheidung über die Anordnung von Untersuchungshaft nie zurückgehalten.

MfS-intern lief der Vorgang dergestalt ab, daß der einen Operativen Vorgang bearbeitende Offizier, sofern er einen dringenden Tatverdacht für gegeben hielt, seinem Vorgesetzten ein Festnahmersuchen vorlegte. Auf einem Formblatt nannte er die Gründe für die Festnahme und plante deren Ort und Zeit. Dieses Ersuchen war durch den Leiter der Kreisdiinststelle oder, falls auf Bezirks-

ebene darüber entschieden wurde, durch den zuständigen Abteilungsleiter zu genehmigen. In der Zentrale des MfS konnte darüber auch auf höchster Ebene entschieden werden. Zahlreiche Haftbeschlüsse tragen Mielkes Unterschrift.

Lag ein Haftbeschluß vor, erfolgte die vorläufige Festnahme des Beschuldigten. Sie war ihrerseits durch richterlichen Haftbefehl zu bestätigen. Formell lag damit die Entscheidung über die Untersuchungshaft beim Haftrichter, der auf Antrag des Staatsanwalts einen schriftlichen Haftbefehl erließ (§ 124 StPO-DDR). Dieser Haftbefehl war dem Beschuldigten unter Angabe der Gründe mit Datum und Unterschrift bekanntzugeben und von diesem schriftlich zu bestätigen. Im allgemeinen wurde dem einen Tag nach der Festnahme Genüge getan, indem der Festgenommene im Gefängnis dem Haftrichter vorgeführt und über die Gründe seiner Verhaftung unterrichtet wurde. Nicht selten sind diese Bestimmungen freilich von der Staatssicherheit mißachtet worden, indem der richterliche Haftprüfungstermin tagelang, in einzelnen Fällen auch für wesentlich längere Zeit hinausgeschoben wurde. Danach blieb der Gefangene praktisch den Untersuchungsorganen des MfS überlassen, im Grunde genommen ihrer Willkür, bis sie das Ermittlungsverfahren für abgeschlossen hielten.

Vollzogen wurde die Untersuchungshaft in MfS-eigenen Untersuchungsgefängnissen. Zum einen existierten die Untersuchungsanstalt I in Berlin-Hohenschönhausen und die Untersuchungsanstalt II in Berlin-Lichtenberg, beide unter Leitung der für die Untersuchungshaft zuständigen Abteilung XIV unter ihrem Chef Oberst Siegfried Rataizick, eine Diensteinheit mit zirka 250 Planstellen¹³, zum anderen verfügte jede MfS-Bezirksverwaltung über ein Untersuchungsgefängnis in der Verantwortung ihrer Abteilung XIV, die zentral von Berlin-Ost angeleitet wurde.

Das Regime der Untersuchungshaft war durch Befehle und Dienstanweisungen des Ministers festgelegt, speziell durch die „Ordnungs- und Verhaltensregeln für Inhaftierte in den Untersuchungsanstalten des MfS (Hausordnung)“, die Mielke 1971 erließ¹⁴. Jahrzehntelang galt als Prinzip der Untersuchungshaft die „Isolierung“ des Häftlings. Nach seiner Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis hatte er sich zu entkleiden, einer durchweg entwürdigenden Leibesvisitation zu unterziehen

13 Vgl. Die Organisationsstruktur . . . (Anm. 8), S. 77 ff.

14 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Zur Menschen- und Grundrechtssituation politischer Gefangener in der DDR. Analyse und Dokumentation, Köln 1988², S. 126 ff.

und danach anstaltseigene Unter- und Oberbekleidung anzulegen. Jeder Häftling erhielt eine Nummer, mit der er angesprochen wurde, damit sein Name nicht den Untersuchungsgefangenen in benachbarten Zellen bekannt wurde.

Die weitgehende Entrechtung des Häftlings in den Untersuchungshaftanstalten des MfS ist besonders durch die eklatante Mißachtung seines Rechts auf Verteidigung zu belegen. Zwar sollte nach Art. 102 der DDR-Verfassung vom 6. April 1968 das Recht auf Verteidigung „während des gesamten Strafverfahrens gewährleistet“ sein, mithin auch im Ermittlungsverfahren, zwar wurde es durch weitere justitielle Grundrechtsgarantien begründet, aber die alltägliche Praxis in den MfS-Untersuchungsfängnissen stand dazu in denkbar schroffem Widerspruch.

Meist dauerte es Wochen, bis der Untersuchungshäftling überhaupt einen Rechtsanwalt als Verteidiger seines Vertrauens benennen und benachrichtigen konnte. Unbeschadet der in § 62 StPO-DDR enthaltenen Vorschrift, wonach als Strafverteidiger „jeder in der Deutschen Demokratischen Republik zugelassene Anwalt gewählt werden“ konnte, wurde dem Häftling meist nur eine begrenzte Auswahl unter MfS-genehmen Rechtsanwälten ermöglicht. Häufig zögerte der Untersuchungsführer die Benachrichtigung eines Anwalts und die Zustellung einer Prozeßvollmacht bewußt so lange hinaus, bis er die Ermittlungen abgeschlossen hatte.

So konnte der Verteidiger in der Regel erst nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens, meist sogar erst nach Fertigstellung der Anklageschrift durch den Staatsanwalt tätig werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Vernehmungsoffiziere des MfS den Gefangenen anonym begegneten. Die meisten Verfolgten haben den Namen ihres Untersuchungsführers erst nach der friedlichen Revolution erfahren – bei Einsicht in ihre MfS-Akten.

Nach § 64 StPO-DDR sollte der Verteidiger das Recht haben, „den Beschuldigten oder den Angeklagten zu sprechen“, aber in der Untersuchungshaft des MfS wurde dieses Recht restriktiv bis zur Absurdität gehandhabt. Der aufsichtsführende Staatsanwalt konnte für die Anwaltskontakte Bedingungen festsetzen, „damit der Zweck der Untersuchung nicht gefährdet“ wurde; sie bestanden bis zur Anklageerhebung darin, daß der Anwalt mit seinem Mandanten nur über persönliche Fragen, nicht aber über den Gegenstand der gegen ihn erhobenen Beschuldigung sprechen durfte. Belegt ist zudem die Überwachung von Anwaltskontakten durch elektronische Abhöreinrichtungen in der Untersuchungshaftanstalt.

IV. Die Praxis der Untersuchungshaft

Die Dauer der Untersuchungshaft beim MfS wurde vom Zweck der Untersuchung bestimmt, der sich nicht darin erschöpfte, „die den Verdacht einer Straftat begründenden Handlungen allseitig und unvoreingenommen aufzuklären“, wie es in § 101 StPO-DDR hieß, und zwar „in be- und entlastender Hinsicht“, sondern auch einschloß, den Gefangenen moralisch zu zermürben, politisch zu zerbrechen. „Von den Angehörigen der Linie IX wird erwartet, daß sie ihre Aufgaben, vom Haß gegen den Klassenfeind durchdrungen, lösen, daß sie stets eine klare Klassenposition beziehen“, erklärte Mielke in einer Rede 1979. „Unverzichtbarer Grundsatz der Untersuchungshaft bleibt, daß die Feindseligkeit subversiver Elemente umfassend aufgedeckt wird.“¹⁵ Das war der „tschekistische Geist“, besser: Ungeist, mit dem die Untersuchungsoffiziere des MfS an ihre Aufgaben herangehen sollten.

Grundsätzlich war jedes Ermittlungsverfahren „innerhalb einer Frist von höchstens drei Monaten abzuschließen“; konnte diese Frist aber „wegen des Umfangs der Sache oder der Schwierigkeiten der Ermittlungen“ nicht eingehalten werden, war ihre Überschreitung durch den leitenden Staatsanwalt zu genehmigen (§ 103 StPO-DDR). Er hat sie so gut wie nie verweigert.

Nach den Erfahrungen ehemaliger politischer Häftlinge belief sich die Untersuchungshaft beim MfS in den achtziger Jahren auf durchschnittlich drei bis vier Monate, was Ausnahmen nicht ausschloß, in denen die Untersuchungshaft zwei- bis dreimal so lang dauerte. Häufig pflegten die Untersuchungsführer die Gefangenen dadurch unter Druck zu setzen, daß sie mit der willkürlichen Verlängerung der Untersuchungshaft „bis zum Geständnis“, „bis zur vollen Wahrheit“ drohten.

Es blieb nicht bei Drohungen, wie Untersuchungszeiten beim MfS von über dreieinhalb Jahren Dauer demonstrieren¹⁶. So wurde z. B. Helmut Brandt, ehemals Staatssekretär im DDR-Justizministerium, am 6. September 1950 festgenommen, aber erst am 4. Juni 1954 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt: nach drei Jahren und zehn Monaten MfS-Untersuchungshaft. Fritz Sperling, einst

15 Zit. in: Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED. Katalog zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz, Leipzig 1994, S. 200.

16 Nach eigenen Recherchen des Verfassers anhand der in den aufgeführten Fällen ergangenen Strafurteile.

2. Vorsitzender der KPD in der alten Bundesrepublik, mußte nach seiner Festnahme in Berlin-Ost am 26. Februar 1951 über drei Jahre in MfS-Untersuchungsgefängnissen zubringen, ehe er am 18. März 1954 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Paul Merker, ehemals Mitglied des Politbüros der SED, wurde am 1. Dezember 1952 festgenommen und am 30. März 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt: U-Haft-Dauer zwei Jahre und vier Monate. Der frühere Minister für Handel und Versorgung, Karl Hamann, wurde am 11. Dezember 1952 festgenommen und am 17. Juni 1954 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt: nach 19 Monaten Untersuchungshaft. Georg Dertinger, erster Außenminister der DDR, verhaftet am 15. Januar 1953, verurteilt zu 15 Jahren Zuchthaus am 4. Juni 1954, war rund 17 Monate in MfS-Haft. Max Fechner, vormals Justizminister, in Haft seit 14. Juli 1953, wurde am 24. Mai 1954 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt – nach fast zwei Jahren MfS-Untersuchungshaft.

Gewiß sind dies ausnahmslos Beispiele aus den fünfziger Jahren, zudem „prominente“ Fälle, aber ähnliches ist zumindest noch in den siebziger Jahren durchaus möglich gewesen. So wurden die Werkzeugmacher Gerald Rilk und Werner Iffert aus Steinbach im Bezirk Suhl am 27. bzw. 28. Oktober 1968 festgenommen, aber erst am 11. April 1972 (mit weiteren drei Angeklagten) zu lebenslänglich bzw. 15 Jahren Zuchthaus unter der absurden Bezeichnung, ein Attentat auf Walter Ulbricht vorbereitet zu haben, verurteilt – also nach drei Jahren und fünf Monaten Untersuchungshaft, weil sie nicht gestehen wollten, was sie nicht getan hatten.

Mit der erpresserischen Verlängerung der Untersuchungshaft sind Mittel und Methoden der Geständnis-erpressung beim MfS angesprochen. Die für Untersuchungen zuständigen Vernehmungsoffiziere waren für ihre Aufgaben zumeist gut geschult. Nicht wenige besaßen Fach- oder Hochschulausbildung – erworben zumeist an der Juristischen Hochschule in Potsdam, an der übrigens „wissenschaftliche“ Forschungen durchgeführt wurden, um die Effizienz der Ermittlungsverfahren zu steigern¹⁷.

Jeder Untersuchungsführer hatte seine Vernehmungen gründlich zu planen und fundiert vorzubereiten. Auf der Basis Operativer Vorgänge suchte er den Gefangenen mit psychologisch raffinierter

Befragungstechnik – seit Mitte der fünfziger Jahre weitgehend unter Verzicht auf physische Mißhandlungen – zu Aussagen zu bewegen. Vor allem wurde der Schock über die Festnahme ausgenutzt und versucht, den Gefangenen schon im ersten, meist überlangen, bis zu 15 Stunden dauernden Verhör zu einem Geständnis zu bringen. Dabei legten die Vernehmungsoffiziere die Protokolle in Dialogform an, um durch ihr Frage-Antwort-Schema besondere Authentizität vorzutäuschen, obwohl sie es waren, die nicht nur die Fragen, sondern auch die Antworten formulierten – in einer Sprache zumeist, die den Gefangenen belastete.

Natürlich konnte sich ein Gefangener nur bedingt gegen solche Vernehmungsmethoden wehren. „Ich beanstandete, daß keines der Vernehmungsprotokolle den Wortlaut meiner Aussage wiedergab, daß meine sogenannten Antworten zum Teil schon vor der entsprechenden Vernehmung schriftlich fixiert vorgelegen hatten und daß der Vernehmer sich vor allem darauf beschränkte, meine Einwände gegen die fertigen Protokolle zu erfahren und nur bei geringfügigen Details zu Änderungen des Wortlautes bereit war. Meinen Unterschriften unter die Protokolle war stets ein länger, psychologisch geführter Kampf vorausgegangen.“¹⁸ Diese Aussage eines ehemaligen Häftlings kann als für die achtziger Jahre typisch gelten.

Im übrigen scheuten die Untersuchungsführer vor Drohungen, Schikanen und Nötigungen keineswegs zurück. Besonders die Genehmigung oder Verweigerung persönlicher Verbindungen – Schreib- und Sprecherlaubnis – wurden zur „Disziplinierung“ des Gefangenen benutzt. Üblich war auch die Drohung mit psychiatrischer Behandlung. Zur Einschüchterung wurde ferner mit einer höheren Strafe gedroht, falls der Gefangene sich nicht gefügig zeigte. Praktiziert wurde Schlafentzug, zumal in der Anfangsphase der Untersuchungshaft, durch Tag- und Nachtverhöre, gekoppelt häufig mit totaler Isolation, mit Einzelhaft ohne persönliche Verbindungen, ohne Anwaltskontakt. Von besonderer Infamie war schließlich die Zusammenlegung eines Gefangenen mit einem „ZI“, einem sogenannten Zelleninformatoren¹⁹, d. h. mit einem anderen Gefangenen, der sich gegenüber dem Untersuchungsführer zur Bespitzelung seiner Mithäftlinge verpflichtet hatte.

17 Vgl. Doktorarbeiten im Auftrag der Stasi. Aufstellung der an der Juristischen Hochschule Potsdam durchgeführten Promotionsverfahren, in: Deutschland Archiv, 26 (1993) 12, S. 1439 ff.
18 Wolfgang Hartmann, in: K. W. Fricke (Anm. 14), S. 206
19 Vgl. Richtlinie Nr. 2/81 zur Arbeit mit Zelleninformatoren (ZI) vom 16. Februar 1981 (GVS MfS 0008-4/81), in: Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED. Dokumentenband zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz, Leipzig 1994, S. 107 ff.

V. Schlußbericht und Anklage

Die Ergebnisse eines unter solchen Bedingungen durchgeführten Ermittlungsverfahrens waren sozusagen programmiert. Nach seinem Abschluß hatte der Untersuchungsführer einen „Schlußbericht“ vorzulegen, „der das Ergebnis der Untersuchung zusammenfaßt(e)“, und sodann „das Verfahren dem Staatsanwalt zu übergeben“ (§ 146 StPO-DDR).

Nach aller Erfahrung übernahm der Staatsanwalt teils aus Gründen politischer Rückversicherung, teils aus banaler Bequemlichkeit weite Passagen aus dem Schlußbericht in die Anklageschrift – woran sich ermessen läßt, wie nachhaltig die Untersuchungsorgane des MfS letztlich das gesamte Strafverfahren zu beeinflussen in der Lage waren – stets allerdings mit Wissen oder auf Weisung der SED! In politisch wichtigen Strafsachen war der Schlußbericht sogar mit der Politbürokratie der SED abgestimmt, ehe er dem Staatsanwalt zugeleitet wurde. Das Zusammenwirken zwischen Staatssicherheit, Staatsanwaltschaft und Staatspartei wird hier offensichtlich.

Die Staatsanwaltschaft war sich ihrer Ohnmacht gegenüber der Staatssicherheit durchaus bewußt. Bemühungen, sich dem Würgegriff des MfS zu entwinden, waren über kurz oder lang stets zum Scheitern verdammt. Ein Schulbeispiel dafür lieferte kein Geringerer als der seinerzeitige Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer.

Auf einer Konferenz von Richtern und Staatsanwälten, die 1956 unmittelbar nach der 3. Parteikonferenz der SED in Berlin-Ost tagte, forderte er selbstkritisch, man müsse „endlich wegkommen von den üblen Angewohnheiten der Vergangenheit, daß der Staatsanwalt den Schlußbericht des Untersuchungsorgans unbesehen zur Anklage verdichtet“²⁰. Derselbe Melsheimer richtete zehn Monate später, am 1. März 1957, ein Schreiben an Klaus Sorgenicht, den Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen im Zentralkomitee der SED, mit dem er ihm die Anklageschrift gegen Harich und andere übersandte: „Sie hält sich eng an den Schlußbericht des Ministeriums für Staatssicherheit, der, wie mir Genosse Mielke mitteilte, vom Politbüro gutgeheißen wurde.“²¹

20 Ernst Melsheimer, Sozialistische Gesetzlichkeit im Strafverfahren, in: Neue Justiz, (1956) 10, S. 294.

21 Schreiben des Generalstaatsanwalts der DDR Ernst Melsheimer vom 1. März 1957 an Klaus Sorgenicht, Leiter der Abteilung Staatliche Verwaltung im ZK der SED, zit. nach einer Kopie des Originals.

Ein weiteres Beispiel: Am 1. November 1959 wandte sich Mielke, nunmehr bereits Minister für Staatssicherheit, in einem Schreiben²² an Walter Ulbricht, um ihn über den Stand eines gegen zwei evangelische Kirchenvertreter gerichteten Ermittlungsverfahrens zu informieren, und zwar legte er dem Ersten Sekretär des ZK der SED den Schlußbericht in der anhängigen Strafsache vor mit dem Bemerkten: „Wenn Du einverstanden bist, so könnte der Schlußbericht zur Abfassung der Anklageschrift sofort abgegeben werden. Der Vorgang ist lediglich abgestellt auf die Verbrechen der beiden Genannten. Die Rolle, die die reaktionäre Kirchenführung in Westdeutschland und Westberlin dabei spielt, wurde nicht hineingearbeitet. Solltest Du es für richtig befinden, daß der Staatsanwalt im Plädoyer diese schändliche Rolle behandeln soll, dann würde das MfS dem Staatsanwalt entsprechende Materialien zur Verfügung stellen.“ Und nachdem Mielke die heranzuziehenden Strafrechtsnormen erläutert hatte, fuhr er fort: „Ich bitte hier um Mitteilung, in welcher Höhe die Strafe ausgesprochen werden soll, oder ob die Stellung der Strafanträge und die Verurteilung dem Staatsanwalt und dem Gericht überlassen werden sollen.“ Die politische Instrumentalisierung der Strafjustiz im Staat der SED konnte eindeutiger nicht dokumentiert werden.

Dabei hatte Ulbricht selber wenige Jahre zuvor auf einer Kreisparteiaktivtagung des MfS am 11. Mai 1956 die Untersuchungsorgane des MfS sogar gerügt und sich zu folgendem Plädoyer aufgerafft: „Die Untersuchungsabteilungen müssen ihre Arbeit verbessern und normale Beziehungen zu den Staatsanwälten herstellen. Eine solche Tendenz, auf den Staatsanwalt oder Richter manchmal einen gewissen Druck auszuüben, wird von uns nicht mehr geduldet. Es ist so zu arbeiten, daß die Beweisführung im Untersuchungsprotokoll überzeugt. Anweisungen an den Staatsanwalt oder Richter durch Mitarbeiter der Staatssicherheit verstoßen gegen unsere demokratische Gesetzlichkeit.“²³ Goldene Worte! Ulbricht hat sie schnell vergessen.

Die Gefahren, die den Beschuldigten und Angeklagten im politischen Strafprozeß daraus erwachsen mußten, sind offenkundig. Namentlich bei Staatsverbrechen wichen die Strafgerichte der

22 Schreiben des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke vom 1. November 1959 an Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED (Tgb. Nr. VMA 217/59), zit. nach einer Kopie des Originals.

23 Zit. in: Armin Mitter/Stefan Wölle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 243.

DDR selten von den Auffassungen und Anträgen der Staatsanwaltschaft ab, die sich ihrerseits nur zu eigen gemacht hatte, was ihr die Untersuchungsorgane des MfS – zuweilen in unmittelbarer Abstimmung mit der Politbürokratie der SED – zugearbeitet hatten. In der Regel enthielt der Schlußbericht sogar konkrete Empfehlungen bis hin zum Strafmaß. Wer will im Ernst glauben machen, daß wirklich niemals Recht gebeugt wurde in der DDR?

Das in dieser Beziehung berüchtigtste Beispiel machte der damalige Leiter der Abteilung 6 in der Hauptabteilung IX des MfS aktenkundig, ein „Tschekist“ namens Neumann, als er am 14. Januar 1960 in der Strafsache des geflüchteten und in die DDR zurückgeholt, d. h. entführten ehemaligen Grenzpolizeileutnants Manfred Smolka eine Vorlage für Mielke mit der Empfehlung schloß: „Das Verfahren ist geeignet, aus erzieherischen Gründen gegen Smolka die Todesstrafe zu verhängen.“²⁴ Mielke stimmte am 3. März 1960 mit „Einverstanden“ schriftlich zu, daraufhin wurde das beabsichtigte Urteil durch das Politbüro sanktioniert, und der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Erfurt entschied am 5. Mai 1960 wie präjudiziert. Am 18. Juli 1960 – sechs Tage nach der Hinrichtung Manfred Smolkas – erließ Mielke den Befehl Nr. 357/60, um „aus dem Verrat Smolkas auch in den Reihen des Ministeriums für Staatssicherheit richtige Lehren und Schlußfolgerungen zu ziehen“²⁵. Ein Todesurteil als Lehrstück des MfS!

Nicht nur in der Ära Ulbricht, auch unter der Ägide Erich Honeckers waren derartige Zugriffe des MfS auf justizielle Entscheidungen möglich und üblich. Als die Hauptverhandlung in der schon erwähnten Sache Rilk, Iffert und andere anberaumt wurde, waren Verlauf und Urteil des vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR geführten Prozesses genauso wie in den fünfziger Jahren in einer „Information“ der Hauptabteilung IX programmiert: Ausschluß der Öffentlichkeit, Besetzung des Senats, Strafmaß: „Die Durchführung der gerichtlichen Hauptverhandlung erfolgt entsprechend der konkreten Festlegung des Ministers.“²⁶ Das Beispiel ließe sich durch ähnliche Fälle aus den siebziger und achtziger Jahren ergänzen, denn im Prinzip hatte sich nichts geändert.

24 Vorschlag für die Durchführung eines Prozesses gegen einen republikflüchtigen ehemaligen Offizier der Deutschen Grenzpolizei wegen Spionagetätigkeit vom 14. Januar 1960, zit. nach einer Kopie des Originals.

25 Befehl Nr. 357/60 vom 18. Juli 1960, zit. nach einer Kopie des Originals.

26 Information der Hauptabteilung IX/4 des MfS vom 29. März 1972, zit. nach einer Kopie des Originals.

Allenfalls hatten sich die Mechanismen besser eingespielt, war das Zusammenwirken von Staatssicherheit und Staatsanwaltschaft zur Routine geworden, so daß sich die Politbürokratie nicht immer mit jedem politischen Strafverfahren gesondert zu befassen hatte. Schließlich hatten sich die Strukturen so weit verfestigt, waren die Kader in der Justiz so diszipliniert worden, daß eine Sache über das MfS komplikationslos geregelt werden konnte. In politisch brisanten Angelegenheiten scheint die Vorgehensweise in den achtziger Jahren im übrigen so gewesen zu sein, „daß die eigentlichen Entscheidungen im Zweiergespräch zwischen Honecker und Mielke gefällt wurden und das Politbüro zu deren Festlegungen nur noch seine formale Zustimmung gab“²⁷.

VI. Politische Strafjustiz unter MfS-Kuratel

Unter den gegebenen Voraussetzungen verkam die Hauptverhandlung vor Gericht in politischen Strafsachen zum justizförmigen Ritual. Die Richter hatten zu formalisieren, was inhaltlich die Staatssicherheit im Zusammenwirken mit der Politbürokratie der SED längst entschieden hatte. Dazu paßte auch, daß die Hauptverhandlung im Regelfall unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand.

Grundsätzlich sollte sie in der DDR öffentlich durchgeführt werden, ausgeschlossen werden sollte die Öffentlichkeit nur, wenn die öffentliche Verhandlung die Sicherheit des Staates gefährdet hätte oder die Notwendigkeit zur Geheimhaltung bestimmter Tatsachen erforderlich schien (§ 211 StPO-DDR). Die Staatssicherheit zwang Staatsanwaltschaft und Gerichte jedoch, von dieser Möglichkeit exzessiv Gebrauch zu machen. Selbst bei Fluchtdelikten oder kriminalisierten Ausreisebegehren wurde auf den Ausschluß der Öffentlichkeit so gut wie nie verzichtet. Die politische Strafjustiz sollte jeder Kontrolle durch die Öffentlichkeit entzogen werden.

Nach einer Analyse der Juristischen Hochschule Potsdam fanden von den in Ermittlungsverfahren der Staatssicherheit bearbeiteten und rechtskräftig abgeschlossenen Strafverfahren im Zeitraum vom 1. Januar 1982 bis 31. Dezember 1985 nicht

27 Wolfgang Behlert, Die Generalstaatsanwaltschaft, in: Hubert Rottleuthner, Steuerung der Justiz in der DDR. Einflußnahme der Politik auf Richter, Staatsanwälte und Richter, hrsg. vom Bundesministerium der Justiz, Köln 1994, S. 311.

weniger als 90,4 Prozent unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt²⁸. Wenn Staatssicherheit und Justiz in dem Bewußtsein hätten handeln können, daß alles nach Recht und Gesetz zugeht, wäre diese Geheimhaltungsmanie nicht nötig gewesen.

Es entsprach dieser Praxis, wenn in politischen Strafverfahren dem Betroffenen wie seinem Verteidiger weder die Anklageschrift noch die schriftliche Urteilsausfertigung „zugestellt“, d. h. ausgehändigt wurde, sondern lediglich „zur Kenntnis zu bringen“ war. Wenn immer die Öffentlichkeit in der Hauptverhandlung ausgeschlossen war, wurde dem Angeklagten und Verurteilten nichts Schriftliches überlassen – es hätte schließlich später einmal politisch gegen das Regime verwandt werden können.

Dennoch war nicht nur entscheidend, „wie weit das MfS bei seiner Steuerung der politischen Verfahren auch in formaler Hinsicht ging“, hebt Wolfgang Behlert zutreffend hervor, „sondern daß es den Gang eines jeden dieser Verfahren zu jedem Zeitpunkt voll unter Kontrolle hatte. Die hohe Konformitätserwartung, die das MfS hierbei notwendigerweise in die Staatsanwaltschaft setzen mußte, ist dabei wohl auch nie enttäuscht worden.“²⁹ Insoweit waren Staatsanwaltschaft und Gericht stets unter MfS-Kuratel tätig.

Neben den Schlußberichten nutzten die Untersuchungsorgane des MfS dazu auch interne Prozeßvorschläge, wie durch in diesem Kontext bereits zitierte Belege zu dokumentieren ist. „In ihnen war bis ins Detail formuliert, wie sich nach Ansicht des sachbearbeitenden Untersuchungsführers der Verfahrenfortgang zu gestalten habe – bis hin zum Strafvertrag resp. Urteil. Der einzelne Vorschlag war – i. d. R. vom Minister selber oder zumindest seinem Stellvertreter – zu bestätigen. Diese Bestätigung war die Voraussetzung dafür, daß ein Verfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden konnte. Nach der Abgabe hatte der jeweils zuständige MfS-Mitarbeiter die Pflicht, den Fortgang der Sache bis zum Abschluß der Hauptverhandlung unter Beobachtung zu halten und anschließend seinem Dienstvorgesetzten entsprechend Bericht zu erstatten.“³⁰ Da sich Staatsanwalt und Richter ihrer Kontrolle durch das MfS stets bewußt waren, fanden sie sich auch auf diese

Weise politisch und psychologisch unter Konformitätsdruck gesetzt. Zahlreiche Analysen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) im MfS, die heute in den Archiven zugänglich sind, belegen, wie intensiv Staatsanwälte und Richter unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Zuverlässigkeit überwacht worden sind. Aktenkundig ist zudem die Kontrolle der Justizkader. Kein Staatsanwalt, kein Richter konnte in der DDR Karriere machen, der nicht vor und während seiner Tätigkeit vom MfS überprüft und überwacht worden wäre.

Bleibt abschließend anzumerken, daß das MfS auch Zugriff auf den Strafvollzug der DDR besaß, der übrigens nicht in die Zuständigkeit des Justizministeriums, sondern des Ministeriums des Innern fiel³¹. Das MfS war für die „politisch-operative Sicherung“ des Strafvollzugs verantwortlich. Zu diesem Zweck waren Verbindungsoffiziere in jeder Strafvollzugseinrichtung tätig, die eigene Informationsnetze steuerten. Seine Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) wurden auch auf die Strafvollzugsbediensteten und Zivilbeschäftigten, vor allem aber auf die Strafgefangenen angesetzt, die wegen politischer Gründe verurteilt worden waren.

Die Dienstanweisung Nr. 2/75 des Ministers für Staatssicherheit über „politisch-operative Aufgaben im Strafvollzug“ schrieb ausdrücklich eine „qualifizierte politisch-operative Abwehrarbeit“ unter solchen Strafgefangenen vor, die „wegen Staatsverbrechen verurteilt“³² worden waren.

Entgegen den eindeutigen Bestimmungen des DDR-Strafvollzugsgesetzes hat das MfS einzelne Gefangene auch nach ihrer Verurteilung in seinen Gefängnissen festgehalten – in strenger Einzelhaft und in totaler Isolierung. Erwiesen ist das z. B. im Fall des Rechtsanwalts Erwin Neumann, eines Mitarbeiters im Untersuchungsausschuß Freie Juristen (UFJ), der am 20. August 1958 aus Berlin-West entführt und am 15. November 1959, also nach rund 15 Monaten Untersuchungshaft, vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder wegen sogenannter Spionage zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt wurde. Aus konspirativen Gründen – zur Deckung eines im UFJ aktiven IM – wurde Erwin Neumann bis zu seinem Tode am 3. Juli 1967 in Berlin-Lichtenberg in Isolationshaft gehalten³³.

28 Vgl. Matthias Winkel, MfS und Justiz im Strafprozeß, in: Horch und Guck, (1994) 12, S. 8.

29 W. Behlert (Anm. 27), S. 337.

30 Ebd. Vgl. dazu auch Herbert Reinke, Staatssicherheit und Justiz, in: Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED. Wissenschaftlicher Begleitband zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz, Leipzig 1994, S. 239 ff.

31 Vgl. Gesetz über den Vollzug der Strafen mit Freiheitsentzug (Strafvollzugsgesetz) vom 7. April 1977 (GBl.-DDR I S. 109).

32 Die politisch-operativen Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit im Strafvollzug der Deutschen Demokratischen Republik. Dienstanweisung Nr. 2/75 vom 13. März 1975, zit. in: K. W. Fricke (Anm. 14), S. 167 ff.

33 Nach eigenen Recherchen des Verfassers.

Erst nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur haben seine Hinterbliebenen von seinem Schicksal erfahren.

VII. Schließung der MfS-Akten?

Neumanns Schicksal wäre bis heute nicht geklärt, hätte sich nicht der Zugang zu den Akten des MfS eröffnet. Die vieldiskutierte Frage nach einer Schließung der MfS-Akten oder gar nach ihrer Vernichtung – Friedrich Schorlemmer würde sie gern am Neujahrstag 1996 „Freudenfeuern“ übergeben – ist damit eigentlich prinzipiell schon beantwortet. Solange noch Ungewißheit über auch nur ein einziges Schicksal herrscht – tatsächlich gibt es eine nicht zu nennende Dunkelziffer –, wäre die Schließung oder gar Vernichtung der MfS-Akten unverantwortlich.

Freilich lassen sich weitere Gründe für das Offenhalten der Archive anführen. Längst noch nicht sind alle Täter von einst bekannt; namentlich unter den hauptamtlichen Mitarbeitern waren Offiziere im besonderen Einsatz und Mitarbeiter, die bis heute nicht enttarnt werden konnten. Noch immer auch sind die Verfolgten, die Opfer von einst, nicht in jedem Fall rehabilitiert. Die MfS-Akten sind dabei unverzichtbar.

Im übrigen ist die leidige Diskussion über „die Akten“ – nicht ohne Verschulden der Medien – allzu sehr auf die IM-Akten eingeengt, auf die papierne Hinterlassenschaft der Inoffiziellen Mitarbeiter, obwohl deren Spitzelberichte nur einen Teil der MfS-Aktenbestände füllen – und nicht einmal den wichtigsten! Es geht auch und gerade um interne Statuten und Ordnungen, Richtlinien, Befehle und Dienstanweisungen, aus denen sich die innere Mechanik der Überwachungs- und Unterdrückungsapparatur erkennen läßt, sowie um ungezählte Lageberichte und Informationen der ZAIG.

Selbstverständlich bedürfen die MfS-Akten einer besonders kritischen Sichtung. Da sie den spezifischen Zwecken der Staatssicherheit dienten, bildeten sie die DDR-Wirklichkeit auch „in einer spezifischen Weise“ ab, so daß ihr Aussage- und Wahrheitsgehalt begrenzt bleibt. Aber „es wäre verfehlt, anzunehmen, daß das MfS seine Informationsgewinnung grobschlächtig oder naiv vorgenommen hat. Es ist vielmehr bemüht gewesen, verfälschende Faktoren möglichst auszuschalten, weil diese die Effizienz der eigenen Tätigkeit gefährdeten.“³⁴ Dieser Einschätzung der Enquete-

Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur ist nichts hinzuzufügen.

Speziell zum Verhältnis von Staatssicherheit und Strafjustiz sind die Akten der früheren Untersuchungsorgane des MfS von aussagekräftiger Bedeutung. In Tausenden, ja Abertausenden von Untersuchungsvorgängen sind Haftbeschlüsse, Haftbefehle, Vernehmungsprotokolle, „operative Beweismittel“, Schlußberichte und Anklageschriften erhalten. „Diese Quellen dokumentieren nicht nur den repressiv-geheimpolizeilichen Charakter des MfS, sie erlauben auch Einsichten in die Verzahnung von Staatssicherheit und Justiz sowie in den Einfluß des MfS auf die Anwendung des Strafrechts in der DDR.“³⁵ Um ihren Stellenwert richtig zu erkennen, müssen auch diese Akten kritisch analysiert werden, auch durch Quellenvergleich und Zeitzeugenaussagen, aber sie sind unverzichtbar und unersetzlich bei der historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der fatalen Tätigkeit des MfS.

„Juristische Aufarbeitung“ meint in diesem Zusammenhang die strafrechtliche Ahndung von Verbrechen ehemaliger Angehöriger des MfS. Die Justiz des Rechtsstaates steht dabei genauso vor Problemen wie bei der Ahndung anderer Erscheinungsformen von DDR-Regierungskriminalität. Der Nachweis individueller Schuld unter Anwendung des zur Tatzeit geltenden Strafrechts – das Verbot rückwirkender Strafgesetze schließt jede Alternative aus – stößt häufig auf Schwierigkeiten. In der Spruchpraxis der Gerichte hat das wiederholt schon zu Entscheidungen geführt, die dem politisch denkenden Bürger nur schwer zu vermitteln sind – der Freispruch zum Beispiel von für die Postkontrolle und -plünderung verantwortlichen ehemaligen MfS-Offizieren durch Urteil des Bundesgerichtshofes vom 9. Dezember 1993.

Es ist schon angedeutet worden, daß Aussagewert und Wahrheitsgehalt der MfS-Akten nicht verabsolutiert werden dürfen, aber sie sind auch vor politischem Mißbrauch zu schützen. Das ist nicht einfach, wie die Erfahrung lehrt, aber die Verriegelung der Archive würde nichts nützen – im Gegenteil, sie würde dem Mißbrauch mit illegal beschafften MfS-Akten nur Vorschub leisten. Die Schließung der Akten stellt keine sinnvolle Alternative dar.

Deutscher Bundestag/12. Wahlperiode, Drucksache 12/7820, S. 227.

35 Hansjörg Geiger, Justizakten in den Beständen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, in: Im Namen des Volkes? (Anm. 30), S. 43.

34 Bericht der Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘,

Jürgen Kocka

Ein deutscher Sonderweg Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR

Beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit gehen derzeit Geschichte und Politik ungewöhnlich enge Verbindungen ein. In der Bundestags-Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland waren wissenschaftliche Wahrheitsfindungs- und politische Willensbildungsprozesse eigentümlich verknüpft. Behördeninterne Geschichtsforschung ist in Deutschland immer die Ausnahme gewesen, doch in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ist eine umfangreiche Forschungsabteilung entstanden, die sich der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit und darüber hinaus der DDR annimmt¹.

Historiker verschiedener Provenienz betreiben DDR-Geschichte in unterschiedlicher Weise und oft ohne viel Kontakt miteinander. Historiker, die dem untergegangenen System verbunden waren und auch heute noch geschichtswissenschaftlich arbeiten, tun sich nicht immer leicht, jene Geschichtsabschnitte vorbehaltlos und kritisch zu durchleuchten, mit denen ihre Biographien engstens verknüpft waren. Und den Opfern des Systems, den Dissidenten und Oppositionellen, vermittelt der kühle, distanzierte, wissenschaftliche Umgang mit der Geschichte, die in besonderer Weise die ihre ist, manchmal das Gefühl, ihnen werde ein Besitz entwendet, auf dem ein guter Teil ihrer Identität, auch ihres Stolzes, beruht. Hermann Rudolph beschrieb dies vor kurzem und fügte hinzu: „Was kann denn bei der fast unauflösbaren Durchdringung von Zeitgeschichte und Gegenwartsproblemen, die bei der Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit zutage tritt, ohne Gefahr der Verletzung und Verdrängung ‚aufgearbeitet‘ werden? Kann man diese so nahe und gleichzeitig schon ferngerückte Vergangenheit überhaupt ver-

stehen, wenn man sie nicht am eigenen Leibe erfahren hat?“² Historiker aus dem Westen bleiben von diesen „Befindlichkeiten“ gleichwohl nicht unberührt und entdecken überdies bald, daß die Geschichte der DDR von der Geschichte der ostdeutsch-westdeutschen Beziehungen nicht scharf zu trennen ist und auch deshalb Teil *ihrer* Geschichte ist – mehr als es ihnen früher bewußt war.

Zweifellos liegen moralisches Urteil und wissenschaftliche Analyse, Erinnerung und Geschichte, Betroffenheit und Forschung derzeit in ungewöhnlich engem Gemenge. Dies kann auch kaum anders sein und ist letztlich zu begrüßen. Diktaturen stellen bedrückende Tiefpunkte in der Geschichte eines Volkes dar, böse Erfahrungen, die aufwendige, auch öffentliche Aufarbeitung erfordern. Was so bedrückend war und noch so nahe ist, kann kaum *sine ira et studio* bearbeitet werden. An schrillen Tönen fehlt es nicht ganz. Doch die Gefahr der Verdrängung ist nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur ungleich geringer als nach dem Ende der ersten. Der Umgang mit der jüngsten Geschichte hat zu Recht verschiedene Formen. Die Wissenschaft besitzt dabei kein Monopol.

Aber sie hat ihren Beitrag zu leisten, und der kann nun einmal nicht primär in Anklage und Verteidigung, in Entrüstung oder Nostalgie, auch nicht in eifertiger Enthüllungshistorie oder in Betroffenheitspflege bestehen. Vielmehr gehören Abwägung und Augenmaß, Genauigkeit und Zusammenhangseinbettung, Klarheit und Distanz, Kritik und Analyse zu ihren Prinzipien und Werkzeugen.

Das große Interesse an der DDR als Geschichte, die weitgehende Aufhebung der gängigen Sperrfristen und die ungewöhnliche Zugänglichkeit neu geöffneter Archive haben die Geschichte der DDR zu einem „Wachstumssektor“ gemacht. DDR-Geschichte ist „in“. 759 laufende Forschungsprojekte hat eine Erhebung in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 registriert³. Ganz eindeutig steht derzeit die materialgesättigte Detailstudie im Vordergrund,

1 Vgl. Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (= Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/7820, 31.5. 1994), bes. S. 7–14; K.-D. Henke (Hrsg.), Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1993, S. 35–42. Das Folgende ist die gekürzte und durch Anmerkungen ergänzte Fassung eines öffentlichen Vortrags in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 15. Juni 1994.

2 H. Rudolph, Das letzte Wort haben nicht die Historiker, in: Der Tagesspiegel vom 7. 5. 1994, S. 1.

3 Vgl. Th. Heimann u. a. (Bearb.), Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeits-

die vereinigenden Fragestellungen und Begriffe treten noch nicht klar hervor. Der Informationsbestand wächst schneller als die Kapazität zu seiner analytischen Durchdringung. Das ist zweifellos legitim, auch typisch für die frühe Phase der Bearbeitung eines neuen Forschungsfeldes. Aber es kann nicht schaden, über systematische Zugriffe nachzudenken, die übergreifende Fragen, vorläufige Synthesen und Strukturierung erlauben.

Schließlich fällt auf, daß die Geschichte der DDR derzeit vor allem von ihrem Ende her thematisiert wird. Man ist noch beeindruckt von ihrem – überraschenden – Scheitern und fragt nach dessen Bedingungen und Ursachen. Das ist verständlich und legitim. Man wird allerdings zu vermeiden suchen, die Geschichte der DDR *nur* noch als Vorgeschichte ihres Endes zu interpretieren, denn dieser Blickwinkel allein führt zur Einseitigkeit. Er birgt die Gefahr in sich, die Frage nach möglichen Alternativen zu vernachlässigen, die in vergangenen Konstellationen eingeschlossen gewesen sein mögen. Im folgenden wird die Geschichte der DDR nicht primär von ihrem Ende her betrachtet, wohl aber – teilweise – von ihrem Anfang her⁴.

I. Durchherrschte Gesellschaft

Es ist üblich und zutreffend, die DDR begrifflich als Diktatur zu fassen⁵. Sie besaß ein Herrschaftssystem, das Menschen- und Bürgerrechte systematisch verletzte. Es fehlte an der wirksamen Begrenzung der Staatsmacht durch Verfassung und Recht, an Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz. Kennzeichnend waren die faktische Einparteiherrschaft, der Hegemonialanspruch einer institutionalisierten Ideologie, die Ablehnung von legitimer Opposition, die Verneinung des politisch-weltanschaulichen Pluralismus und das Fehlen eigenständiger intermediärer Institutionen. Das Regime setzte moderne Massenbeeinflussungs- und Massenüberwachungsmittel ein – Propaganda und Repression, Verführung und Terror – und erreichte zeitweise erhebliche

bereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim (1994). Im Auftrag der Enquete-Kommission (Anm. 1).

⁴ Die folgende zusammenfassende Darstellung fußt vor allem auf ersten Zwischenergebnissen des 1992 gegründeten Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien Potsdam sowie auf Tagungen des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte (Bad Homburg).

⁵ Zum folgenden ausführlicher J. Kocka, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993, S. 22–24.

Massenmobilisierung, im Unterschied zu traditionelleren Formen diktatorischer Herrschaft.

So oder so ähnlich läßt sich ein Begriff umschreiben, der die DDR als Diktatur des 20. Jahrhunderts vom Typus des liberal-demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaats wie von älteren Formen diktatorischer Herrschaft unterscheidet und zugleich mit anderen Diktaturen des 20. Jahrhunderts, kommunistischer wie faschistischer Prägung, vergleichbar macht. Dieser Vergleich – auch mit der nationalsozialistischen Diktatur – wird derzeit häufig gezogen, in der öffentlichen Diskussion wie in der Wissenschaft⁶. Er ist legitim, solange man weiß und ernst nimmt, daß das Wesen des komparativen Verfahrens nicht im Gleichsetzen besteht, sondern in der Feststellung von Ähnlichkeiten *und* Unterschieden wie in deren Erklärung und Deutung.

Der diktaturhistorische Ansatz erweist sich bei der Untersuchung des politischen Systems, des Herrschaftsapparats und der Herrschaftsmechanismen als besonders tragfähig, also etwa in Studien zur Staatspartei oder zu den Propagandamethoden des SED-Staats⁷. Aber der diktaturhistorische Ansatz läßt sich auch sozialhistorisch nutzbar machen. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die politischen Konstitutionsbedingungen der DDR-Gesellschaft, auf die staatlich-staatsparteiliche Lenkung und Kontrolle sozialer Prozesse durch Partei und Staat, auf die Durchherrschung der DDR-Gesellschaft sowie auf die Folgen *und Grenzen* dieses Prozesses.

Bekanntlich war die DDR eine Diktatur, die auf politische Steuerung, Kontrolle und Durchdringung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zielte und insofern mit totalitärem Anspruch auftrat⁸. Bekanntlich hat die Partei- und Staatsführung der DDR auf die radikale Umgestaltung von

⁶ Beispielsweise Ch. Kleßmann, *Zwei Diktaturen in Deutschland. Was kann die künftige DDR-Forschung aus der Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus lernen?*, in: *Deutschland Archiv*, 25 (1992), S. 601–606.

⁷ Vgl. L. Kühnhard u.a. (Hrsg.), *Die doppelte Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR. Ein historisch-wissenschaftlicher Vergleich*, Frankfurt 1994.

⁸ Man kann die Diktaturen des 20. Jahrhunderts nach dem Grad ihres totalitären Anspruchs und seiner Realisierung unterscheiden. Diktaturen des 20. Jahrhunderts waren und sind mehr oder weniger totalitär. Doch gibt es verschiedene Begriffe des Totalitären. Ich bezeichne hier Diktaturen in dem Ausmaß als totalitär, in dem es ihnen gelingt, einen tendenziell totalen Zugriff auf die Individuen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu realisieren, also Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu steuern und zu kontrollieren, u.a. mit Hilfe von Manipulation und Gewalt. So ähnlich auch S. Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt 1992.

Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur unter sozialistisch-kommunistischem Vorzeichen gezielt und in den vierziger/fünfziger Jahren schrittweise ein radikales Veränderungsprogramm dekretiert, das einerseits den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung entstammte, vor allem ihrem kommunistischen Zweig, andererseits unter dem starken Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht und damit des sowjetischen Modells entstand. Die Abschaffung der überkommenen kapitalistisch-bürgerlichen Wirtschafts- und Sozialordnung samt ihrer vorkapitalistisch-vorbürgerlichen Relikte, gleichzeitig die Anknüpfung an die „fortschrittlichen“ Werte bürgerlicher Hochkultur, die Errichtung einer neuen Eigentumsordnung, die Gewährleistung von Gleichheit einschließlich von Vorsorge und Sicherheit für alle, das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit von Wissenschaft, Technik und Industrie, schließlich die Erziehung eines neuen, nicht mehr am individuellen Eigennutz orientierten, sozialistischen Menschentyps – das waren die Ziele dieses revolutionären Umgestaltungskonzepts, das sich als eminent modern verstand und das politisch-diktatorisch initiiert, durchgesetzt und gewährleistet werden sollte, und zwar mit Hilfe eines dafür geeigneten allumfassenden Herrschaftsapparats, den die SED als „Partei neuen Typs“ schon bald nach ihrer Gründung und schon vor Entstehung der DDR aufzubauen begann⁹.

Als Sozialhistoriker interessiert man sich nun einerseits für die soziale Rekrutierung, die Organisation und Zusammensetzung, die alltägliche Praxis dieser Steuerungs-, Verwaltungs- und Kontrollapparate in ihrem Verhältnis zur politischen Spitze wie vor allem zu den Bürgern, zu den Objekten, den Opfern, auch den Nutznießern der Herrschaftsausübung. Am Potsdamer Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien läuft z.B. eine umfangreiche Untersuchung zur literarischen Zensur, die in der früheren DDR auf das „Amt für Literatur- und Verlagswesen“, auf andere Organe und auf die Verlage verteilt war. Diese Zensur wirkte nicht nur durch Verbot und Prävention verhängend, sondern auch planend und literaturgestaltend, wobei kulturpolitische Ziele und ökonomische Möglichkeiten oft quer zueinander standen und frühzeitige Gesprächskontakte nebst Selbst-

zensur bald wichtiger wurden als direkte Anordnungen und Verbote. Ein anderes Projekt am Potsdamer Forschungsschwerpunkt beschäftigt sich mit der Sozialgeschichte der Volkspolizei. Dabei steht das System der „Abschnittsbevollmächtigten“ im Vordergrund, ebenso wie das Verhältnis der Polizei zu den Arbeiter-und-Bauern-Inspektionen, den örtlichen Volksvertretungen, den Massenorganisationen und gesellschaftlichen Gerichten¹⁰.

Seit kurzem liegen sozialgeschichtliche Untersuchungen über die „Staatssicherheit“ vor. Sie zeigen den dürftigen Bildungsstand, die politische Verlässlichkeit und die primitiven Methoden der ersten Mitarbeitergeneration in den fünfziger Jahren, dann das Wachstum und die allmähliche Professionalisierung des Mitarbeiterstammes, die Formen der Rekrutierung und die Inhalte der internen Indoktrination, die zunehmende Dichte – bis zu einem Informellen Mitarbeiter (IM) pro 120 Einwohner Mitte der achtziger Jahre –, die Veränderungen der Methoden und die Vielfalt der Aufgaben, zu denen Repression und „Zersetzung“ ebenso gehörten wie die „präventive Sozialsteuerung“ und die Informationsbeschaffung in einem Staat ohne funktionierende Öffentlichkeit. Die Sozialgeschichte der Kader und der Kaderpolitik kann auf wichtigen Arbeiten fußen, die die sozialwissenschaftliche DDR-Forschung in der Bundesrepublik vor 1989 erarbeitet hat¹¹. Vieles andere bleibt zu erforschen.

Zum anderen interessieren die sozialhistorischen Wirkungen diktatorischer Herrschaft; sie waren immens. Die politische Herrschaft prägte jene Gesellschaft bis in ihre feinsten Verästelungen. Mit Blick auf die fünfziger und sechziger Jahre sei ein zentrales Beispiel genannt: Teilweise waren politische Eingriffe für die massenhafte Migration von

10 Vgl. S. Lokatis, Verlagspolitik zwischen Plan und Zensur. Das „Amt für Literatur und Verlagswesen“ oder die schwere Geburt des Literaturapparates in der DDR, in: J. Kocka (Anm. 5), S. 303–326. Zum Projekt über die Sozialgeschichte der Volkspolizei (Th. Lindenberger) vgl. Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH (Hrsg.), Tätigkeitsbericht 1993 der Geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte (1994), S. 27.

11 Vgl. J. Giesecke, Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit (= BF informiert 1/1994), hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Abt. Bildung und Forschung, Berlin; H. Zimmermann, Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1993, S. 322–356; C. Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, in: ebd., S. 498–518.

9 Vgl. M. Kaiser, Die Zentrale der Diktatur. Organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: J. Kocka (Anm. 5), S. 57–86. Generell natürlich H. Weber, DDR. Grundriß der Geschichte 1945 bis 1990, Hannover 1991; D. Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungszone zum sozialistischen Staat, München 1987.

2,7 Millionen Ostdeutschen verantwortlich, die zwischen 1949 und 1961 die DDR verließen, ein Siebtel der Bevölkerung. Damit kam es zu massiven Verlusten an Qualifikation und Leistungsfähigkeit, zur Abwanderung möglicher Dissidenten und zur Eröffnung gewaltiger Mobilitätschancen für nachrückende Aufsteiger. Gezielte politische Maßnahmen kamen hinzu, die die Ausbildung und Rekrutierung des nachrückenden Nachwuchses so steuerten, daß Söhne und Töchter des Bürgertums diskriminiert und die Nachkommen von Familien aus der Unterschicht, besonders der Arbeiterschaft, privilegiert wurden. Die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten und Vorstudienanstalten haben dazu ebenso beigetragen wie die Ergänzung, bisweilen Ersetzung fachlicher Qualifikations- und Auswahlkriterien durch soziale und politische Maßstäbe, vor allem durch die Kriterien: proletarische Herkunft und Mitgliedschaft in der SED. Als Konsequenz dieser politischen Setzungen und Maßnahmen hat in der DDR bis zum Anfang der siebziger Jahre ein kollektiver Aufstiegsprozeß sondergleichen stattgefunden, ein Austausch der Eliten, wie er in der modernen deutschen Geschichte präzedenzlos ist. Dieser geradezu revolutionäre, „von oben“ angestoßene und erzwungene Prozeß dürfte die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems geschwächt, die Legitimationsbasis des Staates in der Bevölkerung aber gestärkt haben. Im Detail ist das wohl noch nicht untersucht, wengleich ein einschlägiges Forschungsprojekt unter der Leitung von Karl-Ulrich Mayer am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung bereits erste Ergebnisse vorgelegt hat¹².

Illustrativ sind einige Zahlen aus einer laufenden Untersuchung von Ralph Jessen über Hochschul-lehrer in der DDR. Während 1938 im Deutschen Reich zirka vier Prozent der Hochschullehrer aus Familien von Arbeitern und kleinen Angestellten stammten, wuchs dieser Anteil in der DDR bis 1954 auf 13 Prozent und verdreifachte sich bis 1971 auf 39 Prozent, besonders ausgeprägt in den Geistes- und Sozialwissenschaften, am wenigsten in den Naturwissenschaften und der Medizin. Gleichzeitig nahm der Anteil der Habilitierten unter den Professoren ab, von zirka 90 Prozent direkt nach

dem Krieg auf 71 Prozent 1965. Umgekehrt entwickelte sich die Parteizugehörigkeit. 1954 gehörten erst 29 Prozent der Professoren der SED an, 1971 dagegen bereits 61 Prozent¹³.

Daran zeigt sich exemplarisch, daß unter den Bedingungen der Diktatur soziale Prozesse hochgradig politisch determiniert gewesen sind. Politische Herrschaft und soziale Prozesse waren aufs engste verbunden. Es ist bisweilen dringlicher, nach den politischen Bedingungen sozialer Prozesse zu fragen als umgekehrt. Sozialgeschichte ist als separate Teildisziplin (in Absetzung zur Politikgeschichte) bei der Untersuchung der DDR noch weniger möglich als sonst¹⁴. Die Gesellschaft der DDR war in hohem Maße ein Konstrukt diktatorischer Herrschaft. Von daher hatte sie etwas Antitraditionales, etwas geradezu Künstliches an sich.

Man kann die Wirkungen der Diktatur auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen nachzeichnen. Ähnliche Aufstiegsprozesse lassen sich für die fünfziger und sechziger Jahre etwa auch im administrativ-politischen Apparat und in bezug auf die wirtschaftlichen Funktionseliten nachweisen. Die Neu-Ansiedlung von zirka 210 000 Neubauern zwischen 1945 und 1950 als Folge der Bodenreform und die Umwandlung von 84 Prozent der selbständigen Bauern in sogenannte Genossenschaftsbauern im Zuge der Zwangskollektivierung zwischen 1952 und 1961 waren ebenso Folgen staatlich-diktatorischer Herrschaft wie der Rückgang des Selbständigen-Anteils in der DDR-Wirtschaft insgesamt von rund 20 Prozent 1950 auf 5,5 Prozent 1960, auf 3,5 Prozent 1970 und 2,2 Prozent 1989¹⁵.

13 Vgl. R. Jessen, Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 217–253.

14 Vgl. P. Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite in: *Geschichte und Gesellschaft*, 19 (1993), S. 202–238; A. Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 41 (1993), S. 1–29; H. G. Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/93, S. 3–19.

15 Vgl. R. Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland*, Opladen 1992, S. 97ff., 112ff.; A. Bauerkämper, *Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952*, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 119–143; R. Thomas, *Zur Mentalitätsgeschichte der Deutschen. Plädoyer für ein neues Forschungskonzept*, in: H. Timmermann (Hrsg.), *Deutschland und Europa nach dem 2. Weltkrieg*, Saarbrücken – Scheidt 1990, S. 663–677.

12 Vgl. *Annäherungen an die soziale Wirklichkeit der DDR. Erste Ergebnisse* (= Arbeitsbericht 1/1993 aus dem Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“), hrsg. v. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, bes. S. 65–125 (Beiträge von K. U. Mayer, J. Huinink u. H. Solga); K. U. Mayer/H. Solga, *Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen?* (= Arbeitsbericht 3/1993 ders. Reihe).

Ein weiteres Beispiel: Als Folge diktatorischer Politisierung fand in den Verwaltungen so etwas wie Deprofessionalisierung statt. Relativ zur politischen Macht nahm das Gewicht des Fachwissens ab, in der Rekrutierung wie auch im Verwaltungsalltag. Recht und Verfahren traten hinter persönlich-politischen Machtbeziehungen zurück. Die Politisierung ließ den bürokratischen „esprit de corps“ bröckeln. Obwohl sich die Verwaltungen ausdehnten, änderten sich ihre inneren Strukturen und Personalverhältnisse so, daß man von Tendenzen der Entbürokratisierung sprechen kann, gemessen am Weberschen Idealtypus von Bürokratie¹⁶.

Und die DDR brachte eine illiberal-fürsorgliche, nachbürgerliche Variante des Sozialstaats hervor. Diese hat u. a. zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse beigetragen und den Frauen neue Möglichkeiten geschaffen. Sie hat das Verhältnis der Generationen zueinander verschoben, zugunsten der Jüngeren. Sie dürfte die ostdeutschen Mentalitäten langfristig geprägt haben – im Sinne hoher Erwartungen an Staat und Regierung –, mit dem Ergebnis betonter Hochschätzung von Sicherheit und geringerer Betonung von Selbständigkeit¹⁷.

II. Grenzen diktatorischer Gängelung

Weitere Beispiele könnten gebracht werden, doch ich verzichte darauf und kehre die Perspektive um. Denn die Gesellschaft, das Leben, der Alltag in der DDR gingen in ihrer diktatorischen Gängelung nicht auf. Von einer totalen Prägung jener Gesellschaft durch Partei und Staat kann man keinesfalls sprechen. Auch dies sei an einigen Beispielen erläutert¹⁸.

16 Vgl. M. Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 31–61.

17 Vgl. H.G. Hockerts, Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: M. Kaelble/J. Kocka (Hrsg.) (Anm. 11), S. 519–544; ders., Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, hrsg. v. J. Kocka u. a., München 1994, S. 790–804.

18 Grundsätzlich dazu R. Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft (i. E.). Jessen antwortet auf S. Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: ebd., 19 (1993), S. 5–14.

So manche ältere Tradition lebte weiter, indem sie sich gegenüber herrschaftlichen Rekonstruktionsversuchen als immun erwies und zum Teil mit neuen Aufgaben ausgestattet wurde. Man hat dies an geschwächten, aber fortlebenden Restbeständen des Bildungsbürgertums gezeigt, das – anders als das Wirtschaftsbürgertum – in der DDR nicht völlig vernichtet wurde. Das protestantische Pfarrhaus ist, wie Christoph Kleßmann zeigt, ein bildungsbürgerliches Refugium geblieben, hat starke Berufsvererbung unter den Pfarrern ermöglicht und eine gewisse Alternativkultur bewahrt, die in den achtziger Jahren teilweise Anschluß an entstehende Dissidentenmilieus fand. Alf Lüdtke und Peter Hübner betonen das Fortleben eines älteren Arbeiterstolzes auf gute – „deutsche“ – Wertarbeit, die Wirksamkeit von Traditionen, die nach 1945 in SBZ und DDR revitalisiert worden sind¹⁹. Und so sehr auch die parteilich-staatliche Durchdringung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur eine neuartige Qualität besaß, so sehr konnte sie auf älteren, obrigkeitsstaatlichen Traditionen aufbauen, die die deutsche Entwicklung seit langem geprägt hatten.

Auch die Eigengesetzlichkeit der modernen Gesellschaft setzte der politischen Instrumentalisierung Grenzen. So mußte den Wissenschaftlern ein Minimum an Autonomie verbleiben, wenn sie denn in der Lage sein sollten, ihre Aufgaben wahrzunehmen und international anerkannte Leistungen zu erbringen, worauf die politischen Herrschaftsträger ja größten Wert legten²⁰. Wie wenig es dem SED-Staat gelang, die Organisation der Lebensläufe in eigene Regie zu nehmen und die nachwachsende Jugend zu gewinnen, zeigen DDR-interne Umfragen und jüngere Untersuchungen nur allzu deutlich²¹. Auch blieb die Spannung zwischen staatlich-parteilichen und innerfamiliären Erziehungseinflüssen immer ausgeprägt. Die Familie hatte in der DDR zwar viel von den Funktio-

19 Vgl. Ch. Kleßmann, Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), S. 29–53; P. Hübner, Die Zukunft war gestern. Soziale und mentale Trends in der DDR-Industriearbeiterschaft; sowie A. Lüdtke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 171–213.

20 Am Beispiel der Geschichtswissenschaft: J. H. Brinks, Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit: Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt 1992; K. H. Jarausch (Hrsg.), Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991.

21 Vgl. D. Wierling, Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 404–425.

nen verloren, die sie in der bürgerlichen Gesellschaft und vor allem im Bürgertum so wichtig machen: Nach den Enteignungen war sie kaum mehr der Ort für die Weitergabe materiellen Kapitals an die nächste Generation. Angesichts der frühen und umfassenden Einbeziehung der Kinder in öffentliche Erziehungseinrichtungen und außerfamiliale Gruppen von Gleichaltrigen nahm auch ihre Bedeutung für die Weitergabe kulturellen Kapitals ab. Ihr Zusammenhalt dürfte sich gelockert haben. Aber andererseits gewann die Familie an Bedeutung für das Leben des einzelnen hinzu: als Ort der Versorgung angesichts unterentwickelter Märkte und defizitärer öffentlicher Angebote, als wichtiges Glied in den sich herausbildenden informellen Beziehungsgeflechten und als Ort des Rückzugs vor politisch-gesellschaftlichen Zumutungen²².

Der Betrieb war ein prägender Ort der DDR-Gesellschaft. Denn er nahm in der DDR nicht nur wirtschaftliche Aufgaben im engeren Sinne wahr, er verteilte auch Sozialleistungen, war ein Ort der Kommunikation, organisierte die einzelnen in vielen Beziehungen. Die Brigade, die von oben geförderte Selbstorganisation der Belegschaft, hatte viele Gesichter: Sie organisierte die Arbeit, vermittelte bei Interessenspannungen zwischen Belegschaft und Werkleitung, sie war ein Zentrum der Kommunikation, eine Veranstalterin geselligen Lebens und eine Instanz der sozialen Kontrolle. Die Multifunktionalität war ein Markenzeichen der DDR-Betriebe. Ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hat das wohl kaum gedient. Aber die Bedeutung des Arbeitsplatzes für das Alltagsleben der Menschen war enorm. In der DDR verbrachten mehr Menschen einen größeren Teil ihrer Zeit am außerhäuslichen Arbeitsplatz als in der Bundesrepublik. Der Stellenwert der Arbeit für das Selbstverständnis der Menschen war riesengroß, auch für sehr viele Frauen, deren Erwerbsquote hoch über der in der Bundesrepublik lag²³.

22 Vgl. R. Geißler (Anm. 15), S. 264ff.; J. Huinink, Familienentwicklung und Haushaltsgründung in der DDR. Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung?, (= Arbeitsbericht 5/1993 aus dem Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“), hrsg. v. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin; H. Kaelble, Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich, in: ders./J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 559–580, 563–565.

23 Vgl. M. Kohli (Anm. 16), bes. S. 38–51; J. Roesler, Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 144–170; P. Hübner, Vor Ort. Soziale Interessen, Arrangements und Konflikte im Industriearbeiteralltag der SBZ und der DDR 1945–1970, Berlin 1994 (i. E.).

Und auch hier erkennt man die Grenzen diktatorischer Kontrolle. „Wer den Arbeitsprozeß in der DDR mit der Vorstellung effektiver totalitärer Kontrolle („Kommandowirtschaft“) verbindet, würde erwarten, auch im Betrieb einen Ort vollständiger Entsubjektivierung anzutreffen. Die Realität sah anders aus. In der Forschungsliteratur besteht Übereinstimmung, daß der Spielraum und das Widerstandspotential der Beschäftigten im Betrieb hoch war – typischerweise höher als in der Bundesrepublik.“²⁴

Überall entdeckt man bei genauerem Hinsehen informelle Strukturen, inoffizielle Beziehungsgeflechte und alltägliche Praktiken, die auf Funktionsdefizite der offiziellen Struktur reagierten und auch zu Basen des Rückzugs, der Sperrigkeit, des stillen Widerspruchs werden konnten. Auch hierfür kann die Hochschullehrerrekutierung als Beispiel dienen. Blickt man genauer hin, dann findet man unterhalb der professionellen und politischen Regelungsmechanismen, daß Hausberufungen zur Regel wurden, daß „Stallgeruch“ wichtig war, daß lokalistische Strukturen entstanden und einzelne Professoren viel persönliche Macht kumulierten – ganz im Gegensatz zu den Absichten der SED, die auf die „Inzucht“ im Hochschulbereich schimpfte und darin wohl zu Recht eine Grenze ihrer Durchsetzungsmacht sah²⁵.

Die Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel spricht von „Widerstandsstrategien im Alltag“, die ohne jede Öffentlichkeit subtil funktionierten und die sich in vielfältigen Formen der Anpassung verkleiden konnten, um nicht entlarvt zu werden²⁶. Auch wenn man den Widerstandsbegriff enger begrenzen will, wird man hier ein großes Thema sehen, das nicht auf die Wochenendfreuden des Datscha-Lebens und die vielzitierten „Nischen“ beschränkt war. Hier bleibt sehr viel zu untersuchen. Es kommt darauf an, das sich wandelnde Wechselwirkungsverhältnis zwischen der diktatorischen Herrschaft einerseits und den vielfältigen Formen andererseits zu erforschen, in denen die Menschen mit der diktatorischen Herrschaft umgingen. Das Spektrum reichte von überzeugter Kooperation und unkritischer Identifikation über opportunistische Anpassung, Apathie und Rückzug ins Private bis hin zu Resistenz und Opposition.

Die Arrangements der Menschen mit dem System waren vielfältig, teils traditional und teils neu.

24 M. Kohli (Anm. 16), S. 48f.

25 Vgl. R. Jessen (Anm. 13), S. 232–236.

26 Vgl. I. Merkel, Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 359–382, 379.

Zwar standen sie unter der Drohung des Ernstfalls. Kam es zum offenen Konflikt zwischen Lebenswelt und System, setzte sich bis zum Herbst 1989 die diktatorische Herrschaft durch: in Form von gewaltsamer Repression wie am 17. Juni 1953, in Form individuellen Terrors, harter Disziplinierung, Ausbürgerung oder Benachteiligung anderer Art. Aber ohne jene Arrangements, deren sich wandelnde Geschichte noch zu schreiben ist, wird man weder das Leben der DDR-Bürger gerecht rekonstruieren noch die relative Stabilität dieser Gesellschaft angemessen verstehen können.

III. Perioden der DDR-Geschichte

Die Quintessenz des bisher Gesagten: Die Sozialgeschichte der DDR ist von ihrer Herrschaftsgeschichte nicht zu trennen. Politik- und Sozialgeschichte, Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte verschmelzen geradezu. Diktatorische Herrschaft drang tief in die Poren dieser Gesellschaft ein. Die DDR-Gesellschaft erweist sich in erheblichem Ausmaß als politisch konstituiert. Doch die DDR-Gesellschaft war zugleich sehr viel mehr als das Produkt diktatorischer Herrschaft. Denn vieles in ihr war älter als Staat und Partei. Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben erwies sich als sperrig, manchmal als eigensinnig, nur begrenzt steuerbar durch politisch-administrative und politisch-ideologische Mittel. Die Steuerung von oben löste bisweilen sogar Gegen Tendenzen aus und führte zu Ergebnissen, die den Steuerungsintentionen diametral widersprachen. Dies wird unübersehbar, wenn man auf den Zeitraum der vierzig Jahre in seiner Entwicklung blickt, vom Anfang zum Ende.

Nicht ohne Berechtigung werden häufig die Jahre zwischen 1945 und 1947/48 als eine noch vergleichsweise offene Phase zwischen den Diktaturen gedeutet, in der weder über den inneren noch über den äußeren Weg Ostdeutschlands schon wirklich entschieden war. Sicherlich, der Kalte Krieg folgte nicht unmittelbar auf den heißen. Weder die Zweiteilung Deutschlands noch die Sowjetisierung des östlichen Teils stand unmittelbar nach Kriegsende fest. Man spricht rückblickend von einer „Zusammenbruchsgesellschaft“ mit 20 Prozent Flüchtlingen und Vertriebenen, großer Not, viel Durcheinander, äußerer und innerer Zerstörung – eine kaum definierte Situation. Aber die jüngsten Forschungen machen doch deutlich, wie früh in der SBZ durch die sowjetische Besatzungs-

macht – im Wechselspiel mit den Besatzungsmächten der westlichen Zonen – die Weichen gestellt wurden: mit der sofort einsetzenden Bodenreform unter Zwang und weitgehend ohne Entschädigung; mit der im wesentlichen administrativ erzwungenen Verschmelzung von KPD und SPD 1946 und der alsbald einsetzenden Umwandlung der SED in eine Partei neuen, diktatorischen Typs; mit dem Scheitern der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 als teilungspolitischer Weichenstellung²⁷.

Wenn man diese kurze Phase des unentschiedenen Anfangs zunächst einmal einklammert, dann läßt sich die Geschichte der DDR unter den hier interessierenden Fragestellungen in drei große Phasen einteilen: vom Anfang bis 1961; von 1961 bis zum Beginn der siebziger Jahre; und vom Beginn der siebziger Jahre bis zur Revolution von 1989/90²⁸.

Erstens: Die Einheit der ersten Phase bis 1961 bestand im Wechselspiel zweier Prozesse: *Zum einen* war da die politisch erzwungene, zum Teil gewaltsame, auf jeden Fall diktatorische, rasche Transformation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat unter sozialistisch-kommunistischem Vorzeichen, eine Phase der Revolution von oben und – blickt man auf die Rolle der Sowjets – von außen, eine Phase voll überschießender Veränderungsstrategie und voll Repression, deren Höhepunkt 1953 erreicht wurde.

Man denke an die Entnazifizierung, an die radikale Umgestaltung und Neubesetzung des politischen und administrativen Systems, an den Aufbau ausgedehnter Kontrollsysteme, vor allem der „Staatssicherheit“ seit den frühen fünfziger Jahren, an die Abschaffung des Berufsbeamtentums, an Bodenreform und Zwangskollektivierung, an die Wellen der Enteignung und den Aufbau einer zentralen Verwaltungswirtschaft auch im gewerblichen Bereich, an die Entstehung der großen Mas-

27 Zur „Zusammenbruchsgesellschaft“ vgl. D. Wierling, Is there an East German Identity? Aspects of a Social History of the Soviet Zone/German Democratic Republic, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 19 (1990), S. 193–207, insbes. S. 195–197; Ch. Kleßmann/G. Wagner (Hrsg.), Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993; H. Graml, Vom Kriegsende bis zur doppelten Staatsgründung 1945–1949, in: W. Weidenfeld/H. Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989, S. 35–47.

28 Konsens über die sozialgeschichtliche Periodisierung der DDR-Entwicklung ist noch nicht erreicht. Vgl. H. Weber, Die DDR 1945–1986, München 1986 (Gliederung), und den Periodisierungsvorschlag bei M. Fullbrook, The Two Germanies, 1945–1990. Problems of Interpretation, London 1992, S. 12–26.

senorganisationen wie Freie Deutsche Jugend (FDJ) und Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB). Das war die Zeit der massenhaften Deklassierung und Abwanderung älterer Führungsschichten, die Phase der bereits erwähnten enormen Aufstiegsmobilität. Das überkommene kapitalistisch-bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wurde nachhaltig zerstört, der Grundriß einer diktatorisch beherrschten sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung gelegt, mit viel Druck und Gewalt von oben, mit harten Konflikten, aber nicht ohne Zustimmung von unten, deren Ausmaß schwer zu bestimmen ist.

Zum andern: Die Führungspositionen wurden von alten Linken eingenommen, die größtenteils in der Weimarer Republik sozialisiert und vom Widerstand, vom Exil, von den harten Kämpfen bis 1945 geprägt waren. Die Positionen unterhalb der obersten Führungsebene wurden zunehmend von Angehörigen der sogenannten Aufbaugeneration gefüllt: zwischen 1910 und 1930 geboren, also 1949 zwischen 19 und 39 Jahre alt, zu einem erheblichen Teil unter dem Nationalsozialismus sozialisiert, nach 1945 häufig orientierungslos, ideologisch deshalb leicht gewinnbar, zur Abkehr vom Nationalsozialismus, zum Aufbau eines postfaschistischen Deutschlands entschlossen, von den Chancen des Aufstiegs im neuen Staat angelockt, diszipliniert und bald disziplinierend, ohne eigene Erfahrung in einer freien Gesellschaft, auf dem Weg von einer Diktatur in die nächste. Beide Generationen verglichen ihre Gegenwart mit der viel schlimmeren Vergangenheit, die sie zwischen Weltwirtschaftskrise und Zusammenbruch erlebt hatten. Beide gewannen aus diesem Vergleich und seiner antifaschistischen Deutung viel Motivation und auch die Bereitschaft zur Identifikation mit dem neuen System.

Das war die Phase, in der politische Steuerungsabsicht und gesellschaftliche Steuerungsergebnisse am wenigsten weit auseinanderklafften. Allerdings gab es Gegentendenzen. Der legitimationserzeugende Selbstvergleich mit der Zeit bis 1945 wurde zunehmend durch den Unzufriedenheit erzeugenden Selbstvergleich mit dem westlichen Deutschland ergänzt. Der Wohlstand wuchs nur sehr langsam. Die Repression war umfassend und hart. Sie trieb viele der Dagebliebenen zur inneren Abkehr, zur Flucht ins Private, zur Depolitisierung, die nach den Erfahrungen der Nazi-Diktatur ohnehin nahelag.

Zweitens: Nach dem Schock des Mauerbaus von 1961 hörte die massenhafte Abwanderung gezwungenermaßen auf. Die Phase der gewaltsamen Um-

gestaltung war weitgehend abgeschlossen, das Regime setzte auf Konsolidierung, zugleich aber auf wirtschaftliche Reform. Das Neue Ökonomische System (NÖS) sollte die zentrale Verwaltungswirtschaft durch vorsichtige Dezentralisierung ein wenig flexibilisieren und dadurch die Leistungskraft steigern. Ein neues Modernisierungsziel rückte in den Vordergrund, die Wissenschaftlich-Technische Revolution. Die DDR schien westlichen Beobachtern auf dem Weg zur leistungsorientierten Laufbahngesellschaft zu sein²⁹. Die Pragmatik der Politik schien zuzunehmen, Technokraten schienen ihren Einfluß auf Kosten der Ideologen und Apparatschicks zu stärken, die soziale Differenzierung nahm zu. Konvergenztheorien waren im Westen verbreitet, Peter Christian Ludz konzipierte seine einflußreichen Bücher³⁰, Bahr und Brandt ihre neue Deutschlandpolitik. Der Blick von außen wurde hoffnungsvoller, dem entsprachen gewisse Stimmungsumschwünge im Inneren der DDR. In der Rückschau erscheinen vielen die (späteren) sechziger und die frühen siebziger Jahre als relativ akzeptabel, gekennzeichnet durch steigende Konsummöglichkeiten, noch gute Aufstiegsmöglichkeiten und aufkeimenden Stolz auf die Leistungen, die man in der DDR – trotz alledem – erbracht hatte³¹. Auch bei den 20- bis 40jährigen jenes Jahrzehnts scheint einige Bereitschaft vorhanden gewesen zu sein, dieses sozialistisch-kommunistische Experiment in Deutschland zu stützen, schließlich ging es ökonomisch wie politisch aufwärts, die böse Zeit des „Stalinismus“ schien vorbei.

Wenn es in der DDR eine Phase der Möglichkeit alternativer Entwicklung hin zu einem demokratischeren und leistungskräftigeren Sozialismus gegeben hat, dann waren es vermutlich die Jahre, vielleicht auch nur die Monate vor dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag und der Unterdrückung des dortigen Reformkommunismus im Sommer 1968. In der Folge verengten sich die Reformspielräume auch im Innern der DDR. Der Einmarsch in Prag scheint vor allem auf jüngere Intellektuelle desillusionierend gewirkt und sie zur

29 Vgl. P. Mitzscherling u. a., System und Entwicklung der DDR-Wirtschaft, Berlin (West) 1974; D. Cornelsen, Die Volkswirtschaft der DDR: Wirtschaftssystem – Entwicklung – Probleme, in: W. Weidenfeld/H. Zimmermann (Hrsg.) (Anm. 27), S. 258–275, bes. 263–269; J. Roesler, Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel?, Berlin 1993.

30 Vgl. P.C. Ludz, Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, Köln 1968.

31 Entsprechende Umfrageergebnisse zitiert D. Wierling (Anm. 27), S. 201.

inneren Abkehr veranlaßt zu haben³². Gleichzeitig scheiterte der Versuch, die Wirtschaft im Zeichen des NÖS zu reformieren, sie innovativer und langfristig leistungsfähiger zu machen. Die mittlerweile entstandene typische Spannung zwischen ökonomischer Lockerungs- und Innovationspolitik einerseits, sozialer Stabilitäts- und ideologischer Machterhaltungspolitik andererseits wurde auf Kosten des ökonomischen Neuansatzes gelöst. Der Übergang von Ulbricht zu Honecker 1971 bekräftigte diese Weichenstellung. Seit Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre ließ die Erneuerungsenergie der SED-Politik – auch ihr utopischer Gehalt – merklich nach³³. Unter dem Zeichen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ kam es zwar schrittweise zum Ausbau sozialpolitischer Leistungen, zur Verbesserung des Konsums, zur Aufwertung der Freizeit, auch im Interesse einer „Stillstellung“ von Oppositionspotential. Dies fand Anklang in der Bevölkerung. Aber die wirtschaftliche Modernisierung blieb auf der Strecke, die notwendig gewesen wäre, um die staatlichen Aufwendungen für die Sozialleistungen, die Preissubventionen und den riesigen Kontrollapparat zu finanzieren, der Unsummen verschlang. Die Auswirkungen der Ölkrise von 1973 kamen hinzu. Seit Anfang der siebziger Jahre scheint die DDR über ihre Verhältnisse gelebt und den Wettlauf mit dem Westen definitiv verloren zu haben. Zunehmend lebte man von der Substanz³⁴. Der reform- und entscheidungsgeschichtlichen Zäsur von 1968/1971 folgte der erfahrungsgeschichtliche Umschlag in Form zunehmender Enttäuschung und Entfremdung größerer Bevölkerungsgruppen allerdings erst im Abstand einiger Jahre, etwa seit 1974/75.

Drittens: Zwar gab es keine Rückkehr zu den brutalen Repressionsmethoden der fünfziger Jahre. Aber der Kontrollapparat der Staatssicherheit wuchs, er erreichte erst jetzt seine flächendeckende Ubiquität, er modernisierte seine Methoden. Auf den verschiedensten Gebieten zeigte das System nun Erstarrungssymptome. Das mittlerweile zur entscheidenden Aufstiegsschleuse gewordene Hochschulsystem wurde exklusiver, der Anteil der Studenten an der jeweiligen Generation fiel, der

32 Hartmut Zwahr berichtet davon. Generell zu 1968 in der DDR: A. Mitter/St. Wolle, *Untergang auf Raten*. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, Kap. IV. 33 Vgl. zum Abbruch der Wirtschaftsreformpolitik im Übergang von Ulbricht zu Honecker J. Roesler, *Einholen wollen und aufholen müssen*, in: J. Kocka (Anm. 5), S. 263–286, bes. 276f., 284. Vgl. D. Mühberg, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte*, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 70.

34 Vgl. H. Zwahr, *Ende einer Selbsterstörung*. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993, S. 11f.

entsprechende Anteil lag 1989 in der Bundesrepublik fast doppelt so hoch wie in der DDR. Auch der Arbeiteranteil an den DDR-Studenten war rückläufig, auch in dieser Hinsicht erwies sich das westdeutsche System bald als viel offener. Die Aufstiegschancen nahmen rapide ab, die Neigung der Intelligenz und der Führungsschichten zur Selbstrekrutierung nahm ebenso rasch zu. Die Jungen der achtziger Jahre sahen sich oft vor verschlossenen Türen, vor langfristig besetzten Stellen. Oft fehlte es offenbar auch an Aufstiegswillen. Die Einebnung sozialer Positionsunterschiede (unterhalb der schmalen politisch herrschenden Schicht) war weit vorangeschritten, es fehlte an Motivation. Die Jüngeren tendierten mehr zum Selbstvergleich mit dem Westen als zum Selbstvergleich mit der faschistischen Zeit, die immer weiter zurücklag, während der Westen nach den Erfolgen der sozialliberalen Ostpolitik nur noch schwer als feindliche Bedrohung zu verteufeln war. Seit den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren finden sich Ansätze zu einer neuen Jugendkultur, orientiert an westlichen Beispielen. Der Generationskonflikt nahm zu, die Nachwachsenden entzogen sich den staatlich sanktionierten Sozialisationszielen, unveröffentlicht bleibende Umfragen zeigten wachsende Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den Jugendlichen, von der Erschaffung des neuen „sozialistischen Menschen“ war man weit entfernt³⁵.

Dies waren wichtige Voraussetzungen der Revolution von 1989/90, die im übrigen viele andere Ursachen hatte, vor allem solche außerhalb der DDR. Es ist unübersehbar: Die politischen Steuerungsabsichten und die gesellschaftlichen Entwicklungen klafften weit auseinander. Die sozialen Bruchlinien der späten DDR, die zugleich potentiell politische Konfliktlinien waren, entschlüsseln sich interessanterweise eher, wenn man nach Generationen statt nach Klassen und Schichten differenziert.

IV. Probleme der Modernisierung

Bisher wurde die Frage nach dem Verhältnis von diktatorischer Herrschaft und gesellschaftlicher Entwicklung als Leitfrage benutzt, um Grundlinien der DDR-Sozialgeschichte zu skizzieren,

35 Vgl. R. Geißler (Anm. 15), S. 212–235, bes. 214, 216, 226ff.; Anm. 12; M. Lötsch, *Arbeiterklasse und Intelligenz in der Dialektik von wissenschaftlich-technischem, ökonomischem und sozialem Fortschritt*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 33 (1985), S. 31–41; R. Jessen (Anm. 18); I. Merkel (Anm. 26), S. 373–376.

grundsätzlich zunächst und dann im chronologischen Längsschnitt. Was aber war das Besondere an der DDR-Geschichte? Kann man von der DDR als einem deutschen Sonderweg sprechen? Wenn ja, in welchem Sinn? Wie vergleicht sich die DDR-Entwicklung mit den Entwicklungen in anderen Ländern? Dazu abschließend einige selektive Bemerkungen.

Je nachdem, mit wem man sich vergleicht, variiert das Ergebnis. Das ist in der historischen Komparatistik nicht viel anders als im persönlichen Leben oder in der Völkerpsychologie. Die Wahl des Vergleichspartners ist kein rein wissenschaftlicher Akt.

Heutigen Kommentatoren und Historikern liegt es nahe, die DDR mit der Bundesrepublik zu vergleichen. Auch vor 1989 war der deutsch-deutsche Vergleich weit verbreitet, vor allem in der DDR, wo der permanente Selbstvergleich mit dem westlichen Deutschland die Kritik an der eigenen Situation speiste und zur Destabilisierung beitrug, während umgekehrt der Selbstvergleich mit dem kleinen, häßlichen Bruder im Osten das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik stärkte und stabilisierte. Auch in der obigen Darstellung war der West-Ost-Kontrast und damit der BRD-DDR-Vergleich implizit, schon durch die Wahl der Begriffe. Im so angelegten deutsch-deutschen Vergleich treten, auch in sozialgeschichtlicher Hinsicht, die Unterschiede und damit die Eigenarten der DDR auffällig hervor. Man kann sie modernisierungshistorisch zusammenfassen.

Vieles an der DDR war ausgesprochen modern. Dazu gehören auch ihre Methoden diktatorischer Herrschaft, Propaganda und Kontrolle, durch die sie sich von Diktaturen früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte unterschied. Die DDR war eine Diktatur des 20. Jahrhunderts, eine – in gewisser Hinsicht – moderne Diktatur. Aber wenn man Modernisierung in der Tradition Max Webers definiert – und das tun die meisten Sozialwissenschaftler heute, sofern sie sich mit dem Konzept überhaupt anfreunden mögen³⁶ –, dann war das westdeutsche System unter den meisten Gesichtspunkten das modernere. Prüft man die Verteilung der Erwerbstätigen auf die drei Sektoren der Volkswirtschaft, dann ergibt sich ein Tertiärisie-

rungsrückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik von 20 bis 30 Jahren, der sich in dieser Schärfe übrigens erst in den siebziger und achtziger Jahren herausgebildet hat. Die DDR hat die Entwicklung zur postindustriellen Gesellschaft wie zur Konsumgesellschaft nur zögerlich mitmachen können, stärker als die Bundesrepublik ist sie Industrie- und Arbeitsgesellschaft geblieben³⁷.

Die Ausdifferenzierung in Teilsysteme mit je spezifischen Rationalitätskriterien gilt als Kriterium der Modernität von Gesellschaften, als Bedingung ihrer Leistungskraft und oft auch als Voraussetzung von Freiheit. Die Multifunktionalität der Betriebe und betrieblichen Arbeitsplätze in der DDR wurde dagegen bereits erwähnt. Die verwischte, wenngleich nicht ganz fehlende Ausdifferenzierung zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft war das Grundthema der bisherigen Ausführungen. Es ist noch einmal daran zu erinnern, daß es an der rechtlich-institutionellen Absicherung teilautonom intermediiärer Bereiche in der DDR fehlte, mit der halben Ausnahme der Kirche. In diesem Sinn ist die Gesellschaft der DDR durch funktionale Entdifferenzierung und institutionelle Fusionierung gekennzeichnet – in ausgeprägtem Unterschied zur Bundesrepublik³⁸. Daraus folgt und erklärt sich sehr viel: die unterschiedliche Leistungskraft des Systems, eine ganz andere Rolle des Rechts³⁹, unterschiedliche Bedingungen für Freiheit und Selbstverwaltung.

Während die Verwischung der Grenze zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der Programmatik des SED-Staats entsprach, bildete das so entdifferenzierte System ungeplante Ersatzlösungen aus: sehr personenbezogene, schwer berechenbare Patronageverhältnisse im politischen Bereich einerseits, auf Verwandtschaft und Freundschaft basierende, informelle und nach Regeln der Gegenseitigkeit funktionierende Netzwerke im Bereich der Produktion und Verteilung andererseits⁴⁰. Man kann das als Demodernisierung analy-

37 Zahlen zur Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftssektoren bei R. Geißler (Anm. 15), S. 118; vgl. auch M. Kohli (Anm. 16).

38 Vgl. M. R. Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 17–30.

39 Vgl. G. Dilcher, Politische Ideologie und Rechtstheorie, Rechtspolitik und Rechtswissenschaft, in: ebd., S. 469–482.

40 Zu den informellen „Umverteilungsnetzen“ auf der Grundlage von Gegenseitigkeit vgl. M. Diewald, Informelle Beziehungen und Hilfeleistungen in der DDR: Persönliche Bindungen und instrumentelle Nützlichkeit (= Arbeitsbericht 4/1993 aus dem Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“), hrsg. v. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin.

36 Aus der sozialwissenschaftlichen Literatur zum Problem vgl. W. Zapf, Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, in: B. Giesen/C. Leggewie (Hrsg.), Experiment Vereinigung, Berlin 1991, S. 38–51; I. Strubar, War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991), S. 415–432.

sieren, aber natürlich erklärt sich so auch, daß das Leben in der DDR oft weniger unpersönlich war als das im Westen, weniger spezialisiert und weniger „kalt“. In der Rückschau wird das sehr unterschiedlich bewertet.

Durch den Vergleich mit der Bundesrepublik treten weitere zentrale Eigenarten der DDR hervor, auch solche, die dem Bild der DDR als dem altmodischeren System widersprechen. Zu denken ist etwa an die größeren Gleichheitschancen für Frauen im Verhältnis zu Männern⁴¹. Der modernisierungshistorische Vergleich führt eben selten zu ganz eindeutigen Ergebnissen, sondern häufig nur zu Schlußfolgerungen nach Art des „einerseits-andererseits“.

Der Vergleich der DDR mit den realsozialistischen Nachbarländern steht sozialgeschichtlich leider noch ganz am Anfang. Ich beschränke mich auf kurze Bemerkungen zu drei Eigenarten der DDR, die aus der östlichen bzw. südöstlichen Vergleichsperspektive deutlich werden. Zum einen war die DDR das industrialisierteste und sozialökonomisch entwickeltste sozialistische Land; seine relative Modernität wird im Vergleich mit den östlichen Nachbarn deutlich. Zum anderen wird klar, daß die Überstülpung des sozialistisch-kommunistischen Modells sowjetischer Machart in den sozial-ökonomisch rückständigeren Ländern neben Zerstörungen und neuer Erstarrung auch spezifische Modernisierungen zur Folge haben konnte, die in Ostdeutschland nicht oder kaum entstehen konnten, weil sie hier schon vorher realisiert worden waren. Jedenfalls weist man in Ungarn darauf hin, daß dort das kommunistische Regime mit seiner Politik der Enteignung des traditionalistischen Großgrundbesitzes, seinen tiefgreifenden Schul- und Bildungsreformen wie mit seiner vehementen Industrialisierungspolitik ehemals tief eingewurzelte Modernisierungsbarrieren aus dem Weg geräumt und Entwicklungsschübe zustande bekommen hat, die der Zukunft Ungarns langfristig zugute kommen werden, wenn einmal die zerstörerischen und hemmenden Kurzzeitfolgen des kommunistischen Regimes überwunden sind⁴².

41 Dies ist ein komplexes Problem, das hier nicht weiter verfolgt wird. Vgl. die beiden Beiträge von U. Gerhard und I. Merkel, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hrsg.) (Anm. 11), S. 359–403; ebd., S. 574f., Kaelbles Betonung von Ähnlichkeiten zwischen DDR und Frankreich; G. Helwig/H. M. Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945–1992*, Berlin 1993; H. Trappe, *Selbständigkeit – Pragmatismus – Unterordnung. Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und staatlicher Sozialpolitik*, Diss. soz.-wiss., FU Berlin 1994.

42 So Iván Berend in einer Diskussion in der Mitteleuropäischen Universität in Budapest am 30. 3. 1994.

Das SED-Regime hat es wohl nur im Ausnahmefall zu diesen modernisierenden Langzeitwirkungen gebracht, u. a. deshalb, weil es einem Land aufgepropft worden ist, das auf dem Weg der Modernisierung schon viel weiter vorangeschritten war als die meisten seiner östlichen und südöstlichen Nachbarländer.

V. Deutsche Bindungen und Traditionen

Schließlich erscheint die DDR im Vergleich mit dem Osten als außerordentlich deutsch, als deutsch in zweifacher Hinsicht. Zum einen sind viele DDR-Entwicklungen nur aus dem Beziehungs- und Wechselwirkungsverhältnis heraus zu verstehen, das sie mit westdeutschen Entwicklungen verband⁴³. Man denke an die Geschichte der Wanderungen, der deutsch-deutschen Verwandtschaftsverhältnisse, der Medien, des Verhältnisses zwischen den Kirchen, auch an die deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen und -einflüsse. Man denke an das Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, das vermutlich auf dem Gebiet der Sozialstaatsentwicklung Früchte trug. Und man denke an die besonderen Abgrenzungsanstrengungen, vor allem der östlichen Seite. So wie sich am Ende die besondere Bewegungslosigkeit der SED-Politik aus ihrer besonderen Konfrontation mit dem westdeutschen Konkurrenzsystem erklärt, so erklärt sich auch die besondere Schwäche der intellektuellen Dissidenz in der DDR aus der Möglichkeit ihrer Abwanderung nach Westen und aus der Nichtverfügbarkeit nationaler Argumente im Arsenal der Kritiker der DDR. Vieles in der DDR-Geschichte erklärt sich aus diesen deutsch-deutschen Beziehungen, bis hin zum Ende des Kommunismus in der DDR, das ohne die Bundesrepublik ganz anders verlaufen wäre. Es gab wirksame Restbestände einer gesamtdeutschen Geschichte, die das Wechselverhältnis und die inneren Zustände beider deutscher Gesellschaften beeinflußt haben.

Deutsch war die DDR – aus der Sicht der östlichen Nachbarn – aber auch, weil sie in deutscher Tradi-

43 Auch zum folgenden: Ch. Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/93, S. 30–41; P. Bender, *Ansätze zu einer deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: *Merkur*, 47 (1993), S. 197–206.

tion stand. Sicherlich, die DDR war viel mehr – und zugleich sehr viel weniger – als Preußen. Aber das Bild des „roten Preußen“ hing der DDR auch aus polnischer und ungarischer Perspektive bisweilen an, und man meinte damit unter anderem bestimmte Elemente der politischen, auch der wissenschaftlichen Kultur – Gründlichkeit und Linientreue zum Beispiel –, die man im internationalen Vergleich nicht übersehen konnte.

Wie steht es mit der Einbindung der DDR in die deutsche Geschichte? Viele Westdeutsche waren vor 1989/90 darüber erleichtert, daß es in der Bundesrepublik zur Errichtung einer neuen Ordnung gekommen war, die sich von der deutschen Geschichte vorangehender Jahrzehnte grundsätzlich unterschied, von der nationalsozialistischen Diktatur absetzte, die Bundesrepublik eindeutig in die politische Kultur des Westens eingliederte und den unglücklichen „deutschen Sonderweg“ zwischen Ost und West beendete. Nach ihrem Wirtschaftssystem, ihrer Sozialordnung, ihren Verfassungsprinzipien, ihrer Kultur und ihren Bündnissen wurde die Bundesrepublik allmählich – nicht sofort – zu einem relativ normalen und starken Staat westlicher Prägung; nur die offene nationale Frage machte sie weiterhin zu einer Besonderheit in Europa. Die lange beschworene Distanz der deutschen „Kultur“ zur westlichen „Zivilisation“, die deutsche Skepsis gegenüber Parteienstaat und Parlamentarismus, das Lob deutscher Innerlichkeit gegenüber westlichem Hedonismus, die alte Materialismus- und Kapitalismuskritik, all dies hatte viel an Kraft verloren, die „German divergence from the West“ schien zu Ende. Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ und Werner Sombarts „Händler und Helden“ konnten nur noch historisch verstanden werden, zum Glück⁴⁴.

Und wie verhielt es sich damit in der DDR? Der Kontinuitätsbruch reichte östlich der Elbe zweifellos tief, zunächst tiefer als im Westen. Oben wurden die wichtigsten Brüche erwähnt: der Antifaschismus und die Entnazifizierung, die erzwungene sozialökonomische Neuordnung, die Enteignungen und der Exodus, der gewaltsame Elitenwechsel, die neue sozialistisch-kommunistische Ordnung überhaupt. Außen- und bündnispolitisch ging auch in der DDR der deutsche Sonderweg zwischen Ost und West zu Ende. Der Westbindung der Bundesrepublik entsprach spie-

gelbildlich die Ostbindung der DDR. Keiner der beiden deutschen Staaten setzte die expansiv-imperialistische Politik des Hitler-Reichs fort. Auch sozialgeschichtlich unterschied sich das SED-System gründlich vom nationalsozialistischen Reich. Ein neues Deutschland entstand auch östlich der Elbe, nicht nur im offiziellen Selbstverständnis seiner Repräsentanten, sondern auch in der Realität⁴⁵.

Doch blickt man genauer hin, wird der Befund ambivalenter. Unter der Decke der Entnazifizierung gab es auch im Osten viel personelle Kontinuität, z.B. in der Lehrerschaft, wenngleich sicher weniger als im Westen⁴⁶. Immer häufiger wurde aus dem offiziellen Antifaschismus eine Legitimierungs- und Immunisierungsstrategie mit Stoßrichtung gegen die Bundesrepublik⁴⁷. So sehr sich das politische System der DDR auch nach Inhalt und Form vom faschistischen Staat unterschied, so unbestreitbar ist doch, daß auch die zweite deutsche Diktatur tief in den Traditionen des Obrigkeitsstaats, des Antiparlamentarismus, des Illiberalismus, ja auch des Militarismus stand, also in jenen Traditionen, die den inneren Kern des „deutschen Sonderwegs“ ausgemacht hatten und die in der Bundesrepublik mit der Zeit abgeschwächt und schließlich weitgehend überwunden werden konnten. In der Bundesrepublik halfen dabei Erfahrungen mit, die der DDR verschlossen blieben. Man denke an die vielfältigen Kontakte mit dem westlichen Europa und mit Amerika, das rasante Wirtschaftswachstum seit den fünfziger Jahren und die Proteste, die Bewegungen, die Kulturrevolution, den Modernisierungsschub der sechziger Jahre – zentrale Erfahrungen, die in der DDR fehlten und die in der Bundesrepublik zur Entstehung einer einigermaßen funktionierenden Zivilgesellschaft westlichen Musters mindestens ebensoviel beigetragen haben wie die Weichenstellungen der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre. So könnte es sein, daß östlich der Elbe mehr von den Traditionen des deutschen Sonderwegs überlebt hat als im Westen der vereinigten Republik. Die Debatte darüber hat aber erst begonnen.

45 Vgl. R. Badstübner, Die Anfänge der DDR – gesellschaftsgeschichtliche Deutungsmuster. Ein Beitrag zum Thema Aufarbeitung und Bewertung von DDR-Geschichte, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 35 (1993), S. 3–18.

46 Vgl. J. Petzold, Die Entnazifizierung der sächsischen Lehrerschaft 1945, in: J. Kocka (Hrsg.) (Anm. 5), S. 87–103; B. Hohlfeld, Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992.

47 Vgl. J. Danyel, Die geteilte Vergangenheit, in: J. Kocka (Hrsg.) (Anm. 5), S. 129–147, bes. 133 f.

44 Vgl. J. Kocka, Ende des deutschen Sonderwegs, in: W. Ruppert (Hrsg.), „Deutschland, bleiche Mutter“ oder eine neue Lust an der nationalen Identität?, Berlin 1992, S. 9–31.

Die DDR – ein Blick aus Wünsdorf

Persönliche Eindrücke eines russischen Offiziers

Ein halbes Jahrhundert dauerte der Aufenthalt der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) auf ostdeutschem Territorium. Das Hauptquartier der Gruppe in Wünsdorf spielte eine bedeutende Rolle in der gesamten Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war die GSSD einer der einflußreichsten Faktoren, die die politische Situation im Lande bestimmten. Die Stationierung sowjetischer Truppen in der DDR wurde zum wichtigsten Mittel für den Machterhalt der SED, zur Stärkung der Positionen des Sozialismus in Europa, zur entscheidenden Voraussetzung für die Unterstützung und eventuelle Entwicklung des „revolutionären Prozesses“ in diesem Schlüsselgebiet der Welt.

Über 13 Jahre verlief meine militärische Laufbahn in Deutschland, gleich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst und später beim Oberkommando der GSSD in Wünsdorf. Im Jahre 1959 erhielt ich den Auftrag, die 7. Abteilung in Wünsdorf zu leiten. Dieser spezielle Dienst hatte während des Krieges Propagandaaktionen unter den feindlichen Truppen durchgeführt. Seine Hauptfunktion in der GSSD bestand nun darin, die Beziehungen mit den Staats- und Parteiorganen, den gesellschaftlichen Organisationen und der Nationalen Volksarmee der DDR zu pflegen. (Zugleich behielt die Abteilung ihre alte Funktion bei – die Bereitschaft zur psychologischen Kriegsführung.)

Die GSSD nahm einen besonderen Platz in den sowjetischen Streitkräften ein. Es war die größte militärische Gruppierung außerhalb des Landes, die die wichtigste strategische Position vor den Hauptkräften des NATO-Blocks besetzte. Alle Verbände – die in fünf Armeen zusammengefaßten 20 Panzer- und motorisierten Schützendivisionen, die Luftwaffe und Truppenteile zentraler Unterordnung – waren mit modernsten Waffen ausgerüstet. Einzelne Truppen der GSSD befanden sich

stets in Alarmbereitschaft, sie waren in der Lage, sofort mit Kampfhandlungen zu beginnen.

Im Rahmen von Stabs- und Truppenübungen wurden offensive Operationen im westeuropäischen Raum mit dem Einsatz von Atomwaffen durchgespielt. Eine offensive Frontoperation sah vor, in zehn bis zwölf Tagen den Rhein zu erreichen. Die Zerstörungen und der Grad der radioaktiven Verseuchung des gesamten Kampfgeländes nach dem Einsatz zahlreicher atomarer Sprengköpfe wurden dabei nicht berücksichtigt. Und noch ein kleines Detail: Die Truppen der GSSD wären im Kriegsfall von Kampfgruppen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) unterstützt worden. Über diese, in der Realität kaum vorstellbare Aktion informierte Herbert Mies den Oberkommandierenden der GSSD vertraulich während eines Empfangs in der sowjetischen Botschaft in Berlin.

Die Einheiten der Gruppe hatten immer einen kompletten Personalbestand und verfügten über Offizierskader bester Qualifikation. Ein großer Teil der Offiziere wurde nach vier- bis fünfjährigem Dienst in der GSSD befördert und in einen Militärbezirk in der UdSSR versetzt. Als frühere Oberkommandierende in Wünsdorf wirkten der Verteidigungsminister, Marschall Gretscho, der Chef des Generalstabs, Marschall Sacharow, die Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, die Marschälle Jakubowski und Kulikow und die Stellvertreter des Verteidigungsministers, die Generäle Kurkotkin und Iwanowski. Die GSSD mit ihrem Stab in Wünsdorf war eine ganz besondere Formation. Über zwei Grenzen von Moskau entfernt, ohne sowjetische Partei- und Staatsorgane in unmittelbarer Nähe, war die GSSD wie ein Staat für sich mit einem eigenen System der Versorgung, mit Schulen, Erholungsheimen, Rundfunk und sogar einem Theater.

Das Statut der GSSD wurde offiziell in dem Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR vom 12. März 1957 festgelegt. Nach diesem Dokument durften sich die auf dem Territorium der DDR zeitweilig dislozierten sowjetischen Truppen nicht in die inneren Angelegen-

heiten der Republik einmischen. Änderungen der Zahlenstärke und Dislozierung der sowjetischen Truppen sollten Gegenstand von Konsultationen beider Regierungen sein. Dieser Punkt hatte aber rein formalen Charakter. Denn die sowjetische militärpolitische Leitung und das Oberkommando der GSSD trafen solcherlei Entscheidungen selbständig. Die Truppenstärke war ein militärisches Geheimnis. Komischerweise war auch die Dislozierung der Verbände streng geheim, obwohl sogar die Fahrer der Linienbusse wußten, wo dieses oder jenes russische Regiment stand. Als im Magazin „Der Spiegel“ eine Karte erschien, in der die Stationierungsorte der Armeen und Divisionen der GSSD präzise eingetragen waren, gab es in Wünsdorf eine kleine Verwirrung. Doch die Geheimhaltungspflicht wurde aufrechterhalten – es galt, jederzeit wachsam zu sein.

Das Abkommen von 1957 forderte von allen Personen, die zur GSSD gehörten, daß sie das Recht der DDR respektierten. In Paragraph 5 wurde als „allgemeine Regel“ festgelegt, daß bei Straftaten, die durch Angehörige der GSSD oder deren Familienmitglieder verübt wurden, deutsches Recht zur Anwendung komme. Praktisch bis in die Zeit der Vereinigung Deutschlands wurde dieser Paragraph nicht angewendet. Das galt auch für das im Abkommen erwähnte Recht der DDR, die Abberufung von Personen der GSSD zu verlangen, die deutsches Recht verletzt hatten.

Beide Seiten wurden durch das Abkommen verpflichtet, den materiellen Schaden, der von Militärangehörigen oder deutschen Bürgern verursacht wurde, gegenseitig zu ersetzen. Die Entscheidung über diese Fragen wurde meistens von den Kommandeuren der Truppenteile und den örtlichen Organen an Ort und Stelle getroffen. In seltenen Fällen befaßte sich die deutsch-sowjetische Kommission mit diesen Problemen. Ihr gehörten Vertreter der DDR-Regierung, der sowjetische Botschafter und einer der Stellvertreter des Oberkommandierenden der Gruppe an. Mit dem Abkommen von 1957 war eine formaljuristische Grundlage geschaffen worden, die aber praktisch kaum etwas an den Bedingungen der Stationierung der sowjetischen Truppen änderte. Sie hatten, wie auch früher, Exterritorialrecht, unterlagen nicht der Kontrolle der Grenz- und Zollorgane, ebenso wenig dem Gerichtsprinzip der DDR.

Die Beziehungen zwischen der GSSD und der deutschen Seite hingen von der Position des Oberkommandos in Wünsdorf ab, das seinerseits von der Politik Moskaus in der deutschen Frage ausging. Eine bestimmende Rolle spielte die Haltung

des Verteidigungsministeriums und der Politischen Hauptverwaltung, die einen Ausbau der Kontakte zwischen der GSSD und der DDR meistens zu bremsen versuchten.

Welche Vorstellungen über die DDR bestimmten die Wünsdorfer Sicht? Der offizielle Standpunkt ging von der Generallinie der sowjetischen Führung unter dem Motto „Brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der SED, den Völkern beider Länder“ aus. Das Oberkommando und die Politische Verwaltung der GSSD entwickelten auf dieser Grundlage das System des politischen Unterrichts in den Truppen. Dessen Inhalt kann man kurz folgendermaßen zusammenfassen: Die Truppen der GSSD haben die hohe Ehre, den Sowjetstaat und sein Volk auf dem Territorium unseres Verbündeten – der Deutschen Demokratischen Republik – zu vertreten. Sie wachen hier über die staatlichen Interessen der UdSSR und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft und erfüllen ihre patriotische und internationale Pflicht. Damit leisten sie einen bedeutenden Beitrag zur Festigung der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der DDR. Die Soldaten der Gruppe wissen, daß die DDR ein sozialistisches Bruderland ist. In verschiedenen Varianten, reichlich garniert mit Zitaten aus den Werken der „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus und Reden der Generalsekretäre der KPdSU und der SED, servierte man den Militärangehörigen die gewohnten ideologischen Klischees und bediente sich aller Formen der politischen Einflußnahme.

Die Politische Verwaltung in Wünsdorf veröffentlichte regelmäßig Propagandamaterial über die DDR. Ab 1961 erschien ein Sammelband mit dem Titel „Deutsche Demokratische Republik“ – ein Nachschlagewerk für Offiziere. Neben propagandistischen Artikeln waren in dem Band Auszüge aus offiziellen Dokumenten der Regierungen der UdSSR und der DDR, Angaben über die politischen Parteien, die Bezirke und die Sehenswürdigkeiten der Republik enthalten. Es wurden auch Broschüren mit thematischen Schwerpunkten für die Truppen gedruckt, so z. B. „Die Nationale Kultur und Bräuche des deutschen Volkes“.

Die Soldaten, aber auch viele Offiziere, verfolgten das Leben in der DDR hauptsächlich aus den Fenstern der Kasernen. Die Truppenteile waren von hohen Zäunen umgeben. Sämtliche Kontakte der GSSD mit der deutschen Außenwelt standen unter ständiger Aufsicht des militärischen Sicherheitsdienstes, dessen Verwaltung ihren Sitz in Potsdam

hatte. Die Kontrolle erstreckte sich auf alle Aspekte des Lebens in den Garnisonen. Das Städtchen Wünsdorf war schrittweise von der deutschen Umgebung abgeriegelt worden. In dem von Offiziersfamilien bewohnten Teil hatte es anfangs eine deutsche Wäscherei und einen Friseursalon gegeben, die jedoch schließlich 1970 ebenfalls hinter den Schlagbaum gewiesen wurden. In den siebziger und achtziger Jahren konnte jeder Soldat während seines Dienstes zwei- bis dreimal an einer Exkursion teilnehmen. Mit Unterstützung der örtlichen Organe und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) wurden Ausflüge in einen volkseigenen Betrieb (VEB), eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) oder in ein Museum gemacht. Die stets von Offizieren begleiteten Exkursionen waren immer kollektiver Art. Auch an Feiertagen herrschte für die Soldaten Ausgehverbot, womit vor allem „unerwünschte Kontakte“ verhindert werden sollten. Die Isolierung der Soldaten betrachtete man als das sicherste Mittel, disziplinarische Verstöße zu vermeiden. Solche Vorkommnisse waren für einen Regimentskommandeur äußerst unangenehm, mit einer dienstlichen Untersuchung und einer nachfolgenden Rüge verbunden. Ein Versuch, die Sache zu verheimlichen, scheiterte meistens, da das Oberkommando in Wünsdorf täglich einen Auszug aus dem Sammelbericht des Ministeriums des Innern erhielt.

Jede Überschreitung der Schranken erregte die besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane. Eine Offiziersfamilie, die mit einer deutschen Familie Bekanntschaft schloß, wurde sogleich unter die Lupe genommen. Nach einem privaten Besuch beim damaligen Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), Gerald Götting, haben wir das Ehepaar Götting zu einem Besuch bei uns zu Hause in Wünsdorf eingeladen. Wie ich später erfuhr, war dieser Besuch einem „wachsamen“ Offizier Anlaß genug, über meine „persönlichen Kontakte mit Vertretern bürgerlicher Parteien“ Bericht zu erstatten, die genauso wie jene zu Vertretern der „Bruderpartei“ nicht erwünscht waren.

Auch jede Liebesgeschichte eines Offiziers mit einer deutschen Frau sorgte bei der militärischen Obrigkeit für größte Aufregung. Die übliche Entscheidung war die sofortige Versetzung des Verliebten in die Sowjetunion. Doch es gab Fälle, wo die jungen Leute nicht bereit waren, zu kapitulieren, und erfolgreich auf dem Recht zum Eheschluß in der Konsularabteilung der Botschaft „Unter den Linden“ beharrten.

Der Blick auf die DDR von seiten der Soldaten und Offiziere der Gruppe unterschied sich in vielen Aspekten vom offiziellen Standpunkt. Großes Interesse zeigte man für den Vergleich der Lebensniveaus. Dabei tauchte immer die Frage auf, warum die Besiegten besser als die Sieger lebten. Aber antideutsche Stimmungen gab es sehr selten. Für die Masse der Militärangehörigen waren die Deutschen tüchtig und fleißig, ihre Lebensweise beneidenswert. Es ist zu berücksichtigen, daß die große Mehrheit der Offiziere mit ihren Familien in sehr bescheidenen Verhältnissen lebte. Doch der Dienst in der DDR galt für einen Offizier aus materieller Sicht als der vorteilhafteste. Ein Hauptmann oder Major erhielt ein Monatsgehalt von 800 bis 1000 Mark, dazu kamen 150 bis 250 Mark Zuschuß für die Familie. Das Warenangebot der deutschen Geschäfte stand in krassem Gegensatz zu dem in der Sowjetunion. Ein Aufenthalt von vier bis fünf Jahren in der DDR gab einer Offiziersfamilie die Möglichkeit, nicht nur Kleidung und Wirtschaftswaren zu beschaffen, sondern auch den Teil des in Rubeln ausbezahlten Gehalts zu sparen.

Zur Zeit meiner Ankunft waren die Kontakte mit der deutschen Außenwelt äußerst eingeschränkt. Dies war die Folge des üblichen Mißtrauens des bolschewistisch-sowjetischen Systems gegenüber dem Ausland und seinen Vertretern. Die militärische Spitze, die den Parteiweisungen immer gehorsam folgte, bildete darin keine Ausnahme. Aber der alte „bolschewistische Isolationsismus“ bedurfte unter den Bedingungen der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“ bestimmter Korrekturen. Die im Ausland dislozierten Armeegruppen konnten diese Notwendigkeit unmittelbar spüren.

Eine der ersten „Schwalben“ in Wünsdorf war die Installierung eines R-Apparates der Regierungszentrale im Büro unserer Abteilung. Die ersten Anrufe mit der Meldung „Hier das Oberkommando der GSSD“ bewirkten unverhohlenen Erstaunen bei deutschen Gesprächspartnern. Allmählich entstanden regelmäßige Kontakte mit deutschen Organen, ähnliche Schritte folgten seitens der Armeen und Divisionen. Im Januar 1960 unterzeichneten die Politische Verwaltung der GSSD und der Zentralvorstand der DSF den ersten gemeinsamen Begegnungsplan. Er wurde in Wünsdorf sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die „Isolationisten“ glaubten, so etwas sei völlig unzulässig und nur dem Außenministerium gestattet. Dem Abteilungsleiter drohte ein Parteiverfahren, das jedoch nicht eingeleitet wurde.

In den folgenden drei Jahrzehnten wurde jeden Monat ein Plan vorbereitet, der reguläre Kontakte – meistens auf kultureller Basis – vorsah. Die Gesangs- und Tanzensembles der Gruppe (es gab ein zentrales in Wünsdorf und eines in jeder Armee) traten öfter vor deutschem Publikum auf. Es wurden Filme ausgetauscht, die Offiziere in Wünsdorf und ihre Familien erhielten Einladungen zu Vorstellungen in der Staatsoper oder im Metropol-Theater in Ost-Berlin. In Wünsdorf sowie in größeren Garnisonen – etwa Dresden, Magdeburg oder Potsdam – hielten deutsche Lektoren Vorträge über die Innen- und Außenpolitik der DDR. Polit-offiziere wurden ein- bis zweimal im Jahr zum Empfang durch das Zentralkomitee (ZK) der SED eingeladen. Zu ihnen sprach ein Abteilungsleiter oder Sekretär des ZK, anschließend gab man ein Essen, dann stand ein Theaterbesuch oder eine Bootsfahrt auf dem Programm.

General Jakubowski, der Ende 1959 General Sacharow als Oberkommandierenden abgelöst hatte, zeigte sich recht bald bereit, das Eis in den Beziehungen mit der DDR weiter zu brechen. Im Dezember 1960 folgte er einer Einladung von Bergleuten und besuchte das Kupferkombinat in Lugau. Später wurden Besuche der Vertreter des Oberkommandos in den DDR-Bezirken zur Tradition. Ihr Geist war typisch für alle Maßnahmen „zur Stärkung der unverbrüchlichen Freundschaft“: ein förmliches Zeremoniell, ohne eine Spur echter menschlicher Beziehungen.

Ähnlich verliefen auch die Besuche der Partei- und Staatsführung der DDR in Wünsdorf und in anderen Garnisonen. Die Initiative hierzu kam aus der GSSD-Zentrale. Der offiziellen Einladung wurde freilich trickreich der Weg geebnet: Der Verteidigungsminister erhielt ein chiffriertes Telegramm, in dem der Oberkommandierende meldete, daß die DDR-Führung den Wunsch geäußert habe, die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte zu besuchen. Anschließend wurde gehorsam um Mitteilung gebeten, ob der Minister einverstanden sei. Die Antwort war positiv – was, hätten in der Meldung die tatsächlichen Initiatoren gestanden, keinesfalls sicher gewesen wäre.

Am 6. April 1963 hatte Wünsdorf die Ehre, Walter Ulbricht zum ersten Mal empfangen zu dürfen. Im großen Saal des Offiziersklubs hielt er ein Referat, in dem die sozialökonomische Lage der DDR in rosaroten Farben dargestellt wurde. Der Parade des 69. Regiments, das das Oberkommando bewachte, folgten ein Konzert und ein Essen im engen Kreis. Begleitet wurde Ulbricht nur von den hohen Militärs, das Politbüro mußte zu Hause bleiben.

In den späteren Jahren nahmen die Besuche der deutschen Führung einen kollektiven Charakter an. Zusammen mit Erich Honecker erschien das gesamte SED-Politbüro, und die Vorsitzenden der Parteien der Nationalen Front waren ebenso vertreten. Bei den 8. Sportspielen der Waffenbrüderschaft zwischen der GSSD und der Nationalen Volksarmee (NVA) im Mai 1973 war zum Beispiel die ganze DDR-Obrigkeit zu Gast. Zweimal jährlich – zum Jahrestag der Oktoberrevolution und zum Tag der Sowjetarmee – erschienen in Wünsdorf repräsentative DDR-Delegationen unter der Leitung eines Politbüromitglieds. Diese Höflichkeit wurde zum Tag der Republik aus Wünsdorf erwidert. Gratulationen zu Geburtstagen prominenter Personen vergaß man beiderseits nicht.

Zwischen dem Oberkommando in Wünsdorf und der DDR-Spitze bestanden auch persönliche Beziehungen. Der Oberkommandierende wurde zusammen mit dem sowjetischen Botschafter zur Jagdpartie in die Schorfheide eingeladen, an der nur Mitglieder des SED-Politbüros teilnahmen. Private Familienbesuche waren indes sehr selten. Eine dieser Gelegenheiten ergab sich im Juli 1973 anlässlich des Geburtstages von Marschall Kulikow. Zu der Feier in seiner Villa waren Erich und Margot Honecker mit Tochter sowie Willi Stoph, Heinz Hoffmann und Erich Mielke geladen.

Bei allen Begegnungen auf dieser Ebene begleitete ich meine Vorgesetzten als Protokollchef und als Dolmetscher. So war ich auch dabei, als der neue Oberkommandierende der GSSD, Armeegeneral Kurkotkin, seinen Antrittsbesuch bei Honecker abstattete, und der Staatsratsvorsitzende mir attestierte: „Die Glawkoms (also die Oberkommandierenden) kommen und gehen, Bassistow bleibt!“ Dies war sicherlich übertrieben, doch unter meinen Chefs waren tatsächlich sieben Oberkommandierende. In bestimmten Grenzen erlaubte mir meine Funktion, die DDR-Prominenz kennenzulernen.

Während ihrer 40jährigen Existenz wirkte in der DDR das bolschewistisch-sowjetische System der Kaderpolitik. Die Machtpyramide wurde nach den Vorstellungen der obersten Repräsentanten geformt, und bereitwillige Ergebenheit war das wichtigste Merkmal eines jeden Mitarbeiters. Freies Denken und Urteilen, Begabung und Talent, kurzum alles, was mit Unabhängigkeit und mit Selbstbewußtsein verbunden ist, war im „Arbeiter- und Bauernstaat“ am wenigsten gefragt. Es herrschte der „Kult des Fragebogens“. Schon die Fragen selbst erforderten Anpassungsfähigkeit. Ein „schlechter“ Fragebogen richtete in der DDR viele begabte Leute zugrunde, umgekehrt war ein

„sauberer“ Fragebogen Ausgangspunkt mancher erfolgreichen Karriere. Die Fragebogen-Mentalität förderte Konformismus sowie politische und moralische Prinzipienlosigkeit. Mangel an fachmännischer Kompetenz wurzelte meist in der ideologisierten Kaderpolitik.

Mit diesen allgemeinen Schlußfolgerungen will ich keinesfalls behaupten, auf den verschiedenen Stufen der ostdeutschen Machthierarchie wären keine klugen, tüchtigen Menschen tätig gewesen. Viele Begegnungen mit Leuten aus allen gesellschaftlichen Schichten der Republik haben mich fest davon überzeugt, daß die Mehrheit von ihnen ganz anders dachte als sie sprach. Ermüdend waren Gespräche mit dogmatischen Parteifunktionären, die ganze Passagen aus Leitartikeln des „Neuen Deutschland“ deklamierten und ihre unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion versicherten. Aber es gab auch nicht wenige, mit denen man bis zu einem bestimmten Grade offen reden konnte.

Der hochgebildete und ironische Lothar Bolz (seit 1968 Präsident der DSF) verheimlichte seine Abneigung gegen den formellen bürokratischen Stil, der das gesellschaftliche Leben in der DDR prägte, kaum. Über seine Vortragsmanuskripte sagte er gewöhnlich: „Ich halte die erste und letzte Seite, alles andere lasse ich weg.“ Ein kluger und interessanter Gesprächspartner war auch Werner Lamberz, Mitglied des Politbüros und damaliger Kronprinz, der bei einem bis heute nicht aufgeklärten Hubschrauberabsturz in Libyen ums Leben kam. Die Erfahrungen der Familie Eberlein während des Exils in der Sowjetunion, das Schicksal seines Vaters, des Mitbegründers der KPD, und vieler deutscher Kommunisten, die vom NKWD verbannt und vernichtet wurden, hatten bestimmt einen großen Einfluß auf Werner Eberlein – einen sachlichen, pragmatisch denkenden Mann, der es bis zur Mitgliedschaft im Politbüro der SED brachte.

Das Enfant terrible der SED-Spitze war viele Jahre der Dresdner Bezirkssekretär Hans Modrow. Er galt auch in Wünsdorf als eine mögliche neue Führungspersönlichkeit in der SED, als ein Mann, der das teuerste deutsche Altersheim in Wandlitz mal in den Ruhestand hätte schicken können. Modrow hoffte, die SED sei reformierbar. Während unseres Treffens Mitte Oktober 1989 in Dresden sagte er zu mir: „Ich fahre nach Berlin und sage den Leuten im Zentralkomitee, was ich von der ganzen Situation halte. Die können mit mir machen, was sie wollen.“

Kontakte mit Wünsdorf hatten auch Vertreter der deutschen Intelligenz. Im Haus der Offiziere traten bekannte Künstler und Wissenschaftler auf, es kam auch zu manchen persönlichen Bekanntschaften, z. B. mit Konrad Wolf. Ich glaube, daß unter den älteren der ostdeutschen Kulturschaffenden viele waren, die die Instrumentalisierung ihrer antifaschistischen Haltung für die Unterstützung des Regimes erkannt hatten. Doch unter dem verstärkten ideologischen Zwang verringerte sich die Zahl derer, die es wagten, ihre Stimme zu erheben. Viele gingen in die „innere Emigration“, paßten sich lediglich nach außen dem System an. Der Gedanke, daß es nicht veränderbar sei, war sehr verbreitet. Mit dem bekannten Theaterkritiker Ernst Schumacher behandelten wir ganz „theoretisch“ das Thema, wie viele Stimmen die SED bei freien Wahlen erhalten würde. Unsere optimistische Schätzung lag bei zehn bis zwölf Prozent.

Beiderseitige höfliche Zurückhaltung prägte das Verhältnis Wünsdorfs mit den Vertretern der sogenannten „bürgerlichen“ Parteien. Von sowjetischer Seite wurden sie als gesellschaftliches Dekor, ohne jegliche Bedeutung, angesehen. Man belächelte die regelmäßigen Treffen der Blockparteien im Staatsrat sowie ihr Treuebekenntnis zur SED und ihre Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Es schien mir, daß der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), Manfred Gerlach, am ehesten fähig war, seine Selbständigkeit zu behaupten.

Die Situation in den höchsten kommunistischen Parteigremien war immer von Rivalitäten und Intrigen gekennzeichnet, die allerdings kaum nach außen drangen. Die SED-Führung bildete keine Ausnahme, jeder versuchte, den anderen zu überwachen, keiner vertraute dem anderen. Gruppenbildung und Verschwörungen gehörten zum Alltag, obgleich für die Außenwelt Einigkeit demonstriert wurde. Der Anti-Ulbricht-Fronde 1971 ging eine sorgfältig vorbereitete Verschwörung im Politbüro voraus. Ohne Zustimmung der KPdSU-Führung konnte Ulbricht aber nicht abgelöst werden. Bekanntlich baten die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros bereits am 21. Januar 1971 in einem Brief an den Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, um Hilfe bei der Absetzung ihres „Oberhauptes“. Die Beseitigung Ulbrichts entsprach den Vorstellungen der KPdSU über die künftige politische Entwicklung in der DDR. Breschnew und seine Umgebung trauten den deutschlandpolitischen Alleingängen Ulbrichts immer weniger. Der Kreml lehnte die „verdächtigen“ Bemühungen Ulbrichts um Kontakte zur Regierung Brandt und zu den Sozial-

demokraten ebenso entschieden ab wie das Oberkommando in Wünsdorf. An Ort und Stelle hatte man ausreichende „Beweise“ für das deutsche Streben nach Verständigung mit den Westdeutschen, über Partei- und Klassengrenzen hinweg. Die wachsende Zahl der Besuche von „drüben“, der millionenfache Transit von und nach West-Berlin, der „Menschenhandel“ und die Verletzungen der Staatsgrenze wirkten in Wünsdorf alarmierend und bestätigten das Erfordernis „hoher Wachsamkeit“.

Im Hauptquartier der GSSD wurde der Besuch Willy Brandts im März 1970 in Erfurt „allseitig analysiert“. Informationen aus dem Stab der 8. Armee in Nora und Nachrichten des militärischen Dienstes des KGB sowie Augenzeugenberichte von Offizieren, die in Zivil von Wünsdorf nach Erfurt entsandt worden waren, belegten deutlich, wie stark der nationale Geist der Deutschen im sozialistischen Staat geblieben war, welche große Begeisterung die Menschen zeigten, die zum „Erfurter Hof“ gekommen waren.

Ulbrichts Selbstbewußtsein, seine Ambitionen, das sozialistische System der DDR und seine Planwirtschaft als Vorbild für die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft zu präsentieren, gingen den Genossen im Kreml auf die Nerven. Ich war Augenzeuge des Empfangs der sowjetischen Regierungsdelegation im Staatsrat nach der Herbstmesse 1969. Während der Unterredung berichtete Ulbricht in seiner belehrenden Manier über die Erfolge der DDR-Wirtschaft auf dem Gebiet der „wissenschaftlich-technischen Revolution“. Die hohen Gäste aus Moskau waren den Ulbrichtschen Ausführungen sehr abgeneigt. „Schaut mal, der will uns belehren!“, meinte der sowjetische Minister für die chemische Industrie.

In jenem Jahr begleitete ich den damaligen Verteidigungsminister der Sowjetunion, Marschall Gretschno, während seines Besuchs bei Ulbricht. Nach der Unterredung, die in keiner Weise im sonst üblichen „Geiste der vollen Verständigung“ verlaufen war, verheimlichte Gretschno seine Meinung nicht: „Der Alte taugt nichts mehr!“ Nicht sein Gesundheitszustand führte zu Ulbrichts Sturz – viele andere Beispiele belegen, daß selbst schwerkranke Greise noch jahrelang Spitzenposten in der kommunistischen Hierarchie bekleiden können.

Wie nach dem russischen Sprichwort von den „Spinnen im Glas“ verhielten sich die Prominenten der DDR untereinander. Dem damaligen Jugendführer Honecker hatte Grotewohl seinerzeit einen völligen Mangel an geistiger Entwicklungsfähigkeit

attestiert. Der Sicherheitschef Mielke denunzierte seinen Generalsekretär, dem er so ergeben schien, bei Andropow in Moskau. Eine zunehmende Opposition gegen Honecker im Politbüro wurde mit der Person Stoph in Verbindung gebracht. In Sachen Machtkämpfe war Honecker jedoch selbst ein Fachmann. Die Gruppe um ihn hatte sich zum Ziel gesetzt, Ulbricht zu stürzen. Die Tatsache, daß Walter Ulbricht sein politischer Zieh- und Übertäter war, hielt Honecker nicht davon ab, ihn zu entthronen.

Die sowjetische Botschaft „Unter den Linden“ war über die Rivalitäten im Politbüro stets gut informiert. Honeckers Machtstreben und die Haltung Moskaus stimmten überein. Das war entscheidend für Ulbrichts Ablösung. In manchen Presseorganen wurde spekuliert, Honecker habe sich persönlich nach Moskau begeben, um Breschnew zu Ulbrichts Sturz zu bewegen. Das ist genauso falsch wie die vom ehemaligen Botschafter Abrassimow in einem Interview geäußerte Behauptung, Moskau habe sich in diese Angelegenheit nicht eingemischt¹. In der Öffentlichkeit ist bislang kaum bekannt, daß die endgültige Entscheidung über Ulbrichts Absetzung nach einer Geheimaktion getroffen wurde, in die nicht mehr als drei bis vier Leute eingeweiht waren. Es handelte sich um den „Blitzflug“ des Politbüromitglieds Werner Lamberz nach Moskau kurz vor dem 1. Mai 1971, der dazu diente, Breschnews endgültigen Segen für den Coup d'Etat in Ost-Berlin einzuholen.

Mein damaliger unmittelbarer Vorgesetzter, Generaloberst Malzew (Chef der Politischen Verwaltung der GSSD), informierte mich über diesen streng geheimen Auftrag, von dem nur der Botschafter und wir beide wissen durften. Lamberz sollte unbemerkt mit einer Militärmaschine nach Moskau geflogen werden. Die gesamte Operation, die nur einen Tag dauern durfte, verlief folgendermaßen: Es wurde ein Besuch Lamberz' bei der GSSD inszeniert, angeblich um dort einen Vortrag zu halten. An diesem Tag fuhr ich gegen 13 Uhr von Wünsdorf zum Zentralkomitee der SED am Karl-Marx-Platz. Im Beisein der Mitarbeiter von Lamberz besprachen wir den bevorstehenden „Vortrag“ vor den sowjetischen Militärs; Lamberz verabschiedete sich und wir fuhren los. Auch der übliche Begleitschutz eines Politbüromitglieds, ein Offizier der Staatssicherheit, war dabei. In Wünsdorf erwartete uns General Malzew. Beim Kaffee wurde noch einmal besprochen, wo und wann der „Vortrag“ zu halten sei. Man einigte sich auf einen

¹ Vgl. War Honecker ein Spielzeug in den Händen Moskaus?, in: Iswestija vom 12. August 1992.

Übungsplatz im Raum Magdeburg und entschied, daß statt der „Tschaika“, eines sowjetischen PKW, ein Militärflugzeug das passende Transportmittel für die Reise sei. Damit war der Begleiter als unerwünschter Zeuge aus dem Spiel; er durfte mit dem Hinweis nach Hause fahren, daß der Genosse Lamberz am nächsten Tag mit einem Wagen aus Wünsdorf nach Berlin zurückgebracht werde.

Nach einigen Minuten kam die Meldung vom Kontrollpunkt Zossen: Die „Tschaika“ hatte den Schlagbaum passiert, man konnte mit dem „Vortrag“ beginnen. Wir fuhren eilig zum Militärflugplatz Sperenberg, wenige Kilometer von Wünsdorf entfernt. Eine zweimotorige AN-24 stand auf der Startbahn abflugbereit. Es ist zu erwähnen, daß die Mannschaft keine Ahnung hatte, wer ihr einziger Passagier war. Am nächsten Tag kam das Flugzeug – wie erwartet – aus Moskau zurück. Lamberz war in guter Stimmung und teilte kurz mit, daß alles gut verlaufen und die Entscheidung gefallen sei. Direkt vom Flugplatz begleitete ich Lamberz nach Berlin, wo wir im Sekretariat des ZK Eindrücke über den gelungenen „Vortrag“ austauschten. Es wurde der Wunsch geäußert, die leitenden Genossen aus dem Zentralkomitee der SED öfter bei den Truppen der GSSD zu sehen. Wenige Tage später, auf der 16. Tagung des ZK der SED am 3. Mai 1971, wurde Walter Ulbricht von der Funktion des Ersten Sekretärs der Partei entbunden, was angeblich seinem Wunsch entsprach. Honecker wurde zu seinem Nachfolger gewählt.

Heute wird erneut die Frage aufgeworfen, inwieweit Honecker selbständig handeln konnte. Er selbst behauptete, daß er nur den Willen Moskaus erfüllt habe. Abrassimow bezweifelt dies und meint, Honecker und seine Umgebung pflegten immer höflich zuzuhören, aber wenn es ihnen nicht paßte, faßten sie eigene Entscheidungen und handelten entsprechend. Eine kleine Episode zeigt meines Erachtens deutlich, wie es in Wirklichkeit aussah. Im Sommer 1973 besuchte das Politbüro gemeinsam das sowjetische Armeemuseum in Berlin-Karlshorst – die Gedenkstätte der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945. Die deutschen Gäste wurden von Botschafter Abrassimow und dem Oberkommandierenden, Armeegeneral Iwanowski, begleitet. Während des Rundganges im Museum bat mich ein Offizier der NVA, die Übersetzung eines Dokumentes ins Russische zu prüfen. Es handelte sich um eine von Honecker unterzeichnete Urkunde über die Verleihung des Kampfordens der DDR an das Museum. Nichtsahnend informierte ich Armeegeneral Iwanowski über die in wenigen Minuten begin-

nende Zeremonie. „Melden sie es auch dem Botschafter“, meinte Iwanowski. Abrassimow geriet in Rage: „Das ist völlig unmöglich“, entschied er. „Ohne Genehmigung der KPdSU dürfen keine ausländischen Auszeichnungen von sowjetischen Institutionen in Empfang genommen werden.“ (Ich habe mich immer gewundert, warum unser unvergeßliches Zentralkomitee es für nötig hielt, solche und ähnliche Kleinigkeiten selbst zu entscheiden.) Meinen Einwand, daß es sich um eine auf höchster DDR-Ebene getroffene Entscheidung handle, wies er ab: „Sie müssen dem Genossen Honecker mitteilen, daß die Verleihung des Ordens nicht stattfinden kann“ und fügte hinzu: „Er sollte es eigentlich selbst wissen.“

Wenig erfreut über den Auftrag näherte ich mich dem Generalsekretär und Vorsitzenden des Staatsrats, bat um Entschuldigung und berichtete über „existierende Formalitäten“, um deren Einhaltung wir leider bitten müßten. Honecker reagierte ärgerlich, zuckte mit der Schulter und erklärte schroff: „Also gut, der Orden wird nicht verliehen.“ Die Besichtigung des Museums war damit beendet, aber es stand noch der Besuch der in Karlshorst stationierten sowjetischen Berlin-Brigade bevor. Schweigend stiegen die hohen Besucher in die Wagen ein. In der Garnison wurde das Oberhaupt der souveränen Republik mit allen militärischen Ehren empfangen.

Während der siebziger und achtziger Jahre wandelte sich Honeckers Verhalten gegenüber der Sowjetunion. Die besonderen Beziehungen mit der UdSSR bestanden zwar weiter; der sowjetische Botschafter behielt die in keinem diplomatischen Protokoll vorgesehene exklusive Position im Lande. Aber die kleinliche Bevormundung durch Moskau irritierte Honecker immer mehr. Immer öfter kam es zu Uneinigkeit und Meinungsverschiedenheiten. In der DDR hielt man beispielsweise den wachsenden Strom der Besucher aus der Bundesrepublik für nützlich, da er Valuta einbrachte. Die sowjetische Führung hingegen, ihren Auffassungen treu, setzte die Politik der Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik fort. Auf bestimmte Weise wiederholte sich die Situation wie zu Ulbrichts Zeiten: In Moskau wurden alte Befürchtungen wach, die Deutschen könnten hinter dem Rücken der Sowjetunion eine gemeinsame Sprache finden. Dies konnte von der DDR-Spitze nicht unbemerkt bleiben.

Ab Mitte 1985 erhielten die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR einen ganz neuen Charakter. Die Wende, die der Gorbatschow-Kurs mit sich brachte, stieß bei der SED-Führung auf völ-

lige Ablehnung, vor allem bei Honecker. In der „Perestroika“ und besonders in „Glasnost“ erblickten die Machthaber der DDR – mit vollem Recht – eine akute Gefahr für den Bestand ihres Regimes.

Bei einem Treffen im September 1992 erzählte mir der frühere Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Erich Mückenberger, daß Honecker schon in den Jahren 1982 bis 1984 immer mehr Ärger mit Moskau gehabt habe. Informationen über die Tätigkeit der Gesellschaft brachten ihn leicht auf, und er beendete solche Berichte mit den Worten: „Laß mich in Ruhe mit Deiner Freundschaft.“

Während meiner DDR-Besuche nach 1985 bemerkte ich in allen Schichten der Bevölkerung ein deutlich wachsendes Interesse an den Vorgängen in der Sowjetunion. Diesmal waren sie mit dem tatsächlichen Wunsch verbunden, dem Beispiel des „großen Bruders“ zu folgen. Doch für die SED-Obrigkeit galt das früher so oft gebrauchte Prinzip: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ nicht mehr. Sie zog sich hinter ihre eigenen dogmatischen Schranken zurück und wollte die neuen Realitäten nicht wahrhaben.

Im August 1988 hatte ich ein langes Gespräch mit dem Minister für Nationale Verteidigung, Politbüromitglied Heinz Keßler. Wir kannten uns seit vielen Jahren, gemeinsame Erinnerungen an die Zusammenarbeit mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ verbanden uns. Bei gegenseitigem Vertrauen konnte man offen seine Meinung äußern. Diesmal war es ein schwieriges Gespräch, denn alle Versuche meinerseits, ihn davon zu überzeugen, daß unser kommunistisches System sich nicht bewährt habe und reformiert werden müsse (damals glaubte ich selbst, man könne dem „realen Sozialismus“ ein menschliches Antlitz geben), prallten leider an einer dogmatischen Wand ab, die mit alten Parolen überzogen war.

In den achtziger und beginnenden neunziger Jahren waren meine wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen mit der Entwicklung in Deutschland eng verbunden. Als Historiker und Vizepräsident der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR, später der Gesellschaft „Rußland-Deutschland“, war ich ziemlich häufig auf deutschem Boden, traf meine alten Bekannten und Kollegen. Einige meiner Auftritte mit

Vorträgen über die „Perestroika“ waren in dieser Zeit von zahlreichen Vorsichtsmaßnahmen begleitet. Es wurden Zuhörerlisten angefertigt, den Teilnehmern empfahl man, dem Referenten „harte“ Fragen zu stellen, um seine Äußerungen in Zweifel zu ziehen. Doch die Leute wollten mehr hören und wissen. Meine Bekannten lasen die von mir mitgebrachten Exemplare der Zeitschrift „Sputnik“ und fühlten sich schon wie Verschwörer. Die SED-Führung verschärfte die Zensur, „Glasnost“ sollte in der DDR nicht aufkommen. In Wünsdorf berichtete man mir von einem russischen Stabsoffizier, der eilig in die Sowjetunion versetzt worden war, weil es die deutsche Staatssicherheit gefordert hatte. Ihm wurde zur Last gelegt, mit Deutschen Gespräche über die Erneuerung in der UdSSR geführt zu haben. Dies war der einzige Fall, in dem ein sowjetischer Offizier von den DDR-Behörden zur „Persona non grata“ erklärt wurde.

Den 40. Jahrestag der DDR-Gründung beging ich in Berlin. Die Lage war äußerst angespannt, das ganze Land brodelte, aber in Honeckers Rede im Palast der Republik wurden die üblichen Siegesparolen ausgegeben. Wir kannten schon die Worte Gorbatschows, von denen, die zu spät kommen und vom Leben bestraft werden. Aber Honecker und seine unmittelbare Umgebung konnten nicht begreifen, daß sie alle Termine längst versäumt hatten. Sie waren Geiseln des Systems und der eigenen ideologischen Irrtümer.

Vielleicht war die GSSD in den Augen der Bewohner von Wandlitz die letzte Hoffnung, doch an der Macht zu bleiben? Könnte man nicht den Juni 1953 wiederholen und den Aufstand mit russischen Panzern niederschlagen? Aber aus Wünsdorf kam eine absolut eindeutige Erklärung: Die Truppen der westlichen Heeresgruppe bleiben in den Kasernen, sie mischen sich in die inneren Angelegenheiten der DDR nicht ein. Ein entsprechender Befehl aus Moskau bestätigte die Haltung Wünsdorfs. Damals, im Jahr 1953, waren es einzelne sowjetische Soldaten, die sich geweigert hatten, das Feuer auf unbewaffnete Deutsche zu eröffnen, und dafür mit ihrem Leben bezahlen mußten. Jetzt war es die auferstehende russische Demokratie, die nicht mehr Henker eines anderen Volkes sein wollte. Der historischen Wende auf deutschem Boden stand nichts mehr im Wege. Es war mein letzter und entscheidender Blick auf die DDR aus Wünsdorf.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis, Sach-
und Personenregister



25,- DM

zuzügl. Versandkosten

neu
Jahrgang **1993**

Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)

Jahrgang: 1992



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- **Das Parlament**, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62 - 65, 54290 Trier
Telefax (06 51) 46 04-153

Aus Politik
und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gesamtverzeichnis
1953-1992

Bundeszentrale für politische Bildung

Vierzig Jahre
**Aus Politik
und Zeitgeschichte**

**Gesamtverzeichnis
1953-1992**

Chronologisches Register,
Autorenregister,
Schlagwortregister

286 Seiten, broschiert

Preis: 15,- DM
zuzügl. Versandkosten

Wolfgang Leonhard: Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der DDR (1945–1955)

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 3–11

Die Übernahme des 1938 in der Sowjetunion eingeführten „Marxismus-Leninismus“ erfolgte in der Sowjetzone Deutschlands mit mehr als zehnjähriger Verspätung. Zwischen 1945 und 1948 wurde der Begriff „Marxismus-Leninismus“ vermieden. Mit der Ankündigung, das Sowjetsystem nicht auf die Sowjetzone Deutschlands übertragen zu wollen, der These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, der Veröffentlichung sozialdemokratischer Parteiprogramme und Schriften sowie dem Versprechen der Parität von Kommunisten und Sozialdemokraten und einer demokratischen Parteistruktur der SED sollte der Eindruck eigenständiger Entwicklung entstehen. Die Verschärfung des politischen Kurses seit Frühjahr 1948 bewirkte die Abschaffung der Parität, die Verurteilung der These des besonderen Weges zum Sozialismus und die Konzentration auf den „Kurzen Lehrgang“ der Geschichte der KPdSU. Es folgten das offizielle Bekenntnis der SED zum Marxismus-Leninismus im Januar 1949 und die Einführung des „Parteilehrjahres“ im Juni 1950 – Weichen für die weitere ideologische Schulung.

Von 1950 bis 1955 verlagerte sich in der DDR das Schwergewicht auf die Übernahme sowjetischer Erfahrungen, auf Stalin und seine Schriften, den Kampf gegen Abweichungen, Aufrufe zu Wachsamkeit und Bekämpfung der „Parteifeinde“, nicht selten als „Agenten“ diffamiert. Die Funktion des Marxismus-Leninismus war: Legitimierung des bürokratisch-diktatorischen Regimes und Oktroyierung von Denkschablonen zur Disziplinierung der SED-Funktionäre. Durch den Kampf gegen Abweichungen sollten die Auszubildenden dazu erzogen werden, gleichsam automatisch alle Auffassungen abzulehnen, die der Parteilinie widersprachen.

Eckhard Jesse: War die DDR totalitär?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 12–23

Die DDR war von ihrer Geburtsstunde im Jahr 1949 bis zum „deutschen Herbst“ 1989 ununterbrochen eine Diktatur. Die Prüfung nach dem Linzsch-Kriterienkatalog, ob sie eine totalitäre oder autoritäre Diktatur gewesen ist, führt zum Ergebnis, daß mit zunehmender Zeitdauer nicht nur totalitäre, sondern auch autoritäre Elemente für das politische System bestimmend waren. Die immer bedeutendere Rolle des Staatssicherheitsdienstes signalisiert keine Verstärkung des totalitären Charakters. Die politische Führung der DDR konnte es sich nicht mehr im gleichen Maße wie früher leisten, gegen Andersdenkende offen und repressiv vorzugehen.

Karl Wilhelm Fricke: Kein Recht gebrochen? Das MfS und die politische Strafjustiz der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 24–33

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), seinem Selbstverständnis nach „Schild und Schwert der Partei“, hat als wichtigstes Herrschaftsinstrument der SED auch Zugriff auf die politische Strafjustiz der DDR besessen. Dabei kam den Untersuchungsorganen des MfS naturgemäß eine besondere Rolle zu, insofern sie unter den gegebenen Machtverhältnissen den Gang eines Strafverfahrens von den ersten Ermittlungen bis zur Präjudizierung eines Urteils entscheidend beeinflussen konnten. Allerdings handelten sie nicht eigenständig, sondern stets im Auftrag oder jedenfalls mit Wissen der Politbürokratie der SED.

Formell waren die Untersuchungsorgane des MfS an die Bestimmungen der Strafprozeßordnung gebunden, wenn sie ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hatten; sie unterstanden dabei sogar der Aufsicht des Staatsanwalts. Faktisch aber verhielt es sich anders. Die Untersuchungsorgane der Staatssicherheit, die über eigene Gefängnisse verfügten, haben sich rigoros über Recht und Gesetz der DDR hinweggesetzt, wenn sie sich in der Durchführung ihrer Untersuchung behindert glaubten. Vor allem haben sie im Ermittlungsverfahren rigoros die justitiellen Grundrechte mißachtet, die jedem Beschuldigten und Angeklagten in der DDR nach dem Buchstaben der Verfassung und der Strafprozeßordnung garantiert schienen. Realität war auch, daß die Staatsanwaltschaft von der Staatssicherheit kontrolliert und überwacht wurde, nicht umgekehrt – und daß auch die Richterschaft vom MfS „operativ bearbeitet“ wurde.

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge stellen die Justizakten in den Archiven des früheren MfS dokumentarische Quellen dar, die für die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit der Staatssicherheit uneingeschränkt zugänglich bleiben müssen.

Jürgen Kocka: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 34–45

Die Sozialgeschichte der DDR ist von ihrer Herrschaftsgeschichte nicht zu trennen. Diktatorische Herrschaft drang tief in alle Bereiche der DDR-Gesellschaft ein. Diese erwies sich als hochgradig politisch konstituiert, insofern künstlich. Doch die DDR-Gesellschaft war zugleich mehr als das Produkt diktatorischer Herrschaft. Denn vieles in ihr war älter als Staat und Partei. Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben zeigte sich als sperrig und nur begrenzt steuerbar. Die Steuerung von oben löste bisweilen sogar Gegenteiligkeiten aus.

Drei Phasen der DDR-Sozialgeschichte lassen sich unterscheiden, die u. a. durch unterschiedliche Generations-Konstellationen gekennzeichnet waren: vom Anfang bis 1961; von 1961 bis zum Beginn der siebziger Jahre und vom Beginn der siebziger Jahre bis zur Revolution von 1989/90.

Im Vergleich zur Bundesrepublik treten die Modernisierungsdefizite der DDR-Gesellschaft hervor. Im Vergleich mit den Nachbarländern im Osten erscheint die DDR als sehr deutsch: aufgrund ihrer wechselseitigen Beziehungen zur Bundesrepublik und ihrer Verankerung in deutschen Traditionen. In der DDR lebte mehr vom alten „deutschen Sonderweg“ weiter als in der Bundesrepublik.

Juri W. Bassistow: Die DDR – ein Blick aus Wünsdorf. Persönliche Eindrücke eines russischen Offiziers

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 46–53

Mit Juri W. Bassistow plaudert ein wichtiger Mitarbeiter der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) „aus dem Nähkästchen“. Dieser Bericht eines Zeitzeugen gibt sowohl Einblicke in das Leben der Sowjets in der DDR als auch in die Beziehungen zwischen der GSSD und den DDR-Funktionären. Daß die DDR nur begrenzt eigenständig handeln konnte, wird ebenso deutlich wie die aktive Rolle der Sowjetunion beim Sturz Walter Ulbrichts. Letztendlich hing das DDR-Regime immer von der Gnade Moskaus ab.